

2 Privatheit – und Öffentlichkeit

“The great dichotomy: public/private.” (Bobbio 1989: 1)

“The dichotomy between the private and the public is central to almost two centuries of feminist writing and political struggle; it is, ultimately, what the feminist movement is about.” (Pateman 1989: 118)

„Die Dichotomie privat – öffentlich ist der Kern des Liberalismus.“ (Geuss 2002: 96)

„Die wichtigste funktionale Differenzierung der Moderne.“ (Imhof 2011: 25)

Die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit ist basal; Theorien unterschiedlicher Fachrichtungen fußen auf der Differenz: der Liberalismus, der Feminismus, der Republikanismus. Die Dichotomie begründet Schutz vor unberechtigtem Eindringen in die Privatheit und Schutz der Öffentlichkeit als Raum, der von privaten Belangen frei gehalten wird. Forscher verschiedener Disziplinen haben sich an der Differenz, meist jedoch an dem Begriff der Öffentlichkeit, abgearbeitet. Die Privatheit ist, wie zu zeigen sein wird, in vielen Ansätzen eine Residualkategorie – privat ist, was nicht öffentlich ist. Man beschränkt sich auf eine Definition ex negativo oder versucht erst gar nicht, das Private zu definieren und belässt es beim Öffentlichen. Diese Fokussierung ist historisch und ideengeschichtlich nachvollziehbar, lange galt das Öffentliche als dem Privaten überlegen. Die Unterscheidung beider Bereiche und ihre Entgegensetzung implizierten zweierlei: eine Hierarchisierung (das Öffentliche als höherwertige Sphäre) und eine strikte Trennung, die auf dem Glauben fußt, dass jede Sphäre vor der anderen zu schützen und eine Vermischung beider zu vermeiden ist. Zwar gilt Privatheit als etwas Erstrebenswertes, allerdings ist die Öffentlichkeit die Sphäre des über-individuellen, vernünftigen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Rasonnements. Sie dient der *Fortentwicklung* der Gesellschaft, die Privatheit dient dagegen allein dem *Fortbestand* der Gemeinschaft. Erst der Feminismus rückte die private Sphäre in den Mittelpunkt und betonte den ihr immanenten politischen Wert. Die Dichotomisierung beider Sphären basiert auf dem Glauben, dass beide für verschiedene, schützenswerte Interessen stehen, die durch Einflüsse der jeweils anderen Sphäre einer Bedrohung ausgesetzt sind.

Aus diesem Grund beginnt die Einführung in das Kapitel zur Privatheit mit einem Rückblick, der jedoch mehr ist als eine Zusammenschau weithin bekannt-

ter Ansätze. Es ist vielmehr eine direkte Hinführung auf den Problemlösungszusammenhang. Denn am Anfang steht eine Beobachtung: Die Veröffentlichung von Privatheit wird in Ansätzen der Kommunikations-, Politik- und Medienwissenschaft weithin negativ betrachtet. Will man verstehen, warum dies so ist, muss man in die Vergangenheit schauen. Es gibt eine Kontinuität zwischen dem heutigen Wehklagen über das Erodieren der angeblich einst politischen Öffentlichkeit und ihrer Verunreinigung durch Privates – und der Aktualisierung antiker Öffentlichkeitsideale. Die aktuellen Ansätze basieren auf den Annahmen Aristoteles' und deren Weiterführung in der Zeit der Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert. Es gilt, diese Ansätze in ihren Kernannahmen und auch Widersprüchlichkeiten zu verstehen, um die gegenwärtige Kritik dekonstruieren zu können. Die Öffentlichkeitsideale werden in der aktuellen Literatur implizit oder explizit benannt, meist aber beschränken sich die Ansätze darauf, den Status quo einer Privatisierung der Öffentlichkeit zu konstatieren und zu beklagen. Erklären können sie ihn nicht. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, sich die Öffentlichkeitsideale näher anzuschauen: Sie können helfen, die Bedeutung der Veröffentlichung des Privaten zu analysieren, statt nur zu verdammen. Die vorliegende Arbeit fragt nach den Funktionen und Motiven einer Veröffentlichung des Privaten, um sich nicht auf eine normative Sicht zu beschränken, die lediglich ihr Unverständnis äußern, jedoch keine nachhaltigen Erklärungs- und Analysemodelle liefern kann.

Es wird zunächst darum gehen, die Entstehung des Privatheitskonzepts herzuweisen (Abschnitt 2.1). Dies geschieht unter Berücksichtigung der Öffentlichkeitsideale, welche die Basis bilden für die im Anschluss ausgeführte Kritik. Unterschieden werden die Entwicklungen der politischen Ideengeschichte, die zur Herausbildung des Öffentlichkeitsbegriffs führten, und in der Aufklärung im 18. Jahrhundert eine Renaissance erlebten.⁹ Auf diesen Konzepten fußt ein Großteil der gegenwärtigen Kritik an der angeblichen Privatisierung der Öffentlichkeit (Abschnitt 4.1). Diese Ausführungen sind entscheidend für das heutige, normative Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit. Darüber hinaus werden rechtsgeschichtliche Entwicklungen der Privatheit nachgezeichnet. Denn ein Recht auf Privatheit impliziert, dass der Einzelne über die Privatheit verfügen, sie also kontrollieren kann. In einem dritten Schritt werden die sozialgeschichtlichen Entwicklungen skizziert, die das heutige (Alltags-)Verständnis von Privatheit prägen und entscheidend sind, um die Inszenierung von Privatheit durch Politiker als solche überhaupt entschlüsseln zu können.

9 Die Aufklärung bezeichnet eine „ideengeschichtliche Epoche in Europa, [...] in der sich Vernunft (Rationalität), ihr richtiger Gebrauch und vernunftbegründete Ordnungen als Maßstab menschlichen Strebens und wissenschaftlicher Forschung durchsetzten“ (Schubert/Klein 2011: 26).

Nach der Herleitung des Privatheitskonzepts entlang der Dimensionen politische Ideengeschichte, Recht und Soziologie wird in einem nächsten Schritt die Frage beantwortet, was überhaupt unter Privatheit zu verstehen ist. Die Synopse verschiedener Definitionen zeigt, wie unterschiedlich der Privatheitsbegriff verwendet wird und welche fachlichen Ansätze mitunter in unzulässiger Weise vermischt werden. Aus den verschiedenen Definitionen werden Konstanten abgeleitet (Abschnitt 2.2), daran anschließend werden Funktionen der Privatheit analysiert (Abschnitt 2.3). Was ist den in der Literatur diskutierten Funktionen gemein? Welche Problemlösungskraft wird der Privatheit zugeschrieben? Die Zusammenschau des Forschungsstandes mündet in eine Analyse der Konstanten der Definitionen und Funktionen, aus denen schließlich eine eigene Definition von Privatheit entwickelt wird (Abschnitt 2.4). Der Begriff der Privatheit wird abgegrenzt von den verwandten und häufig synonym verwendeten Konzepten des Geheimen und Intimen.

Den Abschluss bildet die Klärung des Referenzobjektes: Was ist unter medial inszenierter Privatheit zu verstehen? Wie unterscheidet sie sich von nicht-veröffentlichter Privatheit? Die Veröffentlichung von Privatheit ist scheinbar ein Paradoxon¹⁰; doch nur, wie zu zeigen sein wird, solange die Durchdringung beider Sphären (Privatheit und Öffentlichkeit) als konflikthaft angesehen und die Dichotomisierung privat – öffentlich aktualisiert wird. Die mediale Inszenierung von Privatheit *ist* nie Privatheit: Sie nimmt Anleihen in dem Verständnis dessen, was Privatheit alltagsrealistisch ausmacht, und formt sie um zu etwas genuin Öffentlichem, das rezipiert wird und Anschlusskommunikation ermöglicht.

2.1 Die Entstehung des Privatheits- und Öffentlichkeitsverständnisses

„Ich neige [...] zu der weitreichenden These, dass sich mit Hilfe des Leitfadens ‚öffentlich-privat‘ eine nahezu komplette Geschichte der praktischen Philosophie schreiben ließe.“ (Lesch 1999: 58)

Es gibt nur wenige Theorien der Privatheit. Wer etwas über sie und ihre Wirkweise verstehen will, muss sich auch mit der Öffentlichkeit beschäftigen; und das Verständnis von Privatheit aus dem Verständnis von Öffentlichkeit deduzieren. Die beiden Bereiche sind in ihrer Gegensätzlichkeit aufeinander bezogen. Was aber macht die Öffentlichkeit laut der antiken und aufklärerischen Ideale aus?

10 In seiner reinen Form verstanden als „eine[] sich zur Möglichkeits- und zugleich Unmöglichkeitsbedingung ihrer selbst machenden Annahme“ (Kohring 2008: 609).

Öffentlichkeit ist basal für Demokratien. Sie ist es, die den Austausch der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, Herrschaft kontrolliert und somit legitimiert. Demokratien sind nicht ohne Öffentlichkeiten denkbar. „Demokratie basiert [...] auf öffentlichen Prozessen der Meinungs-, Willens- und Entscheidungsbildung. Demokratie ist Regierung durch öffentliche Meinung.“ (Weischenberg 1997: 120) Entsprechend geht es bei gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über einen möglichen Wandel von Privatheit und Öffentlichkeit um nicht weniger als alles: Mit einer Erodierung der Öffentlichkeit droht, so die Argumentation der Kritiker, eine – im schlimmsten Falle existenzgefährdende – Erodierung der Demokratie einherzugehen. Ein Verlust der Privatheit gefährdet die Bürgerrechte und somit die Freiheit der Menschen. Entsprechende Debatten finden sich auch in der rechtswissenschaftlichen Literatur zum Datenschutz, in Diskussionen über die Vorratsdatenspeicherung, jedoch kaum in der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Privatheit wird vor allem als Abwehrrecht gegen den Staat verstanden. Die Sicherheit privater Daten soll jedoch nur am Rande betrachtet werden. Den Schwerpunkt der Ausführungen bildet die intentionale¹¹, mediale Inszenierung von Privatheit.

Die Öffentlichkeit hat aus demokratietheoretischer Sicht einen höheren Stellenwert als die Privatheit, die dem Individuum, nicht aber der Allgemeinheit verpflichtet ist. Somit ist nachvollziehbar, dass die Literatur zum Wandel des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit vor allem klagt, lamentiert, schwarz-malt. Denn die Veränderung ist aus ihrer Sicht immer zugleich ein Verlust: Öffentlichkeit wird zugunsten von Privatheit eingebüßt. Diese Einbußen sind problematisch bis verheerend, weil sie die Demokratie gefährden. Die Ansätze basieren auf Gedanken, die Aristoteles fünf Jahrhunderte vor Christus formulierte und die in der Aufklärung im 18. Jahrhundert noch einmal diskutiert und weiterentwickelt wurden. Der Abgesang durch Wissenschaftler der Gegenwart ist eine Aktualisierung dieser Theorien, der idealtypischen Unterscheidung von polis und oikos. Die Kritik am angeblichen Ist-Zustand wird begründet durch einen – immer negativ ausfallenden Vergleich – mit den Idealen des perikleischen Athens und der Aufklärung.

11 Der Begriff der Intentionalität hebt auf den Gegenstand der vorliegenden Arbeit ab: Untersucht werden mediale Inszenierungen von Privatheit durch Politiker, die mit deren Einverständnis geschehen. Nicht berücksichtigt wird das Eindringen von Journalisten in die Privatheit Dritter und das Zurschaustellen von Privatem ohne das Einverständnis der Dargestellten. In einem solchen Fall handelt es sich um eine mediale Veröffentlichung von Privatheit, nicht aber um eine mediale Inszenierung von Privatheit. Der Inszenierungsbegriff impliziert, dass die Darstellung bewusst geschieht und auf eine Wirkung beim Rezipienten ausgerichtet ist. Eine Inszenierung wird zur Erzeugung einer bestimmten Wirkung vollzogen (Abschnitt 3.3.2).

Dieser negative Bias der politischen Kommunikationsforschung ist aus sieben Gründen, die in den folgenden Abschnitten detailliert belegt, hergeleitet und ausgeführt werden, nicht sinnstiftend:

- Sie unterstellen, dass es den postulierten Idealzustand einer polis mit ausschließlich wertfrei kommunizierenden Bürgern tatsächlich gegeben hat, was historisch nicht haltbar ist (zur Begründung vgl. Imhof 2011; Imhof/Schulz 1998). Es handelt sich vielmehr um eine Utopie.
- Sie negieren die Kritik, die an einer derart verfassten Gesellschaft vorgebracht worden ist und somit auch die Gründe für ihr Scheitern.
- Sie unterstellen, dass es eine Bewegung hin zu immer weniger Demokratie durch immer mehr Privatheit gibt, was empirisch nicht haltbar ist.
- Sie marginalisieren das Private als trivial und banal und sprechen ihm eine eigene Aussagefähigkeit und Funktionalität per se ab.
- Sie beklagen die Privatisierung als neuartiges Phänomen. Dabei hat es die Darstellung des Privaten schon seit Beginn der Massenmedien gegeben (Abschnitt 4.6.6).
- Der normative Ansatz beschränkt sich darauf, eine Veröffentlichung des Privaten zu verurteilen, versäumt es aber, Erklärungsansätze zu bieten und bleibt damit unterkomplex.
- Sie entwickeln kein trennscharfes Konzept dessen, was sie beklagen, Personalisierung und Privatisierung werden synonym verwendet. Entsprechend braucht es eine Begriffsklärung und Definition (Abschnitt 4.2).

2.1.1 *Oikos, polis und die Grundlagen der politischen Theorie*

Das Verständnis der Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit geht zurück auf die aristotelische Unterscheidung von polis, oikos, agora und logos, entstanden im 5. Jahrhundert vor Christus. Antike Öffentlichkeit ist gekennzeichnet durch Anwesenheit, sie wird gelebt auf den Plätzen einer Stadt und hat enge regionale Grenzen (vgl. Merten/Westerbarkey 1994: 197). Aristoteles begreift den Menschen als Zoon politicon, als Wesen, das Gemeinschaft bildet:

„Deswegen suchen Menschen, auch wenn sie ganz und gar nicht auf gegenseitige Hilfe angewiesen sind, doch um nichts weniger ein Leben in der Gemeinschaft; aber auch der gemeinschaftliche Nutzen führt sie zusammen, und zwar in dem Maße, wie jeder einzelne (nur in der Gemeinschaft) einen Anteil an der vollendeten Lebensführung erhalten kann. Diese ist ja am ehesten das Ziel sowohl gemeinschaftlich für alle wie auch für den Einzelnen.“ (Aristoteles 2012: 95)

Dieses Verständnis des Menschen, der aufgeht in der Gemeinschaft¹², spiegelt sich im Begriff der polis wider, die auf Recht basiert und so eine Form der Gleichheit gewährleistet (vgl. Aristoteles 2012: 109). Der oikos besteht dagegen im Kern aus der häuslichen Gemeinschaft, die vor allem der Befriedigung basaler, materieller Bedürfnisse und der Reproduktion dient. Die Mitglieder der Hausgemeinschaft tragen das ihnen Mögliche für die Erzeugung des gemeinschaftlichen Zweckes bei (vgl. Seubert 2008: 402). Der Begriff bezeichnet die „innere Gliederung der Hausgemeinschaft“ (Weber 1980 [1921/1922]: 230):

„Ein ‚oikos‘ im technischen Sinne ist nicht etwa einfach jede ‚große‘ Hausgemeinschaft oder jede solche, die mannigfache Produkte [...] in Eigenproduktion herstellt, sondern er ist der autoritär geleitete Großhaushalt des Fürsten, Grundherrn, Patriziers, dessen letztes Leitmotiv nicht kapitalistischer Gelderwerb, sondern organisierte naturale Deckung des Bedarfs des Herrn ist.“ (Ebd.)

Der oikos sichert den Fortbestand der Menschheit, die polis den Fortschritt der Gesellschaft. Der oikos ist auf die polis ausgerichtet (vgl. Aristoteles 2012: 31). Allerdings ist der oikos ein vorpolitischer Ort. Frauen, Sklaven und Kinder, die dieser Sphäre zugeordnet werden, sind vom Leben der polis ausgeschlossen. Herrschaft, Zwang und Gewalt, ausgeübt vom Patriarchen, sind hier notwendig, „um die Lebensnotwendigkeiten bewältigen zu können“ (Imhof 1998: 18). Die häusliche Gemeinschaft ist in sich hierarchisch organisiert:

„Der Hausherr gebietet auch über die Gattin und die Kinder. [...] Denn von Natur aus hat das Männliche eher die Führung als das Weibliche [...] und das Ältere und in seiner Entwicklung Vollendete eher als das Jüngere und noch nicht fertig Ausgebildete.“ (Aristoteles 2012: 27f.)

Das häusliche Zusammenleben ist die Keimzelle des Machtverständnisses, das sich gesamtgesellschaftlich fortsetzt. Über die Frauen schreibt Aristoteles: „Ferner ist im Verhältnis (der Geschlechter) das Männliche von Natur das Bessere, das Weibliche das Geringerwertige, und das eine herrscht, das andere wird beherrscht.“ (Aristoteles 2012: 11) Der oikos erfüllt für Aristoteles drei Funktionen: die Überlebenssicherung, Freiraum zu Muße und selbstbestimmter Lebensführung für den Hausherrn, Grundlage emotionaler Verbundenheit (vgl. Rosenzweig 2010: 36). Der oikos ist auch ein Ort der Freiheit: verstanden als Freiheit des Patriarchen zu walten, wie es ihm gefällt. Die Freiheit begründet sein Abwehrrecht gegen die Ansprüche und das Eindringen Dritter und ist zugleich ein Gestaltungsrecht im Hinblick auf die Sphäre der Öffentlichkeit (vgl. zur Bedeutung der Freiheit bei Aristoteles als „Normalzustand einer Lebensform“

12 Auch in der Römischen Republik fand sich diese Gemeinschaftsbezogenheit in Form der res publica.

Schweidler 2012: 89). Auch die Freiheit ist auf die polis ausgerichtet und damit vorbestimmt. „Der Eigenwert des Privaten ergibt sich [...] nicht zuletzt daraus, dass es eine nicht zu ersetzende Ermöglichungsbedingung für ein selbstbestimmtes politisches Handeln darstellt.“ (Rosenzweig 2010: 38)

Die Freiheit sichert die Anwendung des Gesetzes, den Besitz des Einzelnen, die Freiheit innerhalb des oikos, die politische Gleichheit der in der polis Vertretenen sowie deren Recht auf politische Teilhabe. (Vgl. Imhof 2011: 38f.) „So gibt es die Auffassung, Recht bestehe in Gleichheit – und sie besteht tatsächlich in Gleichheit, jedoch nicht für jedermann, sondern (nur) für die Gleichen.“ (Aristoteles 2012: 99f.)

Die polis ist für Aristoteles eine gemeinschaftliche Sphäre, in der politische Debatten geführt werden. Der Zugang ist beschränkt, Vermögen ist Voraussetzung für die männlichen Bürger, um teilhaben zu können (vgl. Aristoteles 2012: 7ff.). Die Gemeinschaft hat elitären und exklusiven Charakter. Aus den möglichst kontroversen Diskussionen der polis entsteht ein vernunftgeprägter Konsens, der wiederum die Grundlage der Macht darstellt (vgl. ausführlich dazu Habermas 1962).

„Die Stellung in der Polis basiert also auf der Stellung des Oikodespoten. Unter dem Schirm seiner Herrschaft vollzieht sich die Reproduktion des Lebens, die Arbeit der Sklaven, der Dienst der Frauen, geschieht Geburt und Tod; das Reich der Notwendigkeit und der Vergänglichkeit bleibt im Schatten der Privatsphäre versunken. Ihm gegenüber hebt sich die Öffentlichkeit, im Selbstverständnis der Griechen, als ein Reich der Stetigkeit und der Freiheit ab.“ (Habermas 1990 [1962]: 56f.)

Ziel ist es, die Öffentlichkeit vor den Einflüssen der vorpolitischen Privatheit und deren Konflikten zu schützen. Die polis ist der Kern der Öffentlichkeit, die durch Vernunft (logos) geleitet und durch kognitive Diskurse geprägt wird. Unfreie, Frauen und Sklaven sind von der polis und vom Handeln ausgeschlossen, da sie die polis zu kontaminieren drohen – mit sozialen Problemen und einer Emotionalität, die dem vernünftigen Rasonieren entgegenstehen könnten.

Die Verstaatlichung der Vernunft ist die Grundlage der Freiheitssicherung, die wiederum Voraussetzung für die Umsetzung der Möglichkeiten des einzelnen Bürgers ist: Der oikos ist die vorpolitische Vorbedingung der polis, doch erst die polis schützt den oikos vor Eingriffen Dritter. Und erst die Freiheit des Patriarchen im oikos ermöglicht es ihm, an der Politikbildung der polis teilzunehmen.

Freiheit und Vernunft sind somit untrennbar miteinander verbunden. Die gegen die Staatsgewalt gerichtete Freiheit als Abwehrrecht findet hier ihren Ursprung. „Damit ist Freiheit Element *der Öffentlichkeit wie der Privatheit*, und die private Freiheit wie die politische, also öffentliche werden sich wechselseitig Bedingung.“ (Imhof 2011: 39; Hervorh. im Original)

Die aristotelische Unterscheidung zwischen oikos, polis und logos bildet die Basis verschiedener liberaler und republikanischer Politikmodelle. Von Aristoteles stammen die Kategorien, die wegweisend sind für die Gesellschafts(kultur)kritik. Seine Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit bietet als Differenz zugleich die Möglichkeit eines Abgleichs mit der jetzigen Seinsordnung. Implizit oder explizit arbeitet sich ein Großteil der (kommunikations-)wissenschaftlichen Literatur an den Vorgaben des perikleischen Zeitalters ab. Gleichwohl ist dies ein zum Scheitern verurteilter Versuch: Aristoteles beschrieb ein Ideal, er bildete nicht die Wirklichkeit ab, nicht einmal die Wirklichkeit im fünften Jahrhundert vor Christus.¹³ Daher muss jeder Vergleich, verstanden als Abgleich mit dem vermeintlichen Ist-Zustand einer Gesellschaft, negativ ausfallen. Es ist stets die Geschichte eines Verlustes, einer negativen Bilanz. Das ist unumgänglich, ist doch das Referenzobjekt ein Ideal.

2.1.1.1 Die Öffentlichkeitsutopie der Aufklärung

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewinnt das von Aristoteles überlieferte Politikverständnis erneut an Bedeutung. Politik kann verstanden werden als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt“ (Weber 2006: 566). Im Zuge der Aufklärung bildet sich eine Bürgerlichkeit heraus, die sich als Gegensatz zur Obrigkeit versteht. In dieser Situation scheint die aristotelische Unterscheidung von Öffentlichkeit und Privatheit wieder auf, die hellenistische Öffentlichkeit der polis wird zu einem Vorbild. Öffentlichkeit ist „der zentrale Begriff der Aufklärung“ (Klaus 2001: 16). Es entsteht der Anspruch, das vormals Geheime der Führung zu diskutieren und zu hinterfragen. Auf die Forderung nach Transparenz der Herrschaft folgt die Forderung nach einer Herrschaft der Vernunft (vgl. Imhof 2011: 29). Die Öffentlichkeit wird zur Kontrollinstanz und zum Ort der neuen politischen Herrschaft. „Ziel des Raisonnements ist die Rationalisierung von Herrschaft; diese soll sich vor dem ‚Richterstuhl der Vernunft‘ (Kant) rechtfertigen müssen.“ (Imhof/Schulz 1998: 9)

Die Ausformung der Öffentlichkeit nimmt zahlreiche Anleihen in der Antike; auch im 18. Jahrhundert wird die Öffentlichkeit zu einem exklusiven Ort. Der Zugang ist auch zur Zeit der Aufklärung denen vorbehalten, die selbst für ihr Auskommen sorgen können. Frauen, Kinder, Hausangestellte müssen sich auf

13 Schürumpf (2012) lehnt die Idee ab, Aristoteles habe eine Utopie entworfen; jedoch führt auch er aus, dass es sich um den Entwurf eines „besten Staates“ (2012: 20) handelt. Es gehe bei dem Verständnis weniger darum, Aristoteles als „realitätsfremd“ (ebd.) zu klassifizieren, als vielmehr darum, durch die Analyse eines Ideals *reale* Ableitungen gewinnen zu können.

die Gemeinschaft der Familie beschränken, von der Öffentlichkeit sind sie ausgeschlossen. Sie gelten als nicht vernunftgeleitet. „Das 18. Jahrhundert hatte von der öffentlichen Meinung eine Art Wegfiltern von privaten Interessen und spezifischen Rollenanliegen erwartet und als Lohn für diese Leistung den Titel Vernunft in Aussicht gestellt.“ (Luhmann 1992: 78)

In der Gemeinschaft der Familie, also in der privaten Sphäre, braucht es Herrschaft, um Ordnung herzustellen. Auf öffentlicher Ebene wird Macht durch Tugend und Vernunft gesichert. In dieser Unterscheidung spiegelt sich das aristotelische Verständnis: Der Bereich des Privaten dient vor allem der Erhaltung; der Bereich der Öffentlichkeit ist Grundlage jedweder Politik, im Mittelpunkt steht das Gemeinwohl. „Erneut vollzieht sich das Politische in einer öffentlichen Sphäre, in die der bourgeois hineintritt, um nun als citoyen über die gemeinsamen Dinge des Lebens zu befinden.“ (Imhof 1998: 19)

Die materielle Reproduktion ist Privatsache und nicht länger Angelegenheit der Obrigkeit; die Bürger entscheiden zudem frei über die Verwendung der von ihnen hergestellten Güter. Deren Produktion ist Bedingung der Teilhabe an der Öffentlichkeit. Es handelt sich mithin um Freiheit vor den Eingriffen der Obrigkeit, die gestalterische politische Freiheit ermöglicht. Die Aufklärung aktualisiert den aristotelischen Freiheitsbegriff. „In Vorstellungen, wie sie zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt wurden, ist Privatheit ein Ort der Selbstbestimmung und individueller Freiheit, der von Staat und Öffentlichkeit nicht kontrolliert wird.“ (Herrmann 2001: 50) Wenn der Einzelne durch seine Vernunft in der Lage ist, Herrschaft in Frage zu stellen und selbst beanspruchen zu können, so impliziert dies die Gleichheit der Menschen. Der Selbstermächtigung des Einzelnen wohnt ein Gleichheitsanspruch inne, der in Form der Bürgerrechte seinen Ausdruck findet.

Der Dualismus von Privatheit und Öffentlichkeit spiegelt sich in der Aufklärung in der Unterscheidung von Natur und Kultur (vgl. Sennett 2002). Das Private gilt als natürliche Sphäre, als Ort der Bedürfnisse und Emotionen. Um sich aber aus ihrer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant 1912: 36) zu befreien, brauchen die Menschen mehr als Natur, mehr als Emotionen und Affekte, mehr als die häusliche Gemeinschaft; um sich von anderen unterscheidbar zu machen, brauchen sie die Öffentlichkeit, die Kultur, den Verstand, die Gesellschaft. Kant schrieb zur Beantwortung der Frage „Was ist Aufklärung?“:

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut dich deines eigenen Ver-

standes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ (Kant 1912: 36)

Imhof (1998) betont, dass der Austritt aus der Gemeinschaft und der Übergang zur Gesellschaft ermöglicht werden durch den Prozess der Zivilisierung. Die Natur wird zurückgedrängt und in die Schranken der Privatheit verwiesen, damit sich das höher entwickelte, seiner Individualität bewusste Selbst auf kultureller Ebene mit anderen austauschen und gesellschaftlichen Fortschritt sichern kann. Durch die herrschaftsemanzipierten Diskurse bilden sich Vernunft und Tugend heraus, sie sind die Voraussetzungen der Zivilisierung. Auch der Glaube muss der Vernunft weichen. Es ist ein Schritt hin zur Selbstermächtigung des Einzelnen, der nun selbst Herr seines Handelns ist. Die Aufklärung eliminiert den Verweis auf das Göttliche und seine Allmacht als allumfassende Erklärung (vgl. Imhof 2011: 11). Der Mensch, das Subjekt, bildet das Zentrum der Welt. „Mit der Entdeckung des Individuums kam dem Einzelnen ein Wert an sich zu.“ (Von Lewinski 2012: 25) Erst diese Emanzipation ermöglicht es den Bürgern, eigenes Handeln an die Stelle einer göttlichen, überirdischen Fügung zu setzen. Nicht Gott lenkt die Geschehnisse der Menschen, sie tun es selbst. Die Vernunft wird dem Glauben entgegengesetzt. Es gilt, die Vorgänge der Welt mithilfe des menschlichen Verstandes zu durchdringen, statt sie an eine transzendente Macht zu delegieren. Die Vernunft ist die Voraussetzung der Mündigkeit der Bürger; und die wiederum ist die Voraussetzung für ihre Teilhabe an der Gesellschaft.

Es ist die Entwicklung hin zu einer säkularen Gesellschaft, in der die Religion in die Sphäre des Privaten zurückgedrängt wird. Die Religion taugt somit auch nicht mehr, komplexe Sinnzusammenhänge herzustellen. Die Antworten auf die Fragen der Menschheit liefert nicht mehr Gott, sondern die Menschen selbst. Es kommt zu einem Boom der Wissenschaften, die durch ihren Erkenntnisgewinn letztlich auch den wirtschaftlichen Fortschritt befördern. In der religiösen Gesellschaft führte nur das Gute, Gott, zum Wahren. Nun ist beides entkoppelt und der Mensch zunehmend Herr seiner Geschehnisse. Die normative Frage aber, was unter dem Guten zu verstehen ist, bleibt; Imhof (2011) weist zu Recht darauf hin, dass Fragen nach dem moralisch Richtigen nicht allein mithilfe der Kognition zufriedenstellend beantwortet werden können, an die Stelle der göttlichen Vorhersehung „tritt eine anforderungsüberlastete Vernunft“ (Imhof 2011: 13). Durch die Marginalisierung der religiösen Maßstäbe entsteht nun eine Vielfalt an Interpretationsmöglichkeiten, die Kontingenz wächst, Orientierung wird schwieriger. Orientierung versprechen die sich ausbildenden Massenmedien, die eine Selbstbeobachtung ermöglichen, gesellschaftliche Interpretationsentwürfe zur Diskussion stellen, Themen verhandeln (vgl. zur Bedeutung der Massenmedien im „Jahrhundert des Journalismus“ ausführlich Birkner 2012). Auch Privates findet Eingang in die Massenmedien, das Bildungsbürgertum ist sich seines

Gestaltungsspielraumes bewusst und veröffentlicht auch Belehrungen über das private Leben (vgl. Böning 1998). „Denn in den Arenen und Strömen der öffentlichen Kommunikation kandidieren die Komplexität reduzierenden und damit die Zukunft erschließenden Sinnangebote um Resonanz und lösen über Konflikte Lernprozesse aus.“ (Imhof 2011: 16) Die Öffentlichkeit bietet somit nach innen eine Integrationsleistung und nach außen, auf die Gesellschaft gerichtet, die Basis demokratischer Verständigung. Entscheidungen werden gleichsam legitimiert, da sie aus den Reihen der Bürger stammen und diese somit an der Entstehung beteiligt sind. Die Aufklärungsbewegung entwickelt die Grundlage demokratischer Selbststeuerung. Neben der Einhaltung der Rechte bedeutet dies auch einen Gemeinsinn innerhalb der Gesellschaft. Der Einzelne muss sich als Teil des Ganzen begreifen, um sich in den Dienst der Sache stellen zu können. Das sichert zugleich die Legitimität der Herrschaft, die wiederum auf die Gesellschaft zurückwirkt. „Öffentliche Kommunikation ist somit das Medium der Integration *wie* der demokratischen Selbststeuerung.“ (Imhof 2011: 27; Hervorh. im Original)

Die Aufklärungsbewegung bedarf einer Organisationsleistung: Sie muss die Frage beantworten, wie die Freiheit Einzelner organisiert werden kann und soll, ohne Gefahr zu laufen, einem allmächtigen Staat in die Hände zu fallen. Die Souveränität und die Rechte Einzelner müssen verwaltet werden. Diese Funktion erfüllt der Rechtsstaat als ordnende Instanz. Er schützt die Rechte des Einzelnen. In den Menschenrechten findet der Anspruch auf Gleichheit Ausdruck. Diese Erlungenschaften sichern laut Imhof (2011) den Fortbestand der Moderne, da sie eine Selbstreflexion ermöglichen und dauerhaft etablieren. „Während die [...], Zivilisierung‘ des Menschen die ‚inneren‘ Dispositionen zur freiheitlichen Gesellschaft sichert, bildet der Rechtsstaat deren ‚äußere‘ Bedingung.“ (Imhof 2011: 40)

Bei dem aufklärerischen Verständnis von Öffentlichkeit handelt es sich, wie bereits in der Antike, um ein Ideal. Die Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit kann in derart rigider Form nie umgesetzt werden: Die von der Öffentlichkeit ausgeschlossenen und dem Privaten zugeordneten Gruppen fordern in Umbruchphasen immer wieder eine Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Die Zugangsbeschränkung der Öffentlichkeit dient nicht zuletzt der Machtsicherung der an ihr beteiligten Bürger, der Eliten. Doch es bleibt nicht ihr Monopol zu entscheiden, wer der Öffentlichkeit und dem vernunftgesteuerten Raisonement würdig ist und wer nicht. Die vormals Ausgeschlossenen, die lediglich die Herrschaft der anderen materiell sichern dürfen, fordern Mitbestimmung. Soziale Spannungen und Massenelend führen dazu, dass sich unterdrückte Schichten als Individuen verstehen und ihre Rechte und politische Teilhabe ein-

fordern. (Vgl. Stöber 1998: 28; Imhof/Schulz 1998: 10) Mit den vormals Ausgeschlossenen drängen Themen des Privaten in die Öffentlichkeit.

„Von einer Öffentlichkeit, in deren Namen die Aufklärer die Kontrolle von Herrschaft einfordern, lässt sich das ‚Volk‘ nicht ausschließen. Damit drängt das als privat geltende in den öffentlichen Raum und macht die Abhängigkeiten in der privaten Verkehrswirtschaft zum öffentlichen politischen Thema.“ (Imhof 1998: 20)

Es entwickelt sich ein Anspruch auf rechtliche Gleichbehandlung, die eine Anerkennung der Unterschiede zur Voraussetzung hat (vgl. Stöber 1998: 29). Nur wenn Unterschiede bestehen, ist das Pochen auf Gleichbehandlung sinnvoll. Zugleich führt der Anspruch auf Teilhabe und Kontrolle der Macht dazu, dass sich auch der Staat immer mehr für das Private der Bürgerinnen und Bürger interessiert und immer elaborierter dessen Ausspähung betreibt (vgl. ebd.: 33). Dieses Eindringen des Privaten in die Öffentlichkeit wollte die Aufklärung verhindern: Die Öffentlichkeit sollte einem höheren Zweck dienen, statt durch Belange marginalisierter Gruppen verunreinigt zu werden. Dieses Bild der Kontaminierung der Öffentlichkeit durch die Privatheit bestimmt noch heute die Debatten einer vermeintlichen Privatisierung der Öffentlichkeit.

Die Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit verfolgt somit zwei Ziele:

- Politische Entscheidungen sollen dem Gemeinwohl dienen und nicht den Privatinteressen Einzelner.
- Die Privatheit soll ein Raum der Freiheit bleiben, in den der Staat nicht eingreift.

Die Trennung beider Sphären ist die Grundlage der Demokratie. (Vgl. Herrmann 2001: 51) Nur durch die Trennung beider Bereiche kann sich eine demokratische Gesellschaft etablieren, so die Annahme. Folglich droht eine Vermischung beider Sphären die demokratischen Grundfeste zu beschädigen. Es ist diese Sorge, die Theoretiker wie Habermas und Sennett äußern. Die Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit wird als grundlegend vorausgesetzt und ihre Sinnhaftigkeit kaum hinterfragt.

2.1.1.2 Öffentlichkeitsideale als Basis privatheitsskeptischer Kulturkritik

„Die regulative Idee, dass die Bürger über ein auf Dauer gestelltes öffentliches Raisonement Vernunft und Tugend und eine selbstbestimmte Gesellschaft generieren können, ist seit der Aufklärung die Grundlage der Kritik der Moderne an sich selbst geblieben.“ (Imhof 2011: 27)

Die antiken und aufklärerischen Ideale sind in den gegenwärtigen Debatten aktuell, ex- oder implizit: Das Private gilt noch immer als unterlegene Sphäre des

Marginalen, Herrmann spricht gar von einer „jahrhundertealte[n] Tradition der Abwertung und Trivialisierung“ (Herrmann 2001: 49); die Öffentlichkeit wird moralisch überhöht und soll von schädigenden Einflüssen frei gehalten werden. Eine Veröffentlichung des Privaten verkehrt beides: Sie misst einerseits dem Banalen Bedeutung bei und setzt andererseits durch die Veröffentlichung auf die Rezeption und den Relevanzgewinn dieser Themen. In der Diskussion offenbart sich ein Widerspruch: Zwar werden private Themen als banal und apolitisch klassifiziert, dennoch spricht man ihnen das Potential zu, andere Themen zu verdrängen und gleichzeitig die Demokratie zu gefährden. Das veröffentlichte Private, so die These, beschmutzt das Öffentliche und droht es zu beschädigen.

Es ist diese Argumentation, die den Anlass zu dieser Arbeit bietet – weil sie in großer Übereinstimmung von Politik-, Kommunikations- und Medienwissenschaftlern vorgebracht wird, die dabei ideologisch häufig näher an der vermeintlichen Wirklichkeit des alten Athen argumentieren als an der gegenwärtigen Wirklichkeit, die sie zu beschreiben versuchen. Das Ideal scheint den Blick für das Gegenwärtige zu verblenden; am Ende bleibt die apokalyptische Beschreibung einer Wirklichkeit, die diesen Namen aus Sicht ihrer Beobachter nicht verdient, da sie sich dem Schein der Massenmedien unhinterfragt hingibt und sich gleichsam ausgeliefert hat. Die Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit erfüllt eine Strukturierungsfunktion; ihre unreflektierte Aktualisierung offenbart jedoch die Defizite einer Sicht, die gesellschaftlichen Wandel nicht als Prozess beschreibt, sondern anhand der konstruierten Gegensätze zu beschreiben versucht – und letztlich an dem Versuch scheitert. „Gemessen an der Utopie, der wir die Moderne verdanken, ist diese Moderne immer illegitim.“ (Imhof 2011: 29)

Die Liste der Kritikpunkte ist lang: Konstatiert werden eine „Entpolitisierung der Politik“ (Imhof 1998: 23), eine „Privatisierung der Öffentlichkeit“, eine „Veröffentlichung des Privaten“, eine „Medialisierung von Politik“, eine „Tyrannei der Intimität“ (Sennett 2002). Die (Kultur-)Kritiker, so unterschiedlich ihr fachlicher Hintergrund auch sein mag, haben eines gemein: den Glauben an einen Verdrängungsmechanismus, der Substanz durch Oberflächlichkeit ersetzt und Politik durch Privatheit. Es ist der Glaube an die Kontaminierung eines politisch existentiellen Raumes durch Belange und Banalitäten einer im Verborgenen stattfindenden Sphäre.¹⁴ „Politik im Modus des Affektuellen ist blind gegenüber Folgen und Nebenfolgen politischer Führungsstile, weil die kognitive Überzeugung in politische Programme durch personale Vertrauensdelegation ersetzt

14 In Frage gestellt wurde die Trivialisierung des Privaten von der Geschlechterforschung. Sie beschäftigt sich vor allem mit einer Aufwertung vormals privater Themen, jedoch nicht dezidiert mit der medialen Inszenierung von Privatheit.

wird.“ (Imhof 1998: 23)¹⁵ Mit einer funktionalen Betrachtung des Vertrauenskonzepts beschäftigt sich ausführlich Kapitel 5. Schon hier sei angemerkt, dass eine Demokratie durch das Moment der Repräsentanz stets auf Vertrauen angewiesen ist – da es vollständiges Wissen auf Seiten der Wähler nicht geben kann. Aus verschiedenen Gründen ist ein Abgleich mit den Öffentlichkeitsidealen des alten Athen und der Aufklärung wenig hilfreich:

- Die Verfasstheit der Öffentlichkeit als Ideal bei Aristoteles impliziert, dass die Vorstellungen zwar erstrebenswert, aber nicht erreichbar sind. Der Abgleich mit der Kommunikation moderner Gesellschaften führt somit zum immergleichen Ergebnis: Beschrieben wird eine Geschichte des Niedergangs.
- Die Geschichte zeigt, dass die Ideale tatsächlich nie verwirklicht worden sind; allen voran, weil die von der Teilhabe ausgeschlossenen Schichten einen eigenen Machtanspruch formulierten (vgl. Imhof/Schulz 1998: 10).
- Gerade diese Diskontinuitäten und Entwicklungen müssen bei einem aktuellen Rekurs auf die Ideale thematisiert und kritisch hinterfragt werden; wie auch der Gedanke, dass die Exklusivität der bürgerlichen Öffentlichkeit vor allem dem Machterhalt der Eliten diene.
- Es ist schwer vorstellbar, wie eine nach den Kriterien einer idealen Öffentlichkeit verfasste Gesellschaft der Gegenwart aussehen müsste – verfolgt man auch hier den Ausschluss alles Privaten und einen Anspruch an die Bürger, sich in der Öffentlichkeit allein der Rolle zu verschreiben und jedweden privaten und persönlichen Hintergrund zu negieren. Es ist zweifelhaft, dass ein solches ‚Ideal‘ den Ansprüchen einer repräsentativen Demokratie gerecht werden könnte.
- Einige Kritiker suggerieren, bei der Privatisierung handele es sich um ein neues Phänomen. Dies ist empirisch nicht haltbar: Der Nachrichtenfaktor der Prominenz hat seit Entstehen der Massenmedien eine entscheidende, handlungsleitende Rolle gespielt. Es handelt sich nicht um ein neues Phänomen, dass Privates in der Öffentlichkeit verhandelt wird (so unter anderem auch Robling 1983; Weckel 1998; Herrmann 2001; Kunczik 1998; Loosen 2011; zu Politikern als Prominenten vgl. Schneider 2004¹⁶).

15 Die Generierung von Vertrauen beschreibt Imhof als illegitime Absicht politischer Inszenierungen. Dagegen argumentiert die vorliegende Studie, dass gerade in der Generierung von Vertrauen ein Motiv der Inszenierung von Privatheit durch Politiker besteht.

16 Allerdings kontrastiert auch er mediale Präsenz und Sachthemen – gerade so, als sei ein solcher Gegensatz zwingend: „Im schlimmsten Fall werden Politiker nicht durch Sach-Themen [sic!],

- Es fehlt bislang ein empirischer Beleg, dass es sich um ein immer weiter vorschreitendes Phänomen handelt, also um einen Trend zur Privatisierung, der zur Folge hat, dass alles „immer schlimmer“ wird (siehe Kapitel 4).
- Es ist den Ansätzen nicht möglich, zu erklären, warum das Private thematisiert wird bzw. welche Funktion diese Thematisierung haben könnte. Eine rein normative Herangehensweise bringt allerdings die wissenschaftliche Debatte nicht voran.

2.1.1.3 Die doppelte Aktualisierung der Ideale von Antike und Aufklärung

Der Rekurs auf die Dichotomisierung von Privatheit und Öffentlichkeit in der Antike und deren Fortführung durch die Aufklärungsbewegung prägen die normative Debatte über eine Privatisierung der Öffentlichkeit. Aktualisiert werden zwei Aspekte: Erstens, die Sorge vor einer Verunreinigung der Öffentlichkeit durch private, und somit minderwertige, weil triviale und funktionslose Inhalte. Zweitens, das Verhältnis von Freiheit und Privatheit. Zwar ist die Macht innerhalb dieser Sphäre stark reglementiert und an enge Bedingungen geknüpft. Dennoch geht der private Bereich als derjenige hervor, der vor Eingriffen des Staates zu schützen ist, in der der Hausherr verfahren kann, wie es ihm gefällt. Die private Sphäre begründet somit ein Abwehrrecht gegen den Staat.

Die Dichotomisierung von Privatheit und Öffentlichkeit ist eine an den Öffentlichkeitsidealen der Antike und der Aufklärung angelehnte Konstante, die sich als Aktualisierung niederschlägt zum einen in der Abwertung des Privaten in der Öffentlichkeit (der „Privatisierung der Öffentlichkeit“) und zum anderen in dem der Privatheit zugeschriebenen Freiheits- und Abwehrgedanken. Beide Aspekte sind für die weiteren Ausführungen entscheidend.

Erst die Offenlegung dieser doppelten Aktualisierung ermöglicht zum einen die Dechiffrierung der impliziten Ideale und ihrer Bedeutung für den überwiegend normativen Charakter. Zum zweiten ist das Moment der Freiheit für die wenigen Konzeptionen des Privaten, die es gibt, von entscheidender Bedeutung. Privatheit ist als Ort der Freiheit schutzbedürftig: gegen den Staat oder andere Akteure. Die Privatheit wird schon in der Antike begriffen als Sphäre, in der der Einzelne Hoheitsrechte ausüben kann. In Debatten über den Datenschutz oder die Gefährdung der Privatsphäre im Web 2.0 sowie in den sozialen Medien findet dieser Aspekt seine Entsprechung. Fragen, wie die Privatheit gegen wirtschaftliche oder politische Ansprüche verteidigt werden kann, verdeutlichen indirekt, welche Bedeutung die Freiheit für den Bereich der Privatheit hat. Nur

sondern durch ihre Medienpräsenz getragen – sie reihen sich damit in den Kreis der Prominenten ein.“ (Schneider 2004: 167)

wenn sie als schützenswert gilt und man ihr einen eigenen Wert beimisst, muss der Versuch des Eindringens Dritter abgewehrt werden.

Welche Schlüsse können aus der Aktualisierung gezogen, welche Aussagen über die Privatheit abgeleitet werden? Es handelt sich um eine historisch marginalisierte Sphäre, die dennoch schutzbedürftig ist, weil sie als Hort der Freiheit gilt. Eine mediale Inszenierung von Privatheit baut basal auf dem Verständnis der Privatheit als Sphäre der Freiheit auf und nimmt Anleihen in dieser Konnotation des Privaten als *Ort der Unverstelltheit*. Das Versprechen auf Unverstelltheit ist es, das der Darstellung von Privatheit eine eigene Aussagekraft beimisst. Die Freiheit in der Privatheit ist Bedingung der eigenen Aussagefähigkeit einer medialen Darstellung des Privaten. Würde sich das Handeln in der privaten Sphäre unterstellter Weise nicht von dem Handeln in der öffentlichen Sphäre unterscheiden, so wäre eine Inszenierung des Privaten entbehrlich. Deshalb wird Privatheit zweifach instrumentalisiert: durch politische Akteure und auch durch Journalisten. Dieses Zusammenspiel kann auf einer Kooperation und Absprachen beruhen, muss es aber nicht; vielmehr kann die Veröffentlichung von Privatem auch gegen den Willen eines politischen Akteurs geschehen.¹⁷

Ausgehend von den Ansätzen, die nicht nur die Unterscheidbarkeit beider Bereiche, sondern vor allem auch deren fortwährende Unterscheidung als wichtig voraussetzen, wird diese Arbeit dafür argumentieren, dass eine Durchdringung von Privatheit und Öffentlichkeit mitnichten zwingend zu einer Erodierung einer der beiden Bereiche führt. Es ist vor allem die Öffentlichkeit der Massenmedien, die einen solchen Austausch ermöglicht.

2.1.2 Juristische Herleitung: Recht auf Privatheit

Die Privatheit wird vor allem als Ort der Freiheit gesehen, daher ist sie schutzbedürftig. Dieser Gedanke findet seine Entsprechung im Recht und seinen Ausdruck vor allem im dort verbrieften Schutz der Persönlichkeit. Das Recht bildet eine Durchdringung von Privatheit und Öffentlichkeit ab und regelt diese Durchdringung allgemeinverbindlich. Die Debatten über den Grenzverlauf von Privatheit und Öffentlichkeit und die damit verbundenen Grundannahmen werden nachgezeichnet; zugleich wird aufgezeigt, welche rechtlichen Auswirkungen eine Veröffentlichung von Privatheit hat.

¹⁷ Dies sei an dieser Stelle der Vollständigkeit halber erwähnt. Privatheitsinszenierungen, die gegen den Willen des politischen Akteurs geschehen, werfen Fragen auf nach den Selektionsroutinen der Medien und rücken die Journalisten als Akteure ins Zentrum des Interesses (z. B. im Rahmen der Veröffentlichung von Paparazzi-Bildern). Solche Inszenierungen sind interessant, aber nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit, weil ihnen gänzlich andere Inszenierungsmechanismen zugrunde liegen, die Inszenierung vielmehr auf der Ebene der Massenmedien stattfindet.

Der normativ, demokratietheoretisch verstandene Öffentlichkeitsbegriff ist nicht nur für die wissenschaftliche Debatte prägend, er ist auch Maßstab für das deutsche Medienrecht. In ihm werden die Massenmedien als Katalysator von Öffentlichkeit verstanden, als – im Wortsinn – Medium einer vor allem politischen Selbstreflexion der Gesellschaft. Entsprechend schützt das Grundgesetz die Medien gegen Eingriffe des Staates, damit sie ihrer demokratietheoretisch definierten Aufgabe nachkommen können: Öffentlichkeit herzustellen, indem relevante Informationen zur Verfügung gestellt werden, die politische Kontrolle ermöglichen. Dies spiegelt sich wider in der sogenannten Kritik- und Kontrollfunktion sowie der Informationsfunktion der Massenmedien (vgl. Andguladze 2011: 59). Die Medien sollen durch die Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe zur Sicherung der Demokratie beitragen (vgl. Branahl 1998: 181, 2013: 157; Andguladze 2011: 26ff.). Das Bundesverfassungsgericht hat die Rolle der Massenmedien für den Meinungsbildungsprozess mehrfach herausgestellt. Nach diesem Verständnis ist die Presse ein Verbindungsglied und Kontrollorgan von Regierenden und Regierten, das einen wechselseitigen Informationsfluss ermöglicht (vgl. Loef 2009: 40). Auf dieser funktionalen Bestimmung der Medien basiert der verfassungsrechtlich verankerte Schutz der Pressefreiheit. Er beruht auf dem Gedanken, dass erst die Medien Öffentlichkeit herstellen – und diese Öffentlichkeit vor allem der politischen Informiertheit der Bürger zu dienen hat. Mithin ist auch die Rede von der dienenden Funktion der Massenmedien. „Als Idealtyp der Meinungsäußerung bzw. eines Medienberichts gilt der politisch-informierende, sittlich nahrhafte Beitrag, der der gesellschaftlichen Integration dient.“ (Ebd.: 39)

Branahl (1998) legt dar, dass es aus juristischer Sicht drei verschiedene Lesarten des Begriffes „öffentlich“ gibt. Zum einen werden Dinge beschrieben, die allgemein zugänglich sind; zum anderen solche, für die ein öffentliches Informationsinteresse besteht; und drittens wird „öffentlich“ in der juristischen Diktion auch als Synonym für „staatlich“ benutzt. Die Privatheit ist wie folgt definiert: „Als Gegenbegriff zu ‚öffentlich‘ im Sinne von ‚staatlich‘ bezeichnen Juristen alle (Rechts-)beziehungen als ‚privat‘, an denen der Staat nicht beteiligt ist.“ (Ebd.: 181) Der Schutz der Privatsphäre legt daraus abgeleitet positivistisch fest, von welchen Bereichen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist; die Privatsphäre dient als Schutzraum des Einzelnen und ist die strukturelle Verankerung des oben hergeleiteten Abwehrrechts gegen den Staat – so wie auch die Medienfreiheit zunächst ein Abwehrrecht gegen den Staat ist. In dem juristischen Begriff der Privatsphäre findet sich die aristotelische Idee eines freien oikos, der vor Zugriffen von außen geschützt ist.

Bereits das römische Recht unterscheidet im „Corpus iuris civilis“ einen privaten und einen öffentlichen Bereich. Der Gesetzestext reflektiert „die Situation einer politischen Gemeinschaft, die bestimmen will, was die Gruppe als Gan-

ze angeht – das Öffentliche – und was nur die einzelnen Mitglieder oder gesellschaftlichen Untergruppen (wie die Familie) zu regeln haben – das Private“ (Seubert 2010: 9). Der Franzose Hugo Donellus (1527-1591) gilt als Vordenker des Persönlichkeitsrechts. Er interpretiert in seiner Arbeit „commentariorum iuris civilis libri“ das römische rechtliche Gebot „alterum non laedere“, „Du sollst den anderen nicht schädigen“, als individuellen Schutz der Ehre. (Vgl. Von Lewinski 2012: 25)

Vorläufer dieses Ehrenschatzes finden sich ebenfalls im römischen Recht. Donellus' Ausführungen bilden die Grundlage eines Persönlichkeitsrechts als Abwehrrecht. In Deutschland kamen die Impulse zur Entwicklung eines Persönlichkeitsrechts aus dem Urheberrecht: Der Jurist Georg Beseler (1809-1888) verstand das Recht eines Autors als Recht der Persönlichkeit, das gegenüber Dritten durchgesetzt werden konnte. Otto von Giercke, ein Schüler Beselers, arbeitete dessen Überlegungen zu einem allgemeinen Persönlichkeitsrecht aus. (Vgl. Andguladze 2011: 67) Verankert wird das Persönlichkeitsrecht bereits 1900 im Bürgerlichen Gesetzbuch, 1907 wird das Recht am eigenen Bild gesetzlich festgeschrieben. Im Grundgesetz wurde schließlich das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit an den Anfang gesetzt. Inzwischen ist das Persönlichkeitsrecht gewohnheitsrechtlich anerkannt, auch wenn es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff handelt. Es wirkt als „Abwehrrecht desjenigen, der ‚in Ruhe gelassen‘ werden möchte“ (Andguladze 2011: 69). Vorläufer des Datenschutzes als Teil des Persönlichkeitsrechts sind seit dem 17. Jahrhundert bekannt, als das Postgeheimnis entwickelt wurde (vgl. Branahl 2013: 146).

Im Zuge der Aufklärung entstehen im 19. Jahrhundert Verfassungen als Ausdruck der demokratischen Selbststeuerung. Der Rechtsstaat sichert die Rechte Einzelner und somit deren Freiheit, er bildet das Fundament der Demokratie und dient dem Schutz der öffentlichen wie der privaten Sphäre. Das Recht ist „finaler Ausdruck von demokratischen Entscheidungsfindungen“ (Imhof 2011: 43). Die Freiheitsrechte der Gesellschaft können nur dann gewahrt werden, wenn die Freiheitsrechte des Einzelnen gewahrt werden. Die Verfassungen verbürgen Privatsphäre und Vertraulichkeit. Ihnen vorausgegangen waren verfassungsrechtliche Anerkennungen der Menschenrechte in den USA und Frankreich.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, parallel zum Entstehen der Massenmedien, etabliert sich ein Rechtsschutz gegen informationelle Angriffe. Es sind Medienaffären, die in den USA und Europa zur Herausbildung eines „Rechts auf Privatheit“ führen (vgl. Herrmann 2001: 49). Die Berichterstattung der Boulevardmedien wird als Angriff auf die Ehre verstanden (vgl. Von Lewinski 2012: 26). Das zeigt zum einen, dass die Veröffentlichung privater Inhalte keineswegs so neu ist, wie viele ihrer Kritiker unterstellen. Es zeigt auch, dass die Balance zwischen dem Interesse der Öffentlichkeit an privaten Inhalten und

dem Schutz der Privatheit des Einzelnen bereits zur Zeit der Entstehung der modernen Massenmedien austariert werden musste. In einem bis heute wegweisenden und viel zitierten Artikel definieren die US-Juristen Samuel Warren und Louis Brandeis Privatheit 1890 als “right to be let alone“ (Warren/Brandeis 1890: 193). Der Aufsatz prägt das Verständnis von Privatheit bis heute (vgl. Rosen 2001).

“That the individual shall have full protection in person and in property is a principle as old as the common law; but it has been found necessary from time to time to define anew the exact nature and extent of such protection [...]. Gradually the scope of these legal rights broadened; and now the right to life has come to mean the right to enjoy life – the right to be let alone.” (Warren/Brandeis 1890: 193)

Entscheidend zur Entwicklung des deutschen Medienrechts trägt um die Jahrhundertwende der Eulenburg-Harden-Skandal bei. Eulenburg ist ein Vertrauter des Kaisers, Harden Publizist. Harden unterstellt Eulenburg, homosexuell zu sein. Daraufhin wird ausgiebig in dessen Privatleben recherchiert. (Vgl. Wunden 1994; ausführlich Domeier 2010)

Eine Aufnahme Bismarcks auf dem Totenbett führt schließlich zu den gesetzlichen Regelungen des Kunsturhebergesetzes (vgl. Von Lewinski 2012: 27). Das Private wird als schützenswerter Bereich anerkannt. Allerdings verhindern die Ausführungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, das in der Tradition des römischen Rechts steht, „die Anerkennung eines umfassenden immateriellen Persönlichkeitsrechts“ (ebd.: 26), Persönlichkeitsverletzungen werden über Jahrzehnte als Ehrverletzungen gewertet.

In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickeln Zivilgerichte ein allgemeines Persönlichkeitsrecht, das vor allem Schutz gegen Indiskretionen gewähren soll und Teil des Selbstbestimmungsrechts des Einzelnen ist. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Praxis der Rechtsprechung unterstützt und in den 1980er Jahren untermauert, indem es 1983 für ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung entschied (BVerfGE 65, 1; Az 1 BvR209/83). Ausgehend von der Annahme, dass Menschen sich in Beobachtungssituationen befangen verhalten, leitete das Gericht aus dem Grundgesetz das Recht ab, „dass jede Person grundsätzlich selbst über die Erhebung und Verwendung der auf sie bezogenen Daten entscheiden können müsse“ (Von Lewinski 2012: 29). Das Bundesverfassungsgericht passte somit die Vorgaben des allgemeinen Persönlichkeitsrechts an die technischen Entwicklungen zur Datenspeicherung und -weitergabe an (vgl. Papier 2012: 69). Basis für diese Annahme sind der Persönlichkeitsrechtsschutz und der Grundsatz der Menschenwürde. Das Urteil wurde international mit großer Aufmerksamkeit rezipiert, da es den Schutz persönlicher Daten sichert (zur

internationalen Bedeutung vgl. stellvertretend Westin 2003). Somit basiert das heutige Datenschutzrecht auf den Annahmen des Persönlichkeitsschutzes.

2.1.2.1 Öffentliches Informationsinteresse versus Persönlichkeitsschutz

„Den Ausgangspunkt der Rechtsprechung bildete die Erwägung, daß jeder Mensch zur Wahrung seiner Würde und um sich als Persönlichkeit entfalten zu können, einen Schonraum benötigt, in dem er sich frei von staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle bewegen kann.“ (Branahl 1998: 181)

Das juristische Verständnis von Privatheit ähnelt dem psychologischen Verständnis (siehe Abschnitt 3.6). Dieses stellt ebenfalls die Bedeutung einer privaten Sphäre für die Herausbildung eines Selbst und dessen freie Entfaltungsmöglichkeit in den Mittelpunkt und gestaltet die Definition ausgehend von dieser Funktion. Das Recht konzipiert Privatheit als einen geschützten Raum, in dem die Eigeninteressen zum Maßstab der Beurteilung werden. Jeder kann frei darüber entscheiden, was er über sich öffentlich preisgeben will und was nicht. Ein häufiger Fall von Grundrechtskollisionen besteht zwischen dem Kommunikationsgrundrecht auf der einen und dem Persönlichkeitsrecht auf der anderen Seite (vgl. Andguladze 2011: 43). Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen kollidiert mit dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit. Hier gilt es, den „Grad des öffentlichen Informationsinteresses gegen die Schwere des Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht abzuwägen“ (Branahl 2013: 158). Je größer das Informationsinteresse ist, in desto größerem Maße muss das Persönlichkeitsrecht zurücktreten. Zugleich gilt aber auch: Je intensiver eine Person die Öffentlichkeit sucht, desto „höher liegt die Schwelle des Persönlichkeitsschutzes“ (Loef 2009: 25).

Die beiden Interessen kollidieren, da das Politische in private Bereiche vordringt, beispielsweise durch Subventionierungen und Reglementierungen, und das Private in das Politische – durch Inszenierungen. „Charaktereigenschaften zeigen sich eben nicht nur im beruflichen Verhalten, sondern auch im privaten Umgang miteinander.“ (Branahl 1998: 183) Begebenheiten aus dem privaten Bereich sollen Integrität und Kompetenz verdeutlichen, das Private soll auf das Politische ausstrahlen (siehe zu den Theorien der Personenwahrnehmung ausführlich Kapitel 6). Private Vorgänge werden veröffentlicht, um öffentliche Vorgänge zu legitimieren. Repräsentanz begründet den Status des Politikers als Person des öffentlichen Lebens.

2.1.2.2 Personen des öffentlichen Lebens und ihre Selbstinszenierung

Die Formulierung „Person des öffentlichen Lebens“ impliziert, dass bei ihr zu dem Schutz des Privaten eine Bestimmung und Verankerung in der Öffentlichkeit kommt; sie hat qua Repräsentanz einen quasi-öffentlichen Charakter. Der

Persönlichkeitsrechtsschutz, der dafür sorgt, dass die persönlichen Belange des Einzelnen nicht gegen dessen Willen öffentlich verhandelt werden dürfen, kann hier ausgehebelt und überlagert werden durch das höherrangige Interesse der Öffentlichkeit an der Person, das in ihrer Funktion begründet liegt.

Öffentliche Personen müssen hinnehmen, „nicht nur als Funktionsträger, sondern auch als Person zum Gegenstand der Medienberichterstattung zu werden“ (Branahl 1998: 184). Das Recht greift also den Dualismus von Person und Rolle bzw. Funktion auf und nivelliert ihn durch das Momentum der Repräsentanz (siehe Kapitel 3). Die Repräsentanz ist die Klammer, die Person und Funktion miteinander verbindet. Die Öffentlichkeit hat ein legitimes Interesse, zu erfahren, ob die Funktion, die sie an den Rolleninhaber delegiert hat und die dieser nun stellvertretend ausführt, auch in ihrem Interesse ausgeübt wird. Dieses Interesse legitimiert eine Berichterstattung. Die Informationen zur Beantwortung dieser Frage können auch aus der privaten Sphäre des Funktionsträgers stammen. Dieser rechtlichen Argumentation entspricht die Argumentation dieser Arbeit: Privaten Informationen wird eine eigene Aussagekraft und Funktion beigemessen. Aus rechtlicher Sicht wird öffentlichen Personen eine Vorbildfunktion zugesprochen,

„die es gerechtfertigt erscheinen läßt, ihre Glaubwürdigkeit und Integrität zum Gegenstand der öffentlichen Erörterung zu machen – Charaktereigenschaften, die die Person als Ganze erfassen und die Unterscheidung von beruflicher und privater Sphäre fragwürdig erscheinen lassen: Das Private wird politisch“ (Branahl 1998: 184).

Das Recht macht privates Handeln der öffentlichen Person zurechenbar und misst dem Privaten somit eine öffentliche Bedeutung bei. Es besteht ein Widerspruch zum normativen Diskurs innerhalb der Politik- und Kommunikationswissenschaft: Der normative Diskurs spricht dem Privaten eine solche Bedeutung und Aussagekraft ab. Juristisch ist somit klar, dass es ein öffentliches Informationsinteresse geben kann; Auslegungssache ist allerdings, welche Bereiche von einem solchen Informationsinteresse gedeckt werden – und wann die Abbildung von Privatem nur voyeuristische Zwecke verfolgt.

Das Recht hebt zur Beantwortung dieser Frage auf dreierlei ab: Zum einen schaut es darauf, wie öffentlich eine Person ist – das heißt wie sehr der öffentliche Fokus auf sie gerichtet ist; zum zweiten schaut es danach, wie privat, und somit schwerwiegend, der Eingriff ist; und drittens fließt ein, wie groß die Bedeutung der Information ist, wie relevant sie ist (d. h. wie groß die Zahl derer ist, für die sie von Bedeutung ist). Zur Beurteilung dieser Frage wird darauf abgehoben, welche Rolle eine Information für den Prozess demokratischer Meinungs- und Willensbildung spielt. Die Rechtsprechung variiert in der Einschätzung darüber, inwieweit auch ein Unterhaltungsinteresse durch den Grundsatz der Pressefrei-

heit geschützt wird. Als berechtigt wird ein solches Interesse angesehen, wenn die Berichterstattung über Themen der Privatsphäre die Glaubwürdigkeit einer Person betreffen. „Bei Personen des öffentlichen Lebens kann sich das Informationsinteresse der Allgemeinheit dadurch ergeben, dass ihr Verhalten dem Bild widerspricht, das sie der Öffentlichkeit ansonsten von sich vermitteln.“ (Branahl 2013: 163) Wenn die Berichterstattung beispielsweise darauf abhebt, ob ein Politiker integer agiert und sein Wort hält, hat das Bundesverfassungsgericht dies zugelassen, da die Glaubwürdigkeit öffentlicher Personen auch aus ihrem Verhalten im Privaten abgeleitet werden kann. „Ein ernsthaftes Informationsinteresse der Öffentlichkeit ist [...] zu bejahen, wenn die Glaubwürdigkeit von Personen zur Debatte steht, die im Prozess der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung eine nicht unerhebliche Rolle spielen.“ (Ebd.: 161) Zugrunde liegt laut dem Bundesgerichtshof die Frage nach der Moral des Einzelnen. In all diesen Fällen ist eine Berichterstattung rechters und der Betroffene muss sie hinnehmen (vgl. BGH NJW 1964, S. 1471f.).

Diese Abwägung zwischen Informationsinteresse und Persönlichkeitsschutz gilt ausdrücklich nicht für den Fall, in dem ein Akteur in die Veröffentlichung privater Informationen einwilligt. Das Recht, über den eigenen Schutzbereich frei verfügen zu können, schließt mit ein, dass der Einzelne sich dazu entschließen kann, Informationen aus seinem Privatleben umfangreich medial darzustellen (vgl. Branahl 2013: 155). Diese Konstellation ist die Grundannahme der folgenden Ausführungen. Die rechtlichen Grundlagen sind dennoch von Bedeutung, da sie zum einen die Verankerung des Privatheitsgedankens im Recht nachzeichnen, und zum anderen darlegen, dass das Recht von einer Einheit zwischen (prominentem) Rolleninhaber und privater Person ausgeht. Diese Idee der Zurechenbarkeit von Eigenschaften findet sich auch im Konstrukt der Repräsentanz und hat eine Entsprechung in psychologischen Theorien der Personenwahrnehmung.

2.1.2.3 Die Sphärentheorie und der Schutz des Privaten

Das öffentliche Informationsinteresse leitet sich ab aus den Gedanken der *res publica*, die Transparenz als Voraussetzung eines vernunftgeleiteten Diskurses und somit der demokratischen Entwicklung begreift. Um sich an öffentlichen Diskursen beteiligen zu können, müssen diese Diskurse öffentlich – also heute vor allem medial – geführt werden können.

Im Zivilrecht werden nach Heinrich Hubmann (1957) Sphären des Privaten unterschieden, denen je ein unterschiedlicher Grad der Schutzbedürftigkeit beigemessen wird. Nach ihnen lässt sich bemessen, als wie schwer der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht eines Einzelnen anzusehen ist. Die einzelnen Sphären unterscheiden sich nach ihrem Sozialbezug (vgl. Di Fabio 2001). Dieser nimmt

zu, je weiter man sich vom Kern der Intimsphäre entfernt. Mit der Sphärentheorie versucht das Bundesverfassungsgericht, „einen generalisierten Maßstab für die Rechtfertigungsanforderungen im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu entwerfen“ (Loef 2009: 23). Die einzelnen Sphären können wie folgt dargestellt werden:

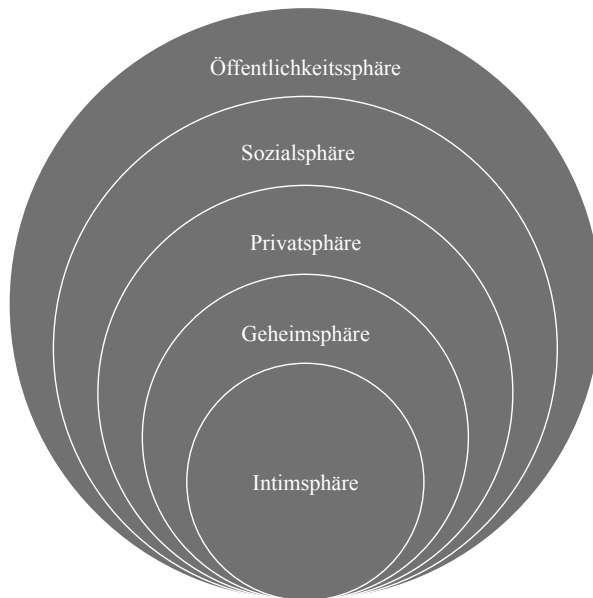


Abbildung 3: Ebenen der Sphärentheorie (Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Hubmann 1957)

Die *Intimsphäre* genießt den größten Schutz. Von ihr werden Geheim-, Privat-, Sozial- und Öffentlichkeitssphäre unterschieden. Letztere bildet die äußere Hülle des Modells, die Öffentlichkeitssphäre genießt somit den geringsten Schutz. Der sogenannte Intimitätsschutz stellt sicher, dass Informationen, die eine Person betreffen – beispielsweise Alter, Gesundheit, Lebensumstände – nicht gegen ihren Willen veröffentlicht werden können.

„In diesem ‚Innenraum‘ privater Lebensgestaltung besitzt der Mensch sich selbst und muss sich dorthin ohne Zutrittsmöglichkeit der Umwelt, insbesondere der öffentlichen Gewalt, zurückziehen können. Ein Eingriff soll dort unter keinen Umständen zu rechtfertigen sein.“ (Di Fabio 2001: RN 157)

Di Fabio führt aus, dass die Rechtsprechung einen besonders hohen Anspruch an die Intimsphäre stellt, es handelt sich um einen „unantastbaren Kernbereich“ (Di Fabio 2001: RN 158). In diesen Bereich fallen beispielsweise Darstellungen des Sexuallebens.

Berichte aus dem Bereich der *Geheimsphäre*, also Informationen, die der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht unterliegen, sind nur dann zulässig, wenn es ein herausragendes öffentliches Informationsinteresse gibt (vgl. Branahl 1998: 186). In diesen Bereich fallen Äußerungen, deren Geheimhaltung „entweder gesetzlich geschützt ist oder die ihrer Natur nach geheimhaltungsbedürftig sind“ (Branahl 2013: 159). Dazu gehören das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie Tagebuchaufzeichnungen. Ein Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein anderes Interesse in einer Situation als schützenswerter angesehen wird.

„Die [.] ‚Privat- oder Geheimsphäre‘ [...] umschreibt einen Bereich, in dem Eingriffe zwar nicht generell ausgeschlossen sind, ihre Rechtmäßigkeit, namentlich ihre Verhältnismäßigkeit, sich aber nach besonders strengen Vorgaben richtet. Hier müssen regelmäßig überwiegende Belange des Gemeinwohls vorliegen, die eine Beeinträchtigung des Geheimhaltungsinteresses erfordern.“ (Di Fabio 2001: RN 159)

Die *Privatsphäre* ist dadurch gekennzeichnet, dass sie gegen Einblicke von außen abschirmt und nicht ohne Weiteres öffentlich zugänglich ist. „[Es] zählen der häusliche Bereich sowie das Verhalten eines Menschen ‚in seinen eigenen vier Wänden‘ zur Privatsphäre.“ (Branahl 2013: 160) Hier geht es also um Vorgänge, die sich beispielsweise im eigenen Haus abspielen und auch um persönliche Daten. Branahl hebt hervor, dass ein sogenanntes ernsthaftes Informationsinteresse die Voraussetzung dafür ist, über Begebenheiten der Privatsphäre berichten zu können. Es liegt vor, „wenn das private Verhalten von Personen, die im öffentlichen Leben eine herausgehobene Stellung bekleiden (Politiker, Manager, u.ä.), den Erfolg ihres beruflichen Wirkens beeinflusst“ (ebd.: 161). Mit anderen Worten: Je weiter die Berichterstattung in das Privatleben einer Person vordringt, desto umfangreicherer Legitimation bedarf sie; das öffentliche Interesse muss entsprechend größer sein. Doch auch für eine solche Berichterstattung kann es Gründe geben:

„Eine Rechtfertigung kommt [.] in Betracht, soweit die Glaubwürdigkeit einer Person des öffentlichen Lebens auf dem Spiel steht: Wer sich öffentlich für die Einhaltung bestimmter Normen einsetzt, muß sich fragen lassen, ob er die von ihm propagierten Moralvorschriften selbst auch tatsächlich verfolgt.“ (Ebd. 1998: 186)

Die *Sozialsphäre* umfasst private Tätigkeiten an öffentlich zugänglichen Orten (beispielsweise einen Einkauf, eine Fahrt mit der Bahn) (vgl. ebd.: 184f.). Innerhalb der Sozialsphäre werden privates und berufliches Verhalten unterschieden.

Über privates Verhalten von Personen des öffentlichen Lebens in der Sozialsphäre darf dann berichtet werden, wenn ein Informationsinteresse der Allgemeinheit besteht. Das private Verhalten innerhalb der Sozialsphäre kann dazu dienen, die Kongruenz des Verhaltens einer prominenten Person zu überprüfen.

Der *Öffentlichkeitsbereich* genießt dagegen keinen besonderen Schutz, da das Handeln einer Person in dieser Sphäre ohnehin keinen Beschränkungen unterliegt. Ein Handeln wird dann dieser Sphäre zugeordnet, wenn sich jemand selbst an die Öffentlichkeit wendet.

„Der [...] ‚Öffentlichkeitsbereich‘ umschreibt einen das Persönlichkeitsrecht allenfalls tangierenden Bereich, der ohnehin von der Umwelt nicht abgeschirmt werden kann. Maßnahmen, die diesen Bereich betreffen, weisen – wenn überhaupt – nur eine geringe Belastungsintensität auf. Hier bestehen unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten die geringsten Rechtfertigungsanforderungen.“ (Di Fabio 2001: RN 160)

Branahl spricht sich dafür aus, den Persönlichkeitsschutz möglichst auszudehnen und weit zu fassen und auch für Berichte, welche die Sozialsphäre betreffen, ein öffentliches Interesse zur Voraussetzung zu machen. Dies soll dem Schutz öffentlicher Personen dienen. Er bezieht sich hier auf die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zur Abwägung zwischen dem Schutz der Sozialsphäre und dem Interesse der Öffentlichkeit.¹⁸ Entsprechend müssten Fotografien, die eine Handlung in der Sozialsphäre abbilden, um veröffentlicht werden zu können, die Ausübung der öffentlichen Funktion einer Person betreffen, um nicht als voyeuristisch zu gelten. Ausnahmen von dieser Regel müssen durch ein besonderes öffentliches Informationsinteresse gerechtfertigt sein. Ein solches, und das ist entscheidend, kann auch dadurch entstehen, „daß der Betroffene selbst sein Privatleben zu Zwecken der Imagebildung einsetzt“ (Branahl 1998: 185). Als entscheidende Größe bezieht das Bundesverfassungsgericht somit ein, welchen Zugang der Betroffene selbst der Öffentlichkeit gewährt. Ferner rechtfertigt die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenmedien eine Berichterstattung nur, wenn der Betroffene auch kritik- und kontrollwürdiges Verhalten an den Tag gelegt hat.

Hier kann die Inszenierung von Privatheit mit dem Aufstoßen einer Tür verglichen werden, die Privatleben und Öffentlichkeit voneinander trennt: Es fällt Licht von der einen Sphäre in die andere. Aber der Teil, der sich eigentlich hinter verschlossenen Türen abspielt, ist nun auch Teil der Öffentlichkeit und wird an den Kriterien der Öffentlichkeit gemessen. Ihn wieder aus der Öffentlichkeit zu

18 Gerichtsurteile weisen dem Journalismus eindeutige Leistungen für eine politische Öffentlichkeit zu, so vor allem auch das „Caroline-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 2004 (vgl. Weischenberg 2007: 119f.).

entfernen, ist schwierig. Wer sein Privatleben medial inszeniert, wird an dem Bild, das er vermittelt, auch dann gemessen, wenn er es lieber aus der Öffentlichkeit heraushalten würde.

Die Rechtsprechung räumt weitaus geringere Schutzrechte ein, wenn eine öffentliche Person in der Vergangenheit selbst mit Begebenheiten aus dem Bereich des Privaten an die Öffentlichkeit gegangen ist. Wer also Zugang zum eigenen Privatleben gewährt, indem er die eigene Kontrolle niedrig ansetzt, muss in Kauf nehmen, dass bei entsprechendem Interesse der Zugang beansprucht wird. Durch eine solche Selbstinszenierung verwirkt die öffentliche Person in Teilen das Recht auf die alleinige Zugangskontrolle. Wer selbst die Standards sehr niedrig ansetzt und sich und sein Privatleben öffentlich thematisiert, muss es sich gefallen lassen, wenn auch andere sich auf dieses Privatleben beziehen, indem sie 1) die Person und ihr Handeln an ihrem inszenierten Privatleben messen (Kongruenz), oder 2) indem die Rechtsprechung weniger Schutz gewährt in dem Fall, dass jemand anderes die Grenze zum Privatleben verletzt. Für das Privatheitsverständnis dieser Arbeit ist die Idee einer Zugangskontrolle zur privaten Sphäre von Bedeutung.

Thematisiert ein Akteur sein Privatleben öffentlich, so muss er verschiedene Einschränkungen des Persönlichkeitsschutzes hinnehmen:

- Zum einen sind Informationen, die das Privatleben einer Person betreffen, nicht auf den Kontext beschränkt, in dem sie offenbart worden sind. Somit dürfen auch andere Medien diese Informationen – auch in einem anderen Kontext – aufgreifen (1).
- Thematisiert jemand fortwährend sein Privatleben öffentlich, so darf auch über Bereiche seines Privatlebens berichtet werden, die derjenige nicht selbst öffentlich thematisiert (2).
- Thematisiert jemand einzelne Fakten aus seinem Privatleben öffentlich, muss er hinnehmen, dass Aspekte desselben Themenbereiches von den Medien auch ohne Einwilligung aufgegriffen werden dürfen (so beispielsweise nicht nur der neue Partner, sondern auch Details einer Scheidung) (3).

Allerdings ist die Verwirkung dieses Persönlichkeitsschutzes zeitlich beschränkt: Wenn jemand aufhört, Privates medial zu thematisieren, so greift auch der Persönlichkeitsschutz wieder. (Vgl. Branahl 2013: 156)

„Im Extremfall kann dieser Gesichtspunkt [die Thematisierung privater Aspekte in der Öffentlichkeit, Anm. B. H.] dazu führen, dass jemand, der sein Privatleben kontinuierlich vor der Öffentlichkeit ausbreitet, auch die Veröffentlichung von Fakten aus seinem Privatleben dulden muss, die er nicht zur Veröffentlichung freigegeben hat.“ (Ebd.: 156)

Selbstinszenierungen verstoßen qua Definition nicht gegen das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen – hat dieser sich doch entschieden, Privates öffentlich nutzbar zu machen. Diese Informationen dürfen ohne Einschränkung verwendet werden (vgl. ebd. 1998: 187). Die Ausführungen zur Entstehung des Persönlichkeitsrechtsschutzes sind für die vorliegende Arbeit in verschiedener Hinsicht von Bedeutung.

- Sie beantworten die Fragen, warum die Privatheit schützenswert ist und wie das Recht das Aufweichen der Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit verortet. Das Recht benennt die *Zugangskontrolle* als entscheidend für die Frage danach, was privat ist und was nicht: Der Einzelne hat die Kontrolle darüber, was er offenbaren will und was nicht; und er hat Abwehrrechte gegen den Staat und gegen Übergriffe Dritter, kann also selbst Kontrolle ausüben, indem er diese vom Zugang ausschließt. Der Aspekt der Kontrolle ist basal für das Verständnis von Privatheit. Was privat ist, kann abgeschirmt werden.
- Die Ausführungen legen dar, welche *Ansprüche und Konsequenzen* aus dem Verhalten des Einzelnen erwachsen: Je freizügiger eine öffentliche Person mit ihrem Privatleben umgeht und je freigiebiger sie mit Informationen ist, desto weniger kann sie den Schutz des Rechts beanspruchen. Der Einzelne wird rechtlich daran gemessen, was er in die Öffentlichkeit getragen hat.
- Die rechtliche Betrachtung gibt eine erste Antwort auf die Frage, warum Privatheit schützenswert ist, bzw. worin der Wert der Privatheit besteht: im Schutz der dort verankerten *Freiheit*. Die Möglichkeit der Ausübung einer Zugangskontrolle ist basal, weil die Privatheit schutzbedürftig ist; schutzbedürftig ist sie, weil in ihr die Freiheit verankert ist. Dies ist entscheidend für das Verständnis der Inszenierung von Privatheit durch Politiker. Die Konnotationen des Privaten sollen durch die mediale Darstellung des Privaten auf die öffentliche Person übertragen werden. Das ist die Funktion der medialen Inszenierung von Privatheit.
- Das Recht geht von einer *Übertragbarkeit persönlicher Eigenschaften* auf den Funktions- bzw. Rolleninhaber aus. Die mediale Inszenierung von Privatheit unterstellt eine solche Zurechenbarkeit. Entscheidendes Moment der Verknüpfung von Person und Funktion ist die Repräsentanz, die eine öffentliche Darstellung des Privaten juristisch legitimieren kann.

2.1.3 Sozialgeschichtliche Herleitung: vom Haus zur Häuslichkeit

„Privates Leben ist keine Naturtatsache; es ist geschichtliche Wirklichkeit, die von den einzelnen Gesellschaften in unterschiedlicher Weise konstruiert wird.“ (Prost 1993: 17)

Welche sozialgeschichtlichen Auswirkungen hatten die ideengeschichtliche Herleitung der Privatheit und ihre juristische Verankerung? Ein Alltagsverständnis von Privatheit bildet die Voraussetzung für die Anschlussfähigkeit der inszenierten Privatheit durch Politiker. Die Inszenierung muss als Inszenierung von Privatheit dekonstruiert werden können; sie baut also auf das Verständnis von Privatheit auf. Was macht das Alltagsverständnis von Privatheit aus?

Bei Privatheit handelt es sich stets um eine Konstruktion und somit um eine Zuschreibung: Handlungen und Begebenheiten werden als der privaten Sphäre zugehörig dechiffriert. Was in den Bereich des Privaten und was in den Bereich des Öffentlichen fällt, ist einem ständigen Wandel unterworfen. Die *eine* Privatheit gibt es nicht; vielmehr ist Privatheit ein fluides, gesellschaftlichen und kulturellen Einflüssen und Veränderungen unterworfenes Konzept. Die Frage, was öffentlich und was privat verhandelt werden soll, muss stets aufs Neue beantwortet werden. „Es gibt nicht ‚das‘ private Leben mit ein für alle Mal festgelegten Schranken nach außen; was es gibt, ist die – selber veränderliche – Zuschreibung menschlichen Handelns zur privaten oder zur öffentlichen Sphäre.“ (Prost 1993: 17) Die Geschichte der Privatheit ist somit die Geschichte der Konstruktion des Privaten in Abgrenzung zum Öffentlichen. Entscheidend für die Entwicklung der Unterscheidung und Zuschreibung ist der Beginn der modernen kapitalistisch geprägten Kultur. Die Geschichte der Privatheit ist eine Geschichte der sich wandelnden Sozialität, die gekennzeichnet ist durch zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierungen. Das macht zugleich deutlich, dass eine kulturgeschichtliche Betrachtung der Privatheit kulturellen Grenzen unterliegt und keine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann. Die folgenden Ausführungen beziehen sich, wie die gesamte Studie, auf Deutschland.

Das Konzept der Privatheit, wie wir es heute kennen, entsteht im 18. Jahrhundert im Bürgertum (vgl. Burkart 2009: 22; Westerbarkey 1991: 158ff.). Damals spielt sich das öffentliche Leben immer weniger auf öffentlichen Plätzen ab, neu gewonnene Freiräume werden genutzt – für Privates (vgl. Chartier 1991). Zuvor waren visuelle Wahrnehmbarkeit und Teilhabe Bedingungen von Öffentlichkeit (Merten/Westerbarkey 1994: 196). Im 18. Jahrhundert wird die Familie zum Kern des Privatlebens, um das sich alle anderen Sphären organisieren.

„Sie [die Familie, Anm. B.H.] war nicht mehr – oder nicht mehr ausschließlich – eine Wirtschaftseinheit, für deren Reproduktion man alles andere opferte. Sie war nicht länger ein Ort des Zwangs und der Unterjochung des Individuums, das nur außerhalb der Familie frei sein konnte; sie war nicht

mehr die Stätte weiblicher Machtausübung. Vielmehr wurde sie zum Refugium, wo man sich vor den Blicken der anderen verbarg; zur Szenerie des Gefühlsaustauschs, in der sich emotionale Bindungen zwischen den Ehepartnern und zwischen Eltern und Kindern entfalteten; zum Schauplatz einer traurigen oder glücklichen Kindheit.“ (Ariès 1991: 15)

Kindern wird ein eigener Wert beigemessen, sie werden nicht länger nur als Arbeitskräfte angesehen und als kleine Erwachsene.¹⁹ Die Aufwertung der Kindheit wird ermöglicht durch zunehmenden Wohlstand. Die Familie ist mehr als nur eine Wirtschaftseinheit. Dass die Familie aufgewertet wird, zeigt sich auch im Tod und in der Trauer um verstorbene Familienmitglieder (vgl. Chartier 1991: 408). Über Todesanzeigen dringt das alltägliche Private in größerem Umfang in die Massenmedien und somit in die Öffentlichkeit vor, später geschieht dies auch durch die Berichterstattung über Gerichtsprozesse (vgl. Imhof 1999: 41ff.; Requate 1998). Die „Kulturgeschichte des Privaten im Öffentlichen“ ist „zunächst eine Geschichte des Todes, der Todestrauer sowie des Mordes und des Totschlags“ (Imhof 1999: 42).

Ausdruck wachsender gesellschaftlicher Differenzierung ist die *wachsende Bedeutung der Erwerbsarbeit*. Sie begünstigt die Trennung von privatem und öffentlichem Bereich. Gearbeitet wird zunehmend außerhalb der Wohnung, in Fabriken oder fremden Haushalten. Erstmals sind privates Leben und Arbeit somit räumlich getrennt. Mit der Differenzierung beider Sphären ändert sich auch deren Charakter: Die Arbeit wird Teil des öffentlichen Lebens, die Familie hat einen eigenen Bereich, der geschützt ist vor anderen Interessen. Gleichzeitig dringt der Staat immer weiter in das private Leben vor, in dem er Aufgaben übernimmt, die vormals von der Familie erfüllt worden sind. Der soziale Staat beansprucht Mitsprache bei familiären Angelegenheiten, drängt die Familie in den Bereich des Privaten zurück und entlastet sie zugleich (vgl. Prost 1993: 87; Seligman 1997: 105).

Die *Herausbildung der Individualität* ist eine Voraussetzung der Etablierung der Privatheit: Der Einzelne muss einen Handlungsspielraum haben, um eigenverantwortlich agieren und andere auch von seinem Handeln ausschließen zu können. Die Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit basiert „on the newly emergent idea of the individual and of individual agency as coming to exist beyond the normative expectations of what we would term status and role“ (Seligman 1997: 124). Es geht um die Herausbildung des Selbst im Gegensatz und in Abgrenzung zur Rolle. Seligman (1997) verknüpft diese Entwicklung mit

19 Hier wird deutlich, dass die kulturgeschichtlichen Ausführungen zur Privatheit keine universelle Gültigkeit beanspruchen, sondern sich lediglich auf westliche Demokratien beziehen. Die Entstehung der Privatheit ist nicht losgelöst vom wirtschaftlichen Fortschritt einer Gesellschaft zu betrachten.

der Verbreitung des Gedankenguts des Christentums. Zwar tritt auf gesellschaftlicher Ebene die Vernunft an die Stelle eines allumfassenden Glaubens an einen Gott, der die menschlichen Geschicke lenkt. Dies führt zur Selbstermächtigung innerhalb der Gesellschaft. Dennoch bleibt die Religion als Privatsache erhalten. Im Glauben ist jeder auf sich allein gestellt, das Gebet vereinzelt.

Die Individualisierung setzt voraus, dass der Einzelne wirtschaftlich unabhängig wird. Die Herausbildung der Privatheit ist zugleich Ausdruck einer zunehmenden Privilegierung. Zum einen kann sich der Einzelne aus gesellschaftlichen Zwängen befreien, da sein Überleben nicht länger auf den Zusammenhalt der Sippe angewiesen ist. Zum anderen wird Privateigentum geschützt und Vereinzelung somit ermöglicht. Der gesellschaftlichen Ermächtigung der Bürger, die politische Mitsprache für sich beanspruchen, entspricht eine Ermächtigung des Einzelnen auf individueller Ebene. Der Einzelne kann sich selbst ermächtigen, weil die Zwänge und Bürden des Lebens in der Gemeinschaft gelockert werden. Er gewinnt an Macht und Gestaltungsfreiheit über sein Leben, beides sind Voraussetzungen für die Etablierung von Privatheit. Diese ist nicht möglich, wenn das Überleben zwingend an den Zusammenhalt vieler geknüpft ist. „Privatheit meint [...] die Privatmacht, die individuelle Verfügung über Güter und Dienstleistungen, die dem Einzelnen Kraft seines Eigentums exklusiv zugesichert ist.“ (Weiß 2002b: 30)

Hier zeigt sich das Verständnis von Privatheit als Abwehrrecht: Der Zugriff anderer auf die Güter des Einzelnen ist reglementiert; der Einzelne kann den Schutz des Rechts in Anspruch nehmen und sichert so mittelbar auch die eigene Freiheit. Privatheit hat also den Sinn, die Ein- und Übergriffe anderer abzuwehren. Noch im Mittelalter besaß der Einzelne nicht einmal das Recht an seinem eigenen Körper. Die gesamte Existenz wurde durch ein Abhängigkeitsverhältnis gesichert. (Vgl. Ariès 1991: 17) Zugleich führen die gesellschaftliche Differenzierung und Individualisierung zu einer Multiplizierung der Lebensentwürfe, die Herausbildung einer Identität und eines sozialen Selbst wird „zu einem reflexiven Projekt“ (Giddens 1995: 32). Die Identität des Einzelnen ist Ergebnis eines Abgleichs mit den sozialen Normen und Erwartungen. Diese Gestaltungsfreiheit löst den Einzelnen aus generalisierten und abstrakten Rollenerwartungen. Diese Etablierung des Selbst entwickelt sich mit der Unterscheidbarkeit von Privatheit und Öffentlichkeit. Die Privatheit impliziert die Konnotation, dass der Einzelne *ein Leben jenseits der Rolle*, jenseits der Erwerbsarbeit hat. Indem diese Sphären auch räumlich getrennt sind, wird deutlich, dass der Einzelne in Ausübung seiner Rolle nie sein ganzes Selbst offenbart: Das Leben im familiären Raum ist nicht länger für jeden sichtbar; der persönliche Besitz sichert diese (privaten) Lebens-

umstände ab.²⁰ Privatheit als öffentlich nicht zugängliche Sphäre beinhaltet das Versprechen auf einen Bereich, der das Selbst erst in seiner Komplexität begreifbar macht: Der öffentlich sichtbare Teil ist nie allumfassend.

Bis in die 1950er Jahre hinein entspricht das Privatleben dem Familienleben. „Die Formen der privaten Lebensführung sind durch das feste Gefüge hierarchischer Beziehungen und Rollenverteilungen in der Familie und durch traditionelle Formulare für das angemessene Betragen formatiert gewesen.“ (Weiß 2002c: 525) Das Familienleben wird nach außen abgegrenzt, ist aber durch eine „gruppeninterne Öffentlichkeit“ (vgl. Prost 1993: 73) gekennzeichnet, da sich häufig mehrere Familienmitglieder Zimmer oder gar Betten teilen: Intimität ist dem Einzelnen nur schwer möglich. Es ist vor allem die Raumenge, die eine Zugangskontrolle – und somit Privatheit – für den Einzelnen beinahe unmöglich macht und die familieninterne Öffentlichkeit begünstigt. Individualität innerhalb der Familie entsteht erst durch eine Vergrößerung des Wohnraums. Die Geschichte der Privatheit ist somit auch die Geschichte eines fortschreitenden Wohlstandes, der nicht synchron verläuft: Während wohlhabende Familien schon im 18. Jahrhundert über ausreichend Platz verfügen, um jedem Familienmitglied ein eigenes Zimmer zur Verfügung zu stellen, ist dies in Arbeiterfamilien oft im 20. Jahrhundert noch nicht der Fall (zur Bedeutung der Architektur für die Privatheit vgl. Westerbarkey 1991: 162f.). Die Privatsphäre ist über Jahrhunderte ein Klassenvorrecht des Bürgertums (vgl. Prost 1993: 21). Je stärker die Individuen befreit sind von existentiellen Nöten, desto mehr rückt das Selbst in den Mittelpunkt. „Die Lebensführung wird ‚enttraditionalisiert‘, die Entscheidung über die Angemessenheit der Lebensführung ‚individualisiert‘.“ (Weiß 2002c: 525) Es ist ein Privileg, mit dem Privatleben eine Sphäre zu haben, die in weiten Teilen der Selbstverwirklichung dient. Es ist Luxus, die Zeit und den Raum zu haben, sich zurückziehen zu können. Dies ist nicht der Fall, solange die Arbeit das bestimmende Moment des Lebens ist und sie nicht räumlich abgegrenzt von der Familie ist. Die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit wird im 20. Jahrhundert erst nach und nach eingelöst: Die Größe der Wohnungen wächst, einzelne Zimmer erhalten besondere Funktionen, jedes Familienmitglied seinen eigenen Raum. Der Einzelne kann sich innerhalb des privaten Bereichs der Familie zurückziehen. Es entsteht die Möglichkeit der Privatheit innerhalb der Privat-

20 Wie beim Eisberg ragt immer nur ein gewisser Anteil über die Wasseroberfläche und ist öffentlich zugänglich. Das Private ist das Wissen um den Bereich unterhalb der Wasseroberfläche, der mal stärker und mal weniger stark in Erscheinung tritt. Bezogen auf eine Person ist sie aussagekräftig (weil die Person stets mehr ist als Inhaber einer Rolle), aber kaum zugänglich. Die Herausbildung einer Privatsphäre impliziert dieses Versprechen: dass der Einzelne mehr ist als Funktionsträger – und dass er selbst die Macht hat zu entscheiden, wem er diesen Bereich zugänglich machen will. Er hat die Zugangskontrolle. „Das Selbst wird dem Blick der anderen durch die Sichtbarkeit des Rollenhandelns nicht verfügbar.“ (Weiß 2002b: 48)

heit, eine innerfamiliäre Privatheit. „Es kam zu einer Dopplung der Privatsphäre: Im Gehege der Familie entfaltete sich das private Leben des Einzelnen.“ (Prost 1993: 73)

Was privat ist und was öffentlich, ist nichts Gegebenes, sondern stets eine subjektive Größe: Es hängt von dem Standpunkt ab, den der Einzelne einnimmt. Das, was für Außenstehende schon zum inneren Bereich einer Familie gehört, kann für Familienmitglieder wiederum ein Bereich sein, von dem sie ausgeschlossen sind.

Der Radius der Privatheit hat sich in den vergangenen Jahrhunderten wie ein konzentrischer Kreis immer weiter auf das Individuum zubewegt, während die Freiheit des Einzelnen stetig gewachsen ist. Privatheit ist nicht länger an einen Ort gebunden, sondern drückt sich vielmehr durch Entscheidungen aus. Mit einer Aufwertung des Individuums geht auch die Aufwertung des Schutzes der Privatsphäre einher. Der Einzelne kann sich zurückziehen, er kann die Hürden der Zugangskontrolle so hoch ansetzen, wie noch nie in der Geschichte. Er hat maximale Freiheitsrechte. Seine Möglichkeiten, sich selbst ohne Rücksicht auf andere und anderes zu verwirklichen, haben sich in dem Maße maximiert, wie sie von äußeren Zwängen befreit worden sind. Der wachsende Wohlstand sorgt dafür, dass sich Privatheit auch jenseits der Wohnungen abspielen kann. Das eigene Auto sorgt für mehr Freiräume, die schnellere Fortbewegung sorgt für mehr frei verfügbare Zeit. „In einer paradoxen Volte [...] entzieht sich das private Leben dem häuslichen Bereich und taucht in die Anonymität der Öffentlichkeit ein.“ (Prost 1993: 76) Anonymität schützt vor Sanktionen und Restriktionen, weil das Verhalten dem Einzelnen kaum zurechenbar ist. Die Anonymität bietet den Schutz, der vormals vor allem von der Familie ausgegangen ist.

„Nach meinem Dafürhalten ist die ganze Geschichte des privaten Lebens nichts anderes als eine Transformationsgeschichte der Formen der Sozialität. Kurz gesagt, an die Stelle einer anonymen Sozialität der Straße, des Burghofes, des Platzes, der Dorfgemeinschaft trat die zurückgenommene Sozialität, die an der Familie, ja, am Individuum selbst haftet.“ (Ariès 1991: 16)

Ariès unterstellt, dass sich die Privatheit erst etablieren konnte, als die öffentliche Sozialität verschwand und das Miteinander anonymer wurde.

2.2 Ein Gefühl, ein Recht, ein Ort: Was ist Privatheit?

Was wird unter Privatheit verstanden? Und was sind die Referenzobjekte: Was schützt die Privatheit? Der Versuch einer Definition des Begriffs Privatheit erweist sich als ebenso schwierig wie eine Definition des Vertrauensbegriffs (siehe Kapitel 5). Auch hier werden in einer Vielzahl heterogener Definitionen häufig nur Teilaspekte der Privatheit für das gesamte Konzept ausgegeben. So reicht beispielsweise eine Beschränkung auf das familiäre, häusliche Zusammenleben für ein umfassendes Verständnis ebenso wenig aus wie eine Beschränkung auf Privatheit als Sphäre der Selbstverwirklichung. Der Forschungsstand ist entsprechend unübersichtlich und basiert auf den Konzeptionen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen (Philosophie, Soziologie, Psychologie, Kommunikations- und Politikwissenschaft). Innerhalb der Disziplinen verändert sich das Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit. Die Zuschreibung ist an gesellschaftliche Veränderungen und gesellschaftliche Machtkonstellationen geknüpft. „Der Konsens darüber, was als privat und was als öffentlich zu betrachten ist“, unterliegt „historischem und kulturellem Wandel, ist Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse“ (Seubert 2010: 9). Darüber hinaus zeigt die Heterogenität der folgenden Ansätze, dass Privatheit stets mehr ist als das, was „außerhalb der gesellschaftlichen Aktivitäten stattfindet“ (Loef 2009: 80).

Um die Zuordnung zu erleichtern, werden vier Arten von Definitionen unterschieden: Definitionen, die Privatheit räumlich verstehen – sie knüpfen an das kulturgeschichtliche Verständnis an; Definitionen, die Privatheit als Eigenschaft einer Kommunikation verstehen; Ansätze, die Privatheit über das Kriterium der Wahrnehmbarkeit definieren; Ansätze, die Privatheit funktional über ihren Zweck definieren: als (Abwehr-) Recht, als Kontroll- oder Rückzugsmöglichkeit. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; vielmehr sollen verschiedene Privatheitsansätze exemplarisch dargestellt werden. Deutlich wird, dass sie jeweils einzelne Dimensionen des Privatheitsverständnisses beleuchten. Ziel ist es, die Definitionen im Hinblick auf mögliche Konstanten zu analysieren: Ist den Ansätzen etwas gemein? Erst vor dem Hintergrund der Analyse vorhandener Definitionen und ihrer Defizite soll schließlich eine eigene Privatheitsdefinition hergeleitet werden.

2.2.1 *Privatheit als Ort*

Der Soziologe *Krishan Kumar* versteht Privatheit als Lokalität und beschreibt aus normativer Sicht das gewandelte Verständnis und die verschiedenen Funktionen des Zuhauses. Dies sei der Raum, in dem sich das Selbst frei entfalten kann, argumentiert er. Im Zuhause kann der Einzelne demnach seine Autonomie jen-

seits der Rollenerwartungen ausleben (vgl. ebd. 1997: 207). „The very principle of the home is its privateness.“ (Ebd.: 212) Somit wird das Haus auch zu einem Ort der unverstellten und wahrhaften Selbstpräsentation. Im Umkehrschluss versprechen die eigene Wohnung oder das eigene Haus eine Aussage über denjenigen zu ermöglichen, der in ihnen wohnt. Entsprechend haben sogenannte Home-storys den Sinn, Informationen über die Bewohner zu vermitteln, die anders kaum transportiert werden können. Laut Kumar kann die Privatheit gut auf die Öffentlichkeit verzichten, während die Öffentlichkeit auf die Privatheit angewiesen ist:

“The public realm is reared on the foundation of the private; indeed, the private can effectively do without the public – that is largely what happened in the period of medieval Christianity, and it is happening now in our time – but not the other way round.” (Ebd.)

Der Wert des Privaten, verstanden als private Wohnung, besteht laut Kumar darin, dass sie Schutz und Sicherheit bietet gegenüber der unberechenbaren Außenwelt. Privatheit wird hier verstanden als Häuslichkeit.

Der Soziologe *Erving Goffman* entwickelt in seinem Buch „Presentation of the Self“ (1959) einen Ansatz, der Privatheit, angelehnt an eine Theatermetaphorik, ebenfalls als Raum versteht. Das Verständnis ist weiter gefasst als das Kumars. Goffman argumentiert, das Selbst könne sich nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit hinter verschlossenen oder verschließbaren Türen entwickeln. Dort kann der Einzelne sich verhalten wie er will und seine Masken ablegen. Auf soziale Konventionen muss in diesem sogenannten „back space“ keine Rücksicht genommen werden; hier können Gefühle frei geäußert werden. “In general [...] the back region will be the place where the performer can reliably expect that no member of the audience will intrude.” (Ebd.: 113) Der Rückzug ist für Goffman verknüpft mit Authentizität, die es in der Öffentlichkeit praktisch nicht geben kann.²¹ Goffman schreibt dem Rückzugsort eine kathartische Wirkung zu. Auch wenn der private Bereich nicht völlig frei ist von Erwartungen (vgl. ebd.: 81). Der Einzelne kann im „back space“ seine Kraft zurückerlangen, die er für die „front region“, also die öffentliche Bühne, braucht. “Front [...] is the expressive equipment of a standard kind intentionally or unwittingly employed by the individual during his performance.” (Ebd.: 22) Die Merkmale, die wir auf der öffent-

21 Goffman beschreibt den „back space“ nicht nur als schützenswerten Bereich, sondern auch als einen zugangsgeschützten Bereich, in den der Einzelne nicht ohne Berechtigung gelangen kann. Dieses Verständnis ist auch für den Privatheitsbegriff dieser Arbeit entscheidend. “Since the vital secrets of a show are visible backstage and since performers behave out of character while there, it is natural to expect that the passage from the front region to the back region will be kept closed to members of the audience or that the entire back region will be kept hidden from them.” (Ebd.: 113)

lichen Bühne zeigen, sind allen zugänglich: Statussymbole, Kleidung, Alter, Merkmale der Abstammung, Gesichtsausdruck, Körpersprache (vgl. ebd.: 24). Wie Kumar begreift auch Goffman die Öffentlichkeit als Ort großer Anstrengungen, denen der Einzelne kaum gewachsen ist – und vor denen er sich und sein Selbst zu schützen hat (Privatheit bietet somit Raum für Reflexion, so auch DePaulo et al. 2003: 397). Wolfe schreibt über Goffmans Ansatz: “The great terror of being in public is that, in spite of all one's efforts to control the presentation of self, one can still slip.” (Wolfe 1997: 184) Der Druck der Öffentlichkeit besteht somit in der permanenten Selbstdarstellung, die es unter widrigen Umständen bestmöglich zu kontrollieren gilt. Doch trotz großer Anstrengungen bedeutet dies nicht, dass die Kontrolle auch gelingt. Die Öffentlichkeit wird dem Einzelnen gegen seinen Willen aufgezwungen, Goffman geht der Frage nach, wie der Einzelne sich dennoch bestmöglich schützen – und sein Selbst bewahren – kann. “In a sense, and in so far as this mask represents the conception we have formed to ourselves – the role we are striving to live up to – this mask is our truer self, the self we would like to be.” (Goffman 1959: 19)

Die Theateranalogie, derer sich Goffman bedient, ist im Hinblick auf Rollentheorien und Ansätze zur Öffentlichkeit weit verbreitet. Goffman blendet aus, dass es auch eine innerprivate Öffentlichkeit (auch verstanden als kommunizierte Privatheit) gibt, also eine Öffentlichkeit innerhalb der Privatheit, dass also auch unter Familienmitgliedern Rollen gespielt und Erwartungen geäußert und mitunter erfüllt werden.

2.2.2 *Privatheit als Eigenschaft von Kommunikation*

Die Kulturosoziologin *Martina Ritter* begreift Privatheit als Gefühl (2008: 111), das den Subjekten nahelegt, in welcher der Sphären (Privatheit, Öffentlichkeit) ein Thema zu verorten ist. Der Unterscheidung privat – öffentlich geht laut Ritter stets ein Konflikt voraus: „'Öffentlich' vs. 'privat' verstehe ich also als individuelle Ordnungskategorien, die die Subjekte verwenden, um problematisch gewordene und aus der Lebenswelt herausgefallene Gewissheiten biographisch und politisch einzuordnen.“ (Ebd.: 107) Privatheit konzipiert sie negativ als Freiheit von Begründungs- und Legitimationszwängen (vgl. ebd.: 115). In den privaten Sphären entstehen Diskurse, die auf öffentlicher Ebene geführt werden, sofern sie das Gemeinwohl betreffen. Diese Auseinandersetzungen sind konflikthaft, die Konflikte wiederum identitätsbildend für den Einzelnen; ihren Ursprung haben sie in der Privatsphäre. Die Individuen bestimmen, welche Themen der Privatsphäre von solcher Relevanz sind, dass sie die Gesellschaft beschäftigen sollten. Privatheit und Öffentlichkeit stehen in einem reflexiven Verhältnis zueinander.

In der Weiterführung der Gedanken Habermas' versteht auch Ritter die Öffentlichkeit als einen idealen Ort, in dem rational und frei von hegemonialen Ansprüchen diskutiert wird. Ritters Öffentlichkeit ist ein Ort der rein sachlich räsionierenden Bürger, in dem sich allein das stärkere Argument durchsetzt. Die Privatheit ist demgegenüber vopolitisch; nur der Teil der Privatheit wird öffentlich, der von allgemeinem Belang ist. Die Privatheit ist ein Raum der Bedürfnisbildung und Rückbesinnung und somit konstitutiv für das Selbst und in der Konsequenz für die Öffentlichkeit.

„Öffentlichkeit entsteht durch eine bestimmte Verfahrensweise – die Kommunikationsregeln, die die Teilnehmer akzeptieren – und ermöglicht potenziell allen Betroffenen die Teilnahme an der Verhandlung für sich und gesellschaftlich relevanter Fragen.“ (Ritter 2008: 31)

Ritter folgend müsste man annehmen, dass das Gros der vom Bundestag verhandelten Themen seinen Ursprung in einem privaten Umfeld hat, und dann qua Ratio der Beteiligten auf nächsthöherer Ebene diskutiert wird.²² Sie vermag nicht zufriedenstellend zu erklären, durch welche Faktoren eine Themenkarriere beeinflusst wird. Wie kann es ein Thema aus dem privaten Bereich auf die politische Agenda schaffen? Wie schafft es ein Thema aus der Nische des Privaten auf die Bühne der Öffentlichkeit? Wie kann sich das Selbst, wie Ritter schreibt, vergewissern, dass sein Thema nicht doch von ausschließlich privater Bedeutung ist, da es eben keinen allgemeingültigen Anspruch hat? Und wie viel Privatheit, verstanden als Individualität, verträgt das Gemeinwohl? All diese Fragen bleiben unbeantwortet. Ritter begreift das Private als Kern der Subjektivität, als einen Bereich, der frei ist von Ansprüchen und Reglementierungen (vgl. ebd.: 44). Es ist fraglich, ob dies tatsächlich zutreffend ist – oder ob es nicht vielmehr auch im Privaten Ansprüche und Erwartungen gibt. Mit dieser Fokussierung auf das Subjekt lässt Ritter den reflexiven Moment des Privaten außer Acht.

Ein vergleichbares ideelles Verständnis von Privatheit legt die Kommunikationswissenschaftlerin *Elisabeth Klaus* aus der Perspektive der Geschlechterforschung vor. Auch sie versucht zu erklären, wie Themen aus der Sphäre des Privaten in die Öffentlichkeit gelangen können. Sie definiert: „Zunächst kann Privatheit als individuelle Lebensäußerung gefasst werden, die dem Alltagsgebrauch folgend persönlich, vertraulich, intim, heimlich, inoffiziell, leise und damit vielfältig begrenzt ist.“ (Klaus 2001: 25) Für die vorliegende Untersuchung

22 Die von Ritter beschriebene Verfahrensweise mag für bestimmte Themen Gültigkeit besitzen: Ein Beispiel ist die Anfang 2013 geführte Sexismus-Debatte, die auf den veröffentlichten Erfahrungen einer „Stern“-Journalistin mit dem FDP-Politiker Rainer Brüderle beruhte und schließlich durch zahlreiche Beispiele aus dem privaten Lebensumfeld von Frauen gestützt wurde, die diese vor allem über soziale Medien unter „#aufschrei“ verbreiteten. Das Thema erlangte so gesamtgesellschaftliche Bedeutung (vgl. Schlenz 2014).

ist diese Definition wenig hilfreich, da Privatheit nicht zwingend an die von Klaus vorgebrachten Bedingungen geknüpft ist. Nicht alles, was privat ist, ist eine Lebensäußerung, nicht alles, was privat ist, ist auch vertraulich, nicht alles, was privat ist, ist auch intim, nicht alles, was privat ist, ist leise – und so weiter. Auch hier wird das reflexive Moment des Privaten ausgeblendet. Die einzelnen Adjektive schließen sich teilweise aus: Welche Kleidung ich trage, ist eine private Entscheidung, aber keine intime und keine heimliche. Manche privaten Entscheidungen werden in der Öffentlichkeit sichtbar. Wenn man an Statussymbole denkt, sollen die privaten Entscheidungen sogar sichtbar werden. Hier ist das Sichtbarwerden Selbstzweck dieser Entscheidungen. Simmel nennt das „materielle Eigentum“ auch schlüssig eine „Ausdehnung des Ichs“ (Simmel 1993: 109). Die synonyme Verwendung der von Klaus vorgebrachten Begriffe verwässert das Verständnis von Privatheit und ist analytisch wenig hilfreich. Ihr geht es weniger um eine Beschreibung des Gegensatzes privat – öffentlich als um die Integration beider Bereiche und somit eine Aufwertung der Privatheit. „Öffentlichkeit und Privatheit sind in der Dialektik von Gesellschaftlichkeit und Subjektivität des Menschen miteinander verknüpft.“ (Klaus 2001: 26) Öffentlichkeit definiert sie als „Verständigungsprozess der Gesellschaft über sich selbst“ (ebd.: 20). Klaus unterscheidet Teilöffentlichkeiten: einfache, mittlere und komplexe Öffentlichkeiten, die sich gegenseitig austauschen und beeinflussen. Fraglich ist, ob das Internet als nicht-hierarchisches Medium einfacher Öffentlichkeiten Kommunikatoren dazu in die Lage versetzen kann, komplexe Themen zu setzen, da verschiedene Kommunikationen parallel zueinander verlaufen. In Chats und Foren gibt es einen quasi-direkten Austausch, während massenmediale Online-Angebote, die mit diesen einfachen Öffentlichkeiten beispielsweise über Foren verknüpft sind, auch komplexe Themen für ein massenmediales Publikum aufbereiten. Online-Kommunikation verändert somit auch die Rollen von Produzenten und Rezipienten (vgl. Weischenberg 2001b: 63). Die Befürchtung, Möglichkeiten der Interaktivität würden das System Journalismus aushöhlen, haben sich indes nicht bewahrheitet: Es gibt zwar Möglichkeiten der Interaktion, dennoch ist das Gatekeeper-Verständnis des Journalismus nicht obsolet (vgl. Weischenberg/Loosen 2000: 90).²³

Je komplexer die Öffentlichkeiten, desto eher können sie sich laut Klaus Ausdruck verleihen. Es ist unklar, was tatsächlich die Komplexität eines Themas

23 Kritik an einer solchen Perspektive übt Oswald (2013: 64): „Die Gatekeeper-Rolle ist passé. Wenn man im Bild bleiben will, betreiben Journalisten im digitalen Zeitalter eher Gatewatching.“ Für eine differenziertere Betrachtung vgl. Sadrozinski 2013. Die Frage nach der Gatekeeper-Rolle wird vor allem im Kontext möglicher Erlösmodelle für digitale journalistische Angebote gestellt: Wenn der Journalist seine Funktion als Schleusenwärter einbüßt und Informationen allen zugänglich sind – wofür sollen Rezipienten dann bezahlen?

ausmacht: der Kreis der beteiligten Kommunikatoren an einer Debatte, wie Klaus postuliert, oder die Möglichkeit des Zugangs zu einem großen Kreis an Rezipienten, wie ihn beispielsweise das Internet und vor allem die sozialen Medien ermöglichen.

Der Medienpädagoge *Viktor Fast* definiert: „Öffentlichkeit beschreibt eine Kommunikation, die Themen von gemeinsamem Interesse beinhaltet und an der alle Mitglieder einer Gemeinschaft partizipieren können.“ (Ebd. 2013: 8) Privatheit ist für Fast „das Gegenteil der Öffentlichkeit“ und – tautologisch formuliert –, „jegliche Formen privater, nicht institutionell geordneter Kommunikation“ (ebd.). Das verengte Verständnis von Privatheit als Kommunikation ist wenig einleuchtend, denn auch Entscheidungen, Handlungen oder Besitz können privat sein.²⁴ In seiner Studie vergleicht Fast die Ansätze Jürgen Habermas‘ und Richard Sennets im Hinblick auf ihr Öffentlichkeitsverständnis und wendet beide an auf die Kommunikation Studierender in sozialen Netzwerken. Privatheit begreift Fast als „schützenswerten Bereich“ (ebd.: 201), dem besondere Bedeutung zugesprochen wird, da man sich nur hier „frei von gesellschaftlichen Zwängen entfalten“ (ebd.) kann. Kritisch hinterfragt werden muss Fast’s moralische These, dass die Rezipienten – vergleichbar mit Süchtigen – bei einer zunehmenden medialen Darstellung von Privatheit immer mehr Privatheit einfordern. Eine Erklärung für die besondere, positive Bedeutung der Privatheit als moralisch wertvollen Bereich sowie für die These, dass medial dargestellte Privatheit immer weitere Privatheit nach sich zieht, bleibt Fast schuldig. Schlüssiger scheint die Sicht, dass Privatheit erst einmal wertneutral zu betrachten ist, also in sich weder gut noch schlecht ist. Denn der geschützte Bereich der Privatheit kann auch für Negatives missbraucht werden oder aber Negatives mit dem Verweis auf die Unantastbarkeit der Privatsphäre schützen und decken.

Einen elaborierten Ansatz legt der Schweizer Soziologe und Publizistikforscher *Kurt Imhof* (1999) vor. Als Kern der Privatheit benennt er die Dinge, die nur dem Individuum exklusiv zugänglich sind, „seine subjektive Innerlichkeit“ (ebd.: 40). Privat ist entsprechend all das, was mit der Kommunikation dieser Innerlichkeit zu tun hat. Es geht Imhof also nicht primär um Kommunikation, sondern um die Art der vermittelten Information. Privat ist „die Expression von Gefühlen, Eindrücken, Affekten und Assoziationen.“ (Ebd.) Für Imhof besteht die Privatheit aus der Kommunikation sonst nicht zugänglicher Bereiche und Themen. Diese Kommunikation betrachtet er funktional: Sie dient dem Aufbau einer Vertrauensbeziehung.²⁵

24 In dieser Arbeit wird stärker auf das Moment der erhaltenen Information abgehoben als auf die Kommunikation.

25 Imhofs Ansatz wird in den folgenden Abschnitten ausführlich dargestellt.

2.2.3 *Privatheit als Aussage über die Wahrnehmbarkeit*

Der Kulturosoziologe *Günter Burkart* hat einen der am meisten rezipierten Ansätze zur Privatheit entwickelt. Er geht deskriptiv vor: „„Privat“ ist zum einen das Geheime und Verborgene, das nach außen Abgegrenzte und vor äußeren Eingriffen Geschützte; zum anderen gilt als ‚privat‘ das Individuelle, das ganz Persönliche, das mit niemand anders geteilt wird.“ (Ebd. 2009: 22) Privatheit wird definiert über die Wahrnehmbarkeit. Auch gegen diesen Ansatz kann eingewendet werden, dass er Teilbereiche der Privatheit für das Gesamte ausgibt. Geheimes kann privat sein, muss es aber nicht. Staatsgeheimnisse sind geheim, haben aber keineswegs privaten Charakter. Verborgenes kann privat sein, nie aber ist alles, was privat ist, auch zwingend verborgen. Und Privates kann durchaus geteilt werden, beispielsweise unter Freunden, und büßt dennoch nicht automatisch seinen privaten Charakter ein. Studien der Psychologie haben unter dem Begriff der self-disclosure erarbeitet, dass gerade das Offenbaren privater Dinge für den Aufbau einer zwischenmenschlichen Beziehung entscheidend ist (vgl. Derlega/Chaikin 1977). Burkart unterscheidet vier Stufen der Privatheit, die von der Mikro- zur Makroebene reichen, die Grenzziehung bewegt sich laut Burkart von innen nach außen.

„Als Privatsphäre kann gelten: a) die Innenwelt der Person, abgegrenzt von der Außenseite der Person sowie der gesamten Außenwelt, mit der es die Person zu tun hat; b) die persönliche Sphäre der Individualität im Sinne von Handlungsfreiheit und Entscheidungsautonomie, abgegrenzt von sozialen Beziehungen und Gemeinschaften; c) die Intimsphäre eines Paares; d) die häusliche Sphäre (die Kleinfamilie).“ (Burkart 2009: 23, ausführlich auch in Burkart 2008: 147ff.)

Die Zuordnung der Bereiche von der Mikro- zur Makroebene scheint wenig überzeugend und wenig anschlussfähig für weitere Differenzierungen, da die einzelnen Bereiche kaum voneinander abzugrenzen sind. Burkart beschränkt sich auf eine Beschreibung dessen, was Privatheit sein könnte und hält Ebenen des Privaten für das Private, vermischt also Analyseobjekt und Teilbereiche. Darüber hinaus versteht er Privatheit als Anti-Öffentlichkeit und somit als Ausdrucksmöglichkeit von Individualität. Privatheit bietet demnach die Möglichkeit, sich in Abgrenzung zur Öffentlichkeit zu inszenieren und die eigene Subjektivität zu betonen und auszuleben, dem Kollektiv etwas entgegenzuhalten. (Vgl. Burkart 2002) Dazu aber, so lässt sich einwenden, ist sie basal auf Öffentlichkeit angewiesen. Eine solche (politische) Betrachtungsweise versteht Privatheit als Rückzugsraum, lädt diesen aber auf mit einer Abgrenzung und Ablehnung zum öffentlich dominierenden Modell.

Auch die Soziologin *Kornelia Hahn* und die Geschlechterforscherin *Cornelia Koppetsch* (2011) beschreiben das Private als Geheimes, das sich der Wahr-

nehmbarkeit entzieht. „So umfasst in modernen Gesellschaften das Private zum einen alle Lebensbereiche des Individuums, die als geheim, verborgen oder unsichtbar, als vor äußerem Zugriff oder Kontrolle, geschützt gelten – das vom Außen abgegrenzte Innere.“ (Hahn/Koppetsch 2011: 11) Diese Sicht übersieht, dass sich das Private auch äußert und insofern verschieden ist vom Geheimen. Privates kann geheim sein, muss es aber nicht. Entsprechend greift ein Privatheitsverständnis, das die Privatheit auf den Bereich des Arkanen reduziert, zu kurz.

Der Philosoph *Raymond Geuss* definiert Privatheit zum einen als Eigenschaft von Dingen und definiert sie negativ im Kontrast zur Öffentlichkeit. Demnach stufen die Menschen „viele Handlungen als solche Dinge ein, die nur dort geschehen sollten, wo sie für andere nicht wahrnehmbar sind, also dort, wo andere sie nicht sehen, hören, fühlen oder riechen können. Das ist damit gemeint, Dinge ‚privat‘, das heißt nicht in der Öffentlichkeit zu tun“ (ebd. 2002: 45). Auch dieser Privatheitsbegriff ist – anknüpfend an die bereits vorgebrachte Kritik – zu eng umrissen: Es gibt private Entscheidungen, die durchaus auch in der Öffentlichkeit wahrnehm- und beobachtbar sind. Die Unterscheidung von öffentlich und privat betrifft laut Geuss „die Formen des Zugangs zu sowie der Kontrolle und des Besitzes von Eigentum oder Information, und zwar vor allem unter dem Aspekt, ob dieser Zugang, die Kontrolle und der Besitz auf irgendeine Weise eingeschränkt oder begrenzt sind“ (ebd.: 18). Entsprechend erweitert erhält Geuss' Definition auch eine dingliche Komponente, da sie auch eine Besitzbeschreibung umfasst. Die Zugangsbegrenzung ist somit das entscheidende Kriterium, um private von öffentlichen Dingen zu unterscheiden. Dieser Aspekt der Kontrolle ist für verschiedene Privatheitsansätze entscheidend. Öffentlichkeit begreift Geuss als Lokalität, als „ein Areal, das ‚jedermann‘ betreten darf und für das das Prinzip der Nichtbeachtung gilt“ und unterscheidet davon ein normatives Verständnis von Öffentlichkeit, das sich durch eine bestimmte Form der Rücksichtnahme gegenüber bestimmten Menschen auszeichnet (vgl. ebd.: 55). Die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit ist von Bedeutung, da an das Private und das Öffentliche laut Geuss unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe gelegt werden. Die Zugehörigkeit zu einer der Sphären ist nicht beliebig, sondern knüpft vielmehr an moralische Maßstäbe an: Was im privaten Umfeld als richtig angesehen wird, ist es in der Öffentlichkeit noch lange nicht. Geuss vertritt die These, dass es nicht „eine einzige klare Unterscheidung zwischen öffentlich und privat gibt, sondern vielmehr eine Reihe überlappender Gegensätze, und dass die Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten daher nicht die Bedeutung beigemessen werden sollte, die ihr oft zugesprochen wird“ (ebd.: 17). Dennoch widmet allein Geuss ihr ein ganzes Buch.

2.2.4 *Privatheit als (Abwehr-)Recht*

Der Kommunikationswissenschaftler *Friedrich Krotz* beschreibt Privatheit als Lebensumstände, die vor dem Einfluss von außen geschützt werden müssen. Privatheit ist somit ein Anspruch, der dafür sorgt, dass der Einzelne unbehelligt bleibt. Privatheit versteht er als „einen Raum für jeden Menschen, in dem Staat und Wirtschaft und sonstige Einflüsse von außen keine Rolle spielen, wenn es die Menschen nicht wollen“ (ebd. 2009: 14). Er spricht zwar von einem Raum, doch ist dieser nicht als Lokalität zu verstehen, sondern als metaphorische Größe. Das wird deutlich, wenn er über die Bedeutung dieses Raumes schreibt:

„Ein solcher Privatraum ist wichtig für sie [die Menschen, Anm. B.H.], damit sie ganz zu sich selbst und zu ihren eigenen Lebensformen finden können – deswegen dürfen sich der Staat oder auch die werbetreibende Wirtschaft in solche privaten Lebensumstände mit Erlaubnis der je betroffenen Bürgerinnen und Bürger einmischen.“ (Ebd.)

Krotz beschreibt die Privatheit negativ: als Abwesenheit der Einflüsse von außen. Krotz fordert, eine Demokratie müsse Privatheit als Menschenrecht garantieren. Eine klare Abgrenzung zur Öffentlichkeit sei nicht möglich, jedoch haben beide eine identische Konsequenz: „Privatheit wie Öffentlichkeit sind dementsprechend ein Recht gegen den Staat, in dem Demokratie gründet.“ (Ebd.) Inwieweit auch die Öffentlichkeit ein Abwehrrecht gegen den Staat begründet und wie sich dieses äußert, führt er nicht aus. Der Privatheit wird eine Schutzfunktion zugesprochen. Jedoch ist die Privatheit im Alltag viel mehr als die ständige Abwehr gegen Intrusionsversuche des Staates und der Wirtschaft. Auch Krotz greift somit einen Aspekt der Privatheit heraus und setzt ihn absolut.

Der US-amerikanische Jurist *Jeffrey Rosen* analysiert in seinem viel beachteten Buch aus dem Jahr 2001 den von ihm konstatierten Verlust der Privatheit in der amerikanischen Gesellschaft, den er vor allem als einen Verlust des Rechts auf Privatheit begreift. Er analysiert, dass Menschen aufgrund immer weniger und zunehmend fragmentierter Informationen andere beurteilen und diese Beurteilung stets unzureichend, weil unterkomplex, ausfallen muss.

“[...] If privacy is defined as the ability to protect ourselves from being judged out of context by controlling the conditions under which we reveal personal information to others, then protection from state authorities is only one aspect of privacy, and, for most citizens, not the most salient one.” (Ebd. 2001: 196)

Rosen unterscheidet Informationen von Wissen. Wissen kann man demnach nur über einen längeren Zeitraum sammeln, während Informationen leicht zugänglich, oberflächlich und von kurzer Halbwertszeit sind. Er spricht sich gegen eine Generalisierung von Informationen aus (vgl. ebd.: 223). Rosen dekliniert diese

These für verschiedene Gesellschaftsbereiche durch: Das gerichtliche Verfahren, in dessen Rahmen das Privatleben des Beschuldigten detailliert beleuchtet wird, um zu zeigen, ob er tatsächlich ein schlechter Mensch ist und von dieser Tatsache – unberechtigterweise – auf den konkreten Fall zu schließen; das Internet, den Arbeitsplatz. Rosen wählt eine normative Herangehensweise, die vor allem die Generalisierung von Informationen betrifft. Diese Generalisierung, so seine zugrunde liegende – aber nicht explizierte – These, fußt häufig auf privaten Informationen, die auf dubiose Weise gewonnen und in unzulässiger Weise verallgemeinert werden. Seine Hauptkritik richtet sich gegen juristische Verfahren, in denen die Parteien sich bemühen, möglichst viele Informationen über einen Beschuldigten zusammenzutragen, um ihn zu diskreditieren. Privatheit brauchen wir, so Rosen, in erster Linie, um uns vor unzulässigen Generalisierungen zu schützen, die immer dann entstehen, wenn Teile des Privatlebens (laut Rosen unberechtigterweise) in die Öffentlichkeit gelangen und dort fälschlicherweise stellvertretend für die ganze Person gehalten werden. “Privacy is necessary to protect all of us from this kind of misinterpretation.” (Ebd.: 11) Privatheit ist eine Bedingung für jegliche Form zwischenmenschlicher Beziehungen (vgl. ebd.). Rosen versäumt es, den in der Psychologie als Halo-Effekt bekannten Vorgang der Generalisierung funktional zu erklären und die dahinterliegenden Mechanismen zu begründen (siehe ausführlich Kapitel 6). Vielmehr kommt er zu dem Schluss, dass die Verallgemeinerung weniger negative Konsequenzen hat, je prominenter der Betroffene ist. Fest macht er dieses Beispiel an Bill Clinton und der Lewinsky-Affäre. Clinton habe die Affäre beinahe unbeschadet überstanden, da er die Macht gehabt habe, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und ein komplexes Bild von sich zu vermitteln. Die Gefahr einer Generalisierung privater Informationen besteht demnach vor allem für Personen, die nicht prominent sind. Diese These findet in der Literatur keine Entsprechung. Zumal das mediale Interesse am Privatleben Nicht-Prominenter deutlich geringer ist, was unter anderem durch den Nachrichtenfaktor der Prominenz begründet werden kann. Mit seinen Ausführungen fügt Rosen den Ansätzen zur Privatheit einen entscheidenden Aspekt hinzu: Er beschreibt Wirkungen der Privatheit, begreift Privatheit also als reflexive Größe. Rosen versäumt es, Privatheit und medial inszenierte Privatheit voneinander zu unterscheiden.

Auch die US-amerikanischen Juristen *Samuel Warren und Louis Brandeis* (1890) begreifen Privatheit als Recht, “to be let alone”. Ihr Aufsatz bildet die Grundlage der Entstehung des amerikanischen Rechts auf Privatheit, verstanden als Recht, unbehelligt von äußeren Einflüssen zu leben.

Die Politikwissenschaftlerin *Jean L. Cohen* (1994) entwickelt ebenfalls ein Konzept des Rechts auf Privatheit. Sie unterscheidet zum einen die Freiheit, den Zugang zu Informationen über die eigene Person zu kontrollieren, die sogenann-

te informationelle Privatheit, die später auch von Beate Rössler so benannt wird. Zum anderen sichert das Recht auf Privatheit die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen. Rössler, welche die Funktion der Privatheit allgemein als das Sicherstellen von Autonomie begreift, spricht von dezisionaler Privatheit (2001). Cohen betont, dass eine Unterscheidbarkeit von Privatheit und Öffentlichkeit essentiell ist und nicht aufgehoben werden soll. Privatheit dient der Herausbildung von Identitäten, die Differenzen schützen soll.

2.2.5 *Privatheit als Kontrolle*

Die Philosophieprofessorin *Beate Rössler* hat 2001 den wohl elaboriertesten Ansatz zur Privatheit der vergangenen Jahre vorgelegt. Sie beschäftigt sich mit der Frage, was den Wert des Privaten ausmacht. Ihre Antwort lautet: Privatheit sichert vor allem die Autonomie des Einzelnen. Rössler greift den von Rosen (2001), Westin (1967) und Altman (1975) angeführten Aspekt der Kontrolle auf und macht ihn zum Kern ihres Privatheitsverständnisses. In einem Aufsatz aus dem Jahr 2010 fasst sie zusammen:

„Privat, so kann man [...] definitorisch konstatieren, ist [...] etwas dann, wenn eine Person dazu in der Lage und berechtigt ist, den Zugang – zu Daten, zu Wohnungen, zu Entscheidungen oder Handlungsweisen – zu kontrollieren.“ (Rössler 2010: 42)

Laut Rössler lassen sich drei Arten von Privatheit unterscheiden: *dezisionale, informationelle und lokale Privatheit*. Wie die oben ausgeführten Ansätze zeigen, gibt es in der Literatur immer wieder Versuche, Privatheit ausschließlich lokal als Häuslichkeit zu verstehen. Daneben können jedoch auch ideelle Dinge als privat charakterisiert werden. Dezisionale Privatheit meint bei Rössler den Schutz von Entscheidungen, welche die eigene Lebensweise betreffen; informationelle Privatheit vor allem den Schutz von Daten; lokale Privatheit den Schutz von Räumen. Bei Rösslers Ausführungen zur lokalen Privatheit schwingt das Goffman'sche Verständnis des "back space" als Rückzugs- und Erholungsort mit. „Nur mit Hilfe der Bedingungen von Privatheit und mittels Rechten und Ansprüchen auf Privatheit“ ist „Autonomie in all ihren Aspekten lebbar, in allen Hinsichten artikulierbar.“ (Ebd. 2001: 26) Die Autorin unterscheidet fünf Bereiche: 1) alles, was im Haus stattfindet; 2) Privatheit als negatives Freiheitsrecht; 3) Privatheit als Beschränkung des Zugangs zu einer Person; 4) Privatheit als Kontrollrecht; 5) Privatheit als Zugangskontrolle. Diese Unterscheidung ist wenig hilfreich, denn die einzelnen Bereiche eint mehr als sie trennt: Letztlich geht es stets um die Ausübung von Kontrolle. Durch eine Zugangskontrolle wird sowohl das Haus geschützt als auch der Zugang zur Person reglementiert. Erst durch die Möglichkeit der Ausübung dieser Kontrolle kann Freiheit geschützt

werden. *Die Ausübung einer (Zugangs-)Kontrolle* ist elementar für das Privatheitsverständnis dieser Arbeit.

Die Kontrolle dient in der Konsequenz vor allem dazu, den Kontrollverlust zu ermöglichen und zu schützen. Es braucht die Möglichkeit, anderen den Zutritt zu verwehren, um eigenmächtig handeln zu können. Der Aspekt der Kontrolle geht einher mit einer Selbstermächtigung des Einzelnen. Anders als einige Autoren annehmen, ist nicht nur das privat, was schlicht nicht wahrnehm- und beobachtbar ist. Vielmehr besteht der Wert des Privaten darin, dass der Einzelne darüber entscheiden kann, wem er in welchem Umfang Zugang einräumen will. Der Einzelne hat die Freiheit, öffentlich zu thematisieren, was er will – bzw. Informationen aus der Öffentlichkeit fernzuhalten.

Die vorliegende Studie erweitert Rösslers Unterscheidung der drei Ebenen der Privatheit. Denn bei den von ihr unterschiedenen Arten der Privatheit (lokal, dezisional, informationell) geht es doch stets um Wissen um die Person, das vermittelt wird. Rössler beschränkt den Aspekt des Wissens auf die informationelle Privatheit und verknüpft ihn erst 2010 mit dem Aspekt der Autonomie (vgl. ebd. 2010: 46). Doch der Zugang zur eigenen Wohnung und zu eigenen Entscheidungen ist letztlich nur beschränkt, *weil* aus ihnen (den Orten, den Handlungen) Informationen über die Person – jenseits ihrer Funktion und Rollenausübung – ableitbar sind. Diese Gemeinsamkeit der Ebenen macht die Unterscheidung, die Rössler vornimmt, überflüssig. In der Privatheitsdefinition dieser Untersuchung spielt das Wissen um die Person daher eine entscheidende Rolle: *Privatheit ist stets die Möglichkeit einer Zugangskontrolle zu Wissen.*

Das von Rössler ausgearbeitete Verständnis von Privatheit basiert auf Ausführungen, die bereits in den 1970er Jahren die Debatten in der Psychologie prägten. *Stephen Margulis* definiert daran anschließend: “Privacy, as a whole or in part, represents control over transactions between person(s) and other(s), the ultimate aim of which is to enhance autonomy and/or to minimize vulnerability.” (Ebd. 2011: 10) Privatheit dient dazu, die Verletzbarkeit des Einzelnen zu reduzieren und gleichsam seine Entscheidungsmöglichkeiten und seine Autonomie zu erweitern. “In sum, the benefits of privacy arise from achieving its functions and its costs arise from failures to obtain or maintain privacy.” (Ebd. 2003b: 248) Der Kontrollbegriff ist also auch für Margulis’ Ansatz basal. Vor allem dient diese Kontrolle dem Schutz vor ungewollten Ein- und Übergriffen, physischer oder psychischer Art:

“The psychological concept as well as studies of everyday meaning of privacy [...] emphasize privacy as control over or regulation of or, more narrowly, limitations on or exemption from scrutiny, surveillance, or unwanted access.” (Ebd. 2003b: 244)

Er stellt heraus, dass Privatheit vor allem ein Konzept individualisierter Gesellschaften ist, da im Zentrum der Betrachtungen ein autonomes Individuum steht, das Wahl- und Kontrollmöglichkeiten hat und Beziehungen auf freiwilliger Basis eingeht. Das entspricht, wie bereits ausgeführt, dem Verständnis der kulturgeschichtlichen Ansätze. Die psychologische Sicht auf die Privatheit hat einen stark funktionalen Charakter, indem sie beschreibt, welche Schutzfunktionen der Privatheit zukommen.

Ebenfalls aus psychologischer Sicht beschreiben die Medienpsychologen *Leonard Reinecke* und *Sabine Trepte* Privatheit als „gegenseitige Kontrolle über den Zugang zu intimen Informationen“ (Reinecke/Trepte 2008: 205). Der Kontrollaspekt ist hier den Klassikern der psychologischen Privatheitsforschung entlehnt. Allerdings ist gegen dieses Verständnis einzuwenden, dass private Informationen nicht zwingend auch intim sind. Privatheit umfasst weit mehr als den Bereich der Intimität. In dem Aufsatz von Reinecke und Trepte, der sich mit der Frage beschäftigt, wie freigiebig Nutzer von „user generated content“ mit persönlichen Informationen umgehen, wäre eine solche Unterscheidung sinnvoll gewesen – auch im Hinblick auf die Operationalisierung der Forschungsfrage. Denn es macht einen grundlegenden Unterschied, ob intime oder nur private Informationen kommuniziert werden, will man daraus auf die Freizügigkeit der Nutzer schließen.

2.2.6 *Privatheit als Rückzugsmöglichkeit*

Die wohl einflussreichsten psychologischen Definitionen von Privatheit stammen von dem Juristen *Alan Westin* (1967) und dem Sozialpsychologen *Irwin Altman* (1975). Westin beschäftigt sich vor allem mit informationeller Privatheit und beschreibt sie als Rückzugsmöglichkeit des Einzelnen:

“Privacy is the claim of individuals, groups or institutions to determine for themselves when, how, and to what extent information about them is communicated to others. Viewed in terms of the relation of the individual to social participation, privacy is the voluntary and temporary withdrawal of a person from the general society through physical or psychological means, either in a state of solitude or small-group intimacy or, when among larger groups, in a condition of anonymity or reserve.” (Westin 1967: 7)

Die Rückzugsmöglichkeit ist somit ein Mittel der Informationskontrolle. Da sie für Westin die Funktion der Privatheit ausmacht, wird Abschnitt 2.3.6 ausführlicher auf sie eingehen. Westin begreift Privatheit als ein soziales und mithin reflexives Konzept, das auf der menschlichen Interaktion beruht. Privatheit ist demnach ein dynamischer Prozess, die Theorie der Privatheit somit eine Theorie der sozialen Interaktion. Auch Altman (1975) betont diesen Aspekt: “Privacy is

usually an interpersonal event, involving relationships among people.” (Ebd. 1975: 22) Der Mehrwert psychologischer Theorien besteht vor allem in dem Verständnis von Privatheit als sozialer Größe – das notwendiger Weise keine Rolle spielt, wird Privatheit als etwas Arkanes, Abgeschottetes verstanden.

Altman stellt darüber hinaus auch den Aspekt der Kontrolle heraus: “For my purpose, privacy will be defined as selective control of access to the self or to one’s group.” (Ebd. 1975: 18) Privatheit ist auch für ihn ein sozialer Prozess, ein ständiger Abgleich zwischen den Ansprüchen des Einzelnen und dem Umfeld; in seinen Ausführungen unterscheidet er *desired* und *actual level of privacy* (vgl. ebd.: 27). Sie können divergieren und je andere Bedürfnisse evozieren (mehr Rückzug, mehr Gesellschaft anderer).²⁶ Basal für Privatheit ist nicht, wie viele Ansätze behaupten, vor allem das Selbst, das sich von seiner Öffentlichkeit bestmöglich abschottet, gar in Sicherheit bringen muss (wie von Goffman 1959 ausgeführt), sondern das Miteinander von Menschen. Für diese Studie sind auch die von der Psychologie herausgestellten *sozialen Funktionen von Privatheit* wichtig; erst sie verdeutlichen den Wert der Zugangskontrolle.

2.2.7 Zwischenfazit: Privatheit als kontrollierter Zugang zu Informationen

Welche Konstanten lassen sich aus den Ansätzen ableiten? Neben einem räumlichen Verständnis von Privatheit, das kulturgeschichtlich den Ausgangspunkt der Herausbildung von Privatheit bildete und heute noch Ausgangspunkt zahlreicher Definitionen ist, gibt es ein ideelles Verständnis: Privatheit ist eine ortsunabhängige Zuschreibung. Somit können auch Entscheidungen, Handlungen und Informationen/Kommunikationen privaten Charakter haben. Je elaborierter die Ansätze sind, desto eher wird Privatheit nicht als etwas Abgeschottetes verstanden, also definiert über den Ausschluss des Zugangs Dritter, sondern vielmehr als soziale Größe begriffen. Nicht nur das Geheime ist privat. Vielmehr kann das Private wahrgenommen werden, es erfüllt eine *soziale Funktion*.

Privatheit wird verstanden als

- Ort (Kumar, Goffman),
- Eigenschaft von Kommunikation (Ritter, Klaus, Fast, Imhof),
- Aussage über die Wahrnehmbarkeit (Burkart, Geuss),
- (Abwehr)Recht (Krotz, Rosen, Warren und Brandeis, Cohen),
- Kontrollmöglichkeit (Rössler, Margulis, Reinecke und Trepte),
- Rückzugsmöglichkeit (Westin, Altman).

26 Altman (1977) führt aus, dass die Bedeutung von Privatheit kulturell bedingt verschieden ist.

Die Referenzobjekte der Privatheit sind entsprechend unterschiedlich komplex. Sie reichen von sehr konkreten Ansätzen (privat ist die eigene Wohnung), zu sehr abstrakten Zugängen (privat ist alles, was nicht von anderen wahrgenommen werden kann). Einige Ansätze sind rein deskriptiv (Krotz), andere funktional (Westin, Altman).

Die Aufzählung hat gezeigt, dass Privatheit je nach Betrachtungsweise etwas völlig Unterschiedliches meinen kann. Die häusliche Sphäre ist eng mit Assoziationen der Selbstverwirklichung und der Authentizität verbunden. Die Aufzählung hat auch gezeigt, dass ein dichotomes Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit nicht weiterführend ist. Wer das Private nur als Gegensatz zum Öffentlichen versteht, entzieht das Konstrukt einer wissenschaftlich fundierten Analyse. Dann ist und bleibt das Private eine kaum nutzenbringende Residualkategorie. Die Grenze zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen ist kein starres Gebilde, das zur Abgrenzung taugt. Sie ist vielmehr fließend und wird ständig durch sich wandelnde Diskurse aktualisiert und auch hybridisiert. Dieses Verständnis ist die Grundlage, Privatheit nicht als starre Größe zu begreifen – etwas *ist* nicht einfach privat – sondern als Zuschreibung. Was als privat angesehen wird oder nicht, variiert interpersonal, temporär und ist nicht zuletzt Ausdruck einer kulturellen Konstruktion. Eine solche Herangehensweise ist die Basis eines Verständnisses von Privatheit, das den Einzelnen in die Verantwortung setzt, aber ihm auch Autonomie gewährt: Der Einzelne entscheidet über das Verständnis und die Ausgestaltung seiner Privatheit.

Würde man die aufgeführten Definitionen ohne Kontext nebeneinanderstellen, es wäre nicht klar, dass sie dasselbe Phänomen zu beschreiben versuchen. Deutlich wird, dass sie Teilaspekte der Privatheit für *die* Privatheit ausgeben. Insofern handelt es sich nicht um sich ausschließende Definitionen, sondern um unterschiedliche Perspektiven auf ein Phänomen, die sich ergänzen.

Privatheit wird als Zuschreibung durch Kommunikation artikuliert. Doch zugleich ist sie nie nur Kommunikation, sondern auch ein Recht. Das in Gesetzen und durch Gerichtsentscheide verbrieft Recht verbürgt zugleich die Macht des Einzelnen, andere nach Gutdünken auszuschließen – von Situationen, aber auch von Orten. Insofern gibt es ein Recht auf lokale Privatheit, aber Privatheit erschöpft sich nicht in diesem Recht. Wenn der Einzelne die – auch juristisch festgelegte – Kontrolle darüber hat, was er von sich preisgeben will und was nicht, dann kann er auch frei darüber entscheiden, welche Dinge er als Geheimnisse behandeln will und für sich behält. Und er hat nicht zuletzt in sozialen Interaktionen stets die Wahl, Informationen preiszugeben oder aber sich zurückzuziehen. Privatheit, das sei an dieser Stelle noch einmal betont, ist Bedingung der Möglichkeit sozialer Interaktion.

Die Definitionen haben gemein, dass Privatheit als eine Form der Zugangskontrolle verstanden wird. Was kennzeichnet das Verhältnis von Privatheit und Kontrolle? Es wird unterstellt, dass der Verlust der Privatheit mit einem Verlust der Kontrolle einhergeht. Ein einfaches und zugleich metaphorisches Beispiel ist das eines Einbruchs: Die Täter verschaffen sich Zugang zu einer Wohnung oder einem Haus, der Bewohner büßt – im Wortsinn – die Zugangskontrolle ein; er kann entsprechend nicht steuern, was sich in seinem, eigentlich privaten, Bereich abspielt.

„[W]ie deshalb jeder Eingriff in den Besitzstand als eine Vergewaltigung der Persönlichkeit empfunden wird, so gibt es ein seelisches Privateigentum, in das einzudringen eine Lädierung des Ichs in seinem Zentrum bedeutet. Diskretion ist nichts anderes als das Rechtsgefühl in bezug auf die hiermit bezeichnete Sphäre, deren Grenze freilich nicht ohne weiteres festzulegen ist [...]. Im Interesse des Verkehrs und des sozialen Zusammenhaltes muß der eine vom andern gewisse Dinge wissen, und dieser andere hat nicht das Recht, sich vom moralischen Standpunkt dagegen zu wehren und die Diskretion des anderen, d. h. den ungestört eigenen Besitz seines Seins und Bewußtseins auch da zu verlangen, wo die Diskretion die gesellschaftlichen Interessen schädigen würde.“ (Simmel 1993: 110)

Wann immer also Privatheit eingebüßt wird, wird Kontrolle eingebüßt. Der Verlust von Daten geht mit dem Verlust der Deutungshoheit über die eigene Person einher; der Verlust der Entscheidungsfreiheit mit dem Verlust der Autonomie. Das Recht auf Privatheit und somit die Kontrolle kann der Einzelne ausüben – er muss es aber nicht. *Der Einzelne büßt mit der Privatheit die Kontrolle ein über die Interpretation seines Handelns und Auftretens.*

Der lokalen Privatheit, also dem Wohnraum, kommt eine besondere Bedeutung zu: Der Wohnraum steht als Ort für die Möglichkeit eines ungeahndeten Kontrollverlustes. In der eigenen Wohnung muss der Einzelne sein Verhalten kaum kontrollieren, er kann aber jederzeit den Zugang kontrollieren und entscheiden, wem er Zutritt gewährt. Ein Verlust der Privatheit durch das Eindringen Dritter in diesen Rückzugsort bedeutet auch den Verlust des möglichen Kontrollverlustes und somit der Autonomie. Die Zugangskontrolle schützt somit die Möglichkeit des Kontrollverlustes, der in der Freiheit des Einzelnen begründet ist. Dieser Gedanke soll als Paradoxon des Kontrollverlustes bezeichnet werden: Erst das Ausüben der Kontrolle ermöglicht den Kontrollverlust. Warum aber ist die Kontrolle bzw. ihr Verlust von zentraler Bedeutung? Die Kontrolle kann verstanden werden als Deutungshoheit über Wissen. Kontrolliert wird also – abstrahiert man vom Beispiel des Wohnungseinbruchs – der Zugang zu Informationen²⁷ über die eigene Person²⁸.

27 Die Begriffe Information und Wissen werden hier synonym verwendet.

Verliert der Einzelne die Kontrolle, gibt er mehr von sich preis, als er will. Er kann nicht mehr selbst kontrollieren, wie andere ihn sehen. Die Kontrolle erfüllt eine soziale Funktion, Privatheit kann verstanden werden als soziale und reflexive Größe. Der Einzelne kann entscheiden, wem er welches Wissen um seine Person zugänglich machen will. Gäbe es keine Privatheit, so würde der Einzelne massiv in seiner Freiheit eingeschränkt.²⁹ Privatheit als Ausübung der Kontrolle über Wissen um die eigene Person dient der Reduktion von Komplexität. Themen und Vorgänge, die der Einzelne als privat klassifiziert, werden nicht zum öffentlich verhandelbaren Wissen. Private Entscheidungen sind weniger zustimmungspflichtig; dies reduziert Komplexität, weil Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse verkürzt oder gar umgangen werden. Normative Bindungen gibt es in allen Lebensbereichen, doch kann das Private deren Einfluss reduzieren, da die Entscheidungshoheit des Einzelnen betont wird. Es braucht die Möglichkeit, Dritten den Zutritt zu verwehren – oder auch zu gewähren –, um eigenmächtig handeln zu können. Wird der Privatheit eine soziale Funktion beigemessen, dann bedeutet das auch: Der Einzelne hat die Wahl, Dritten Zugang zu Informationen um seine Person zu ermöglichen. Würde Privatheit nur im Verborgenen stattfinden, so wäre sie keine soziale und keine reflexive Größe. Die Preisgabe von Informationen kann geschehen, um Nähe zu generieren, indem Anschlusskommunikation ermöglicht wird. In der Psychologie ist dieses Phänomen als self-disclosure untersucht worden, es ist an enge Voraussetzungen an das Gegenüber geknüpft (vgl. Derlega/Chaikin 1977).

Für die Bildung einer Vertrauensbeziehung ist das Wissen um eine Person entscheidend. Das bedeutet auch, dass die Darstellung von Privatheit wissentlich und willentlich geschehen kann und nicht per se einen Kontrollverlust impliziert. Der Einzelne kann sich dafür entscheiden, sein Kontrollrecht nicht auszuüben. Vielmehr braucht es ein Recht auf Privatheit, also eine Möglichkeit der freien Selbstentfaltung, damit die öffentliche Person sich dafür entscheiden kann, Aspekte der eigenen Privatheit öffentlich zugänglich zu machen, sei es durch Fotos oder durch Interviews. Begreift man Privatheit als Wissen um den Menschen jenseits seiner öffentlichen Funktion und Rolle, so wird verständlich, dass es Gründe geben kann, Teile dieses Bereiches öffentlich zugänglich zu machen. Die Möglichkeit der Zugangskontrolle bedeutet jedoch nicht, anders als von vielen Autoren angenommen, dass der Einzelne dazu verpflichtet ist, private Informationen, also solche, die er kontrollieren kann, aus der Öffentlichkeit fern zu halten.

28 So sagt der Wohnraum etwas über den Bewohner aus: Ist er ordentlich/unordentlich? Wohlhabend/arm? Wohnt er geschmackvoll/nachlässig?

29 Außerdem würde sich der Charakter des Sozialen deutlich verändern. Privatheit schützt und ermöglicht Freiheit.

Eine Definition von Privatheit umfasst, wenn sie die Kontrolle und die Ermöglichung des Kontrollverlustes mitdenkt, immer auch eine Form der Kontingenz. Nur wenn der Einzelne auch andere Möglichkeiten des Handelns hätte, besteht die Notwendigkeit der Kontrolle. Ohne Freiheit würde es keiner Privatheit bedürfen. Wenn es keine Handlungsalternativen gibt, gibt es auch nichts Schützenswertes. Privatheit basiert auf der Möglichkeit der Abweichung. Hierin besteht ihre soziale Funktion, die weder die vollkommene Transparenz, noch das Arkane erfüllen.

„Bei vollkommener gegenseitiger Durchsichtigkeit wären alle Verhältnisse der Menschen in einer gar nicht abzuschätzenden Weise abgeändert, wie sie bei vollkommenem Nichtwissen umeinander unmöglich wären.“ (Simmel 1993: 108)

Für die in Abschnitt 2.4 formulierte Definition der Privatheit sollen an dieser Stelle zwei Annahmen hergeleitet werden: Privatheit ist Wissen um eine Person jenseits ihrer öffentlichen Funktion und Rolle, das durch die Kontrolle der jeweiligen Person vor dem unbefugten Zugang Dritter geschützt ist. Der folgende Abschnitt befasst sich mit den Funktionen der Privatheit. Um diese wird die Definition schließlich erweitert.

2.3 Autonomie, Emanzipation, Selbstverwirklichung – Funktionen von Privatheit

“Thus, just as the ‘public’ realm (and politics) cannot be reduced to the state, the realm of social life outside the state (and its control) cannot simply be identified as ‘private’.” (Weintraub 1997: 15)

Erst wenn man Privatheitskonzepte unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen betrachtet, wird deutlich, auf welchen Ebenen sie ansetzen und auf welchen Ebenen sie Funktionen der Privatheit verorten. Bislang fehlt eine Verknüpfung der Ansätze. Sie werden zwar im Detail kritisiert, doch selten kontextualisiert. Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, ein multidisziplinäres Verständnis von Privatheit zu gewinnen, das die Studien verschiedener Bereiche nutzbar macht, ohne sie gegeneinander auszuspielen und die je einzelnen Ebenen absolut zu setzen. Anhand der Ansätze, die auf einer Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit basieren, sollen Funktionen der Privatheit abgeleitet werden, um diese mit in die zu entwickelnde Definition der Privatheit einfließen zu lassen.

2.3.1 *Schutz der Freiheit und Autonomie des Einzelnen*

Prägend ist die Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit vor allem für den Liberalismus, der auf zentralen Ideen der Aufklärung basiert (vgl. Schubert/Klein 2011: 181). Das Private ist innerhalb dieser Ansätze der politischen Philosophie nur eine Residualkategorie, es geht vor allem darum, Öffentlichkeit zu definieren. Privat ist das, was nicht öffentlich ist. Im Liberalismus wird der Markt, in Anlehnung an Aristoteles, als dem privaten Bereich zugehörig begriffen. Es gilt, den Markt und den Besitz des Einzelnen vor unberechtigten Eingriffen des Staates zu schützen und die Macht des Staates somit zu begrenzen (vgl. Schubert/Klein 2011: 181f.). Den Verfechtern des Liberalismus ist deshalb besonders daran gelegen, den Gegensatz zwischen Öffentlichkeit und Privatheit möglichst aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, dass beide Sphären sich nicht überschneiden (vgl. Weintraub 1997: 8). Der Liberalismus betont die Bedeutung des Rechtsstaates als rahmensetzendes Element der politischen Deliberation und der demokratischen Praxis (vgl. Imhof 2011: 49). Die staatlichen Institutionen verkörpern aus der Sicht des Liberalismus eine ständige Gefahr für den Einzelnen, dessen Freiheit und Autonomie unzulässigerweise einzuschränken. Der Liberalismus beförderte durch die Dichotomisierung von Öffentlichkeit und Privatheit die Herausbildung von Schutzräumen persönlicher Freiheit. Allerdings ist die Privatheit in dieser ideengeschichtlichen Sicht eine vorpolitische Ebene:

„Im Zentrum der konstruierten Gegensätze steht die Unterscheidung zwischen dem (tendenziell unpolitischen) Individualbereich des Privaten und dem öffentlichen Bereich gemeinschaftlich zu tragender politischer Verantwortung. Diese im Zeichen des politischen Liberalismus gewonnene Unterscheidung ist jedoch nicht unwidersprochen geblieben.“ (Lesch 1999: 60)

Die vier Grundsätze des Liberalismus sind: 1) Recht auf Selbstbestimmung, 2) Beschränkung politischer Macht, 3) Freiheit gegenüber dem Staat, 4) Selbstregulierung der Wirtschaft (vgl. Schubert/Klein 2011: 181). Im Zentrum des Liberalismus steht die Idee der Freiheit. *Die Funktion der Privatheit besteht in der Sicherung der Freiheit und damit der Sicherung der Autonomie des Einzelnen.* Diese beiden Aspekte sind entscheidend. Der Liberalismus unterstellt eine Kontingenz menschlichen Handelns. Nur wenn es diese Kontingenz gibt, müssen Freiheit und Autonomie geschützt werden. Entsprechend sichert Privatheit die Freiheit des Einzelnen zu leben, wie er leben will. Das Private umfasst somit einen Bereich autonomer Entscheidungen, die immer auch anders ausfallen könnten.

2.3.2 Schutz der Öffentlichkeit

Noch stärker als der Liberalismus ist der Republikanismus mit den Idealen der Aufklärung verknüpft. Aus der Sicht dieser Ansätze der politischen Philosophie wird Politik verstanden als “a world of discussion, debate, deliberation, collective decision making” (Weintraub 1997: 11). Hier ist die Privatheit zwar auch keine direkte politische Größe, aber stärker als im Liberalismus weist man ihr die Bedeutung zu, Basis politischen Denkens und Handelns zu sein. Privatheit ist die Voraussetzung bürgerschaftlichen Engagements. Auch republikanische Ansätze konzentrieren sich auf die Öffentlichkeit und vernachlässigen die Privatheit als Residualkategorie. Öffentlichkeit gilt als Kern jeder politischen Auseinandersetzung, in der Öffentlichkeit finden die Debatten statt, die den Fortschritt der Gesellschaft sichern sollen. Die republikanische Perspektive hebt auf die Kommunikation kollektiver Akteure ab. Deren deliberative Selbstverständigung sichert die demokratische Selbstherrschaft der Bürger (vgl. Imhof 2011: 49). Weintraub (1997) stellt heraus, dass es innerhalb der republikanischen Idee zwei unterschiedliche Verständnisse von Öffentlichkeit gibt. Zum einen die *res publica*, die sich bürgerschaftlich selbst organisiert. Und zum anderen die Idee eines Souveräns, der die Individuen anleitet und Interessen bündelt. Ausgangspunkt des Republikanismus ist die Individualisierung der Gesellschaft. Sowohl die *res publica* als auch der Souverän geben Antworten darauf, wie mit dieser Situation umzugehen ist: durch eigenständiges Engagement der Bürger oder durch einen Souverän, der die Geschicke lenkt.

Es geht vor allem darum, den freien und öffentlichen Diskurs zu schützen und somit politische Entscheidungen zu ermöglichen. Private Interessen gilt es, aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. *Die Funktion der Privatheit besteht darin, die deliberativen Diskurse der Öffentlichkeit zu ermöglichen und so mittelbar Freiheit zu sichern.* Die Funktion der Freiheit besteht laut der republikanischen Denkweise darin, politisches Engagement zu ermöglichen. Liberale und republikanische Ansätze fußen auf der Idee von Abwehrrechten, die den Schutz der Privatheit sichern sollen.

Weintraub weist darauf hin, dass sowohl Liberalismus wie auch Republikanismus auf der Dichotomie privat – öffentlich aufbauen, aber die Unterscheidung immer auch eine Verkürzung beinhaltet. Nicht alles, was nicht den Staat betrifft, ist privat. Und nicht alles, was nicht die Familie betrifft, ist zwingend öffentlich. “Thus, just as the ‘public’ realm (and politics) cannot be reduced to the state, the realm of social life outside the state (and its control) cannot simply be identified as ‘private’.” (Ebd. 1997: 15)

Liberalismus und Republikanismus eint die Bedeutung der Öffentlichkeit für das jeweilige Politikverständnis. Beide knüpfen an das Öffentlichkeitsideal der Antike und der Aufklärung an.

„Gerade in dieser Klage über den Niedergang der Öffentlichkeit beweist sich die Wirkmächtigkeit der regulativen Idee freier Deliberation. An diese regulative Idee sind das republikanische wie das liberale Konzept demokratischer Meinungs- und Entscheidungsfindung geknüpft.“ (Imhof 2011: 28)

Die Diskussion über die politische Schwerpunktsetzung ist bis heute die Basis der Auseinandersetzungen zwischen Konservativen (die tendenziell skeptisch sind gegenüber der Öffentlichkeit und vor allem das Private in Form des Eigentums schützen wollen) und Linken (die tendenziell skeptisch sind gegenüber dem Privaten und vor allem die Öffentlichkeit als Ort des sozialen Ausgleichs schützen wollen) (vgl. Lesch 1999: 61; so auch Wolfe 1997). Die Öffentlichkeit ist diesem Verständnis nach ein demokratischer Bereich, während die Privatheit sich der Rechenschaft entzieht (was u. a. in die Forderung „Das Private ist politisch – und mithin öffentlich“ mündete, siehe Abschnitt 2.3.4). Die Konservativen stehen dagegen einer Zentralisierung der Macht skeptisch gegenüber. Im Privaten sollen Entscheidungen frei von äußeren Einflüssen getroffen werden, der Staat darf die Bürger nicht bevormunden und darüber entscheiden, was ein gutes Leben umfasst.³⁰ „The best society is the one that allows the freest scope for the maximum number of private choices.“ (Wolfe 1997: 189) Bei der Auseinandersetzung zwischen beiden Denkrichtungen handelt es sich um eine Variation eines „sehr alten sozialphilosophischen Themas“, das „um die Spannung zwischen einem positiv bewerteten Individualismus und der ebenso verständlichen Kritik am Verlust von Gemeinschaftsidealen kreist“ (Lesch 1999: 63). Einen Ausweg aus dem Dilemma bildet der Ansatz der Sozialität, der beide Ansprüche in Einklang zu bringen versucht.

2.3.3 *Entwicklung der Zivilgesellschaft*

Wie kann in einer individualisierten Gesellschaft Gemeinschaft entstehen? Prägend für die Herausbildung der Ansätze der Sozialität waren die Umbrüche in Osteuropa Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre (vgl. Lesch 1999). Hier geht es vor allem darum, zu verstehen, was das Zusammenleben jenseits der Familie kennzeichnet – und somit darum, zu verstehen, welche Prinzipien der Privatheit gesellschaftliche Relevanz haben. Öffentlichkeit ist keine feste, sondern eine fluide, veränderbare Größe (vgl. Weintraub 1997). Diese Ansätze beschäftigen sich sowohl mit der Privatheit als auch mit der Öffentlichkeit. Das Private ist

30 Die politische Unterscheidung, die sich an Liberalismus und Republikanismus anschließt, hält die Trennung beider Bereiche nicht durch: In einigen Bereichen ziehen die Linken die Privatheit der Öffentlichkeit vor – beispielsweise bei der Meinungsäußerung. Die Konservativen beanspruchen ein Mitspracherecht bei eigentlich geschützten privaten Entscheidungen, wenn diese ihrem Weltbild entgegenstehen, beispielsweise im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs.

hier mehr als das Nicht-Öffentliche. Es geht vor allem darum, in der Öffentlichkeit Diversität abbilden zu können und lebbar zu machen. "The essential point is that 'public' in this sense has nothing to do, necessarily, with collective decision making (let alone the state). The key is not solidarity or obligation, but sociability." (Weintraub 1997: 18) An den Punkt der Sozialität knüpft auch Wolfe (1997) an, der den Ausweg aus der unbefriedigenden Dichotomie zwischen privat und öffentlich in einem dritten Weg sieht: der Konzeption der Sozialität, des sozialen Lebens. Diese Ansätze bilden Grundlagen für das Verständnis des Entstehens einer Zivilgesellschaft, „in der mündige Bürgerinnen und Bürger über die herkömmlichen Sphären des Öffentlichen und des Privaten hinaus etwas Drittes verwirklichen“ (Lesch 1999: 65). Die Zivilgesellschaft verbindet beide Sphären, die der Privatheit und die der Öffentlichkeit, miteinander.

Erst das Zusammenkommen von Individualität und Gesellschaft ermöglicht das Entstehen politischer Gemeinschaften jenseits des Staates. Die Sphäre der Privatheit wird somit aufgewertet, da die hier entstehenden Eindrücke und Meinungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind. *Die Funktion der Privatheit ist somit die Meinungsbildung, sie ist die Grundlage der Zivilgesellschaft.*

2.3.4 Emanzipation

Eine weitergehende Bedeutung misst der Feminismus der Privatheit bei. Es war das Ziel der Frauenbewegung, das Private von seinem Status als vorpolitische Sphäre zu befreien und vormals private Themen öffentlich und politisch zu diskutieren. Der Leitsatz lautete entsprechend: „Das Private ist politisch.“ Imhof (1999) betont, dass die öffentliche Verhandlung vormals privater Themen seit den 1960er Jahren zu einer grundsätzlichen Veränderung des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit beigetragen hat. In der Trennung der Sphären von Privatheit und Öffentlichkeit zeigt sich laut den feministischen Ansätzen auch die Unterscheidung von männlicher und weiblicher Kultur (vgl. Hahn/Koppetsch 2011: 10): „Sie manifestiert sich in antagonistischen Handlungsmustern, Vorstellungswelten, kulturellen Habitus und Identitäten, die jedoch ihre Bedeutung erst durch den wechselseitigen Bezug erhalten.“ (Ebd.) Der Feminismus sah sich dem Dilemma ausgesetzt, das Private als Sphäre zu demaskieren, die mit ihrer Aura der Unantastbarkeit über Jahrhunderte männliche Machtverhältnisse geschützt hatte – und gleichsam nicht alles, was vormals privat war, an die Öffentlichkeit zu zerren, um so den privaten Bereich gänzlich abzuschaffen. Es galt, das Private als Schutzraum zu erhalten und ihm gleichsam seine missbrauchsanfällige Aura zu nehmen. Themen wie sexualisierte Gewalt konnten nur gesellschaftlich verhandelt und sanktioniert werden, da sie als gesamtgesellschaftlich relevant anerkannt wurden und nicht länger der privaten und somit persönlichen

Sphäre des Einzelnen zugerechnet wurden. In einem sehr elaborierten Aufsatz beleuchtet Armin Scholl (2008) die Frage der Geschlechterdiskriminierung aus systemtheoretischer Sicht. Sein Ansatz ermöglicht eine Betrachtung der Bedeutung des Themas für einzelne Funktionssysteme, jenseits eines gesamtgesellschaftlichen Gültigkeitsanspruchs, der vor allem normativ begründet ist:

„Folglich kann Gesellschaft aus systemtheoretischer Perspektive nicht mehr ausschließlich aus strukturellen Ungleichheiten zusammengehalten oder destabilisiert werden – in beiden Fällen mehr oder weniger zwanghaft. Vielmehr wirken sich Ungleichheiten völlig unterschiedlich aus, je nachdem, welches Funktionssystem wie davon betroffen ist. Die Geschlechterproblematik in Form von Geschlechterdiskriminierung wird also nicht vorausgesetzt, sondern in Bezug auf das betreffende System *spezifiziert* und auf andere das System irritierende Umwelteinflüsse *relativiert*. Diese Umarrangierung des Problems als abgeleitetes statt als primäres Phänomen ist noch keine Entscheidung über die Relevanz des Problems – schließlich ist keine konkrete Gesellschaftsform nur funktional ausdifferenziert.“ (Ebd.: 215; Hervorh. im Original)

Die Unterscheidung privat – öffentlich wird von vielen feministischen Theoretikern gleichgesetzt mit der Unterscheidung Familie – Öffentlichkeit (vgl. Weintraub 1997). Dies begründet zugleich auch die feministische Kritik am Liberalismus, der durch die Entgegensetzung von Privatheit und Öffentlichkeit die gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen verschleierte, obwohl er universale Rechte proklamierte (vgl. Pateman 1989: 120): “They do not recognize that ‘liberalism’ is patriarchal-liberalism and that the separation and opposition of the pulic and private spheres is an unequal opposition between women and men.” (Ebd.) Für den Feminismus steht das Private im Mittelpunkt des Interesses. Es sollen vor allem kritikwürdige Aspekte des Familien- und Beziehungslebens zur Diskussion gestellt werden. Das Verständnis dessen, was Privatheit ist, ist auch hier verkürzt und bezieht sich oft ausschließlich auf die häusliche Sphäre (vgl. Pateman 1989: 121). Die Dichotomisierung wird somit von der feministischen Kritik selbst aktualisiert. Es wird angenommen, dass der Schutz der Privatheit missbraucht wird, um Machtverhältnisse zu decken. Weintraub (1997: 28) unterscheidet drei Argumentationslinien: 1) Die politische Theorie hat die häusliche Sphäre über Jahre nicht ernst genommen bzw. als trivial abgetan; 2) die Unterscheidung privat – öffentlich reduziert die Rolle der Frauen häufig auf das Zuhause und sieht keine andere Rolle und Sphäre für sie vor; 3) mit dieser Trennung und der Gleichsetzung des häuslichen Bereiches mit der Privatsphäre wird der Ausübung von Gewalt Vorschub geleistet, indem Missbrauch und andere Gewalttaten von der Öffentlichkeit abgeschirmt werden.

Carol Pateman bezeichnet die Dichotomisierung von Privatheit und Öffentlichkeit als Ausgangspunkt der feministischen Bewegung (vgl. ebd. 1989: 118).

Der Feminismus begreift die Unterscheidung als Ursache sich selbst verfestigender Herrschaftsverhältnisse, in denen Frauen das Nachsehen haben, da sich ihr Leben auf die private Sphäre beschränkt und das Einhalten der Freiheitsrechte darüber hinaus dazu führt, dass die Sphäre des Privaten sich – als Hort der Freiheit – der Kontrolle entzieht. Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist somit ein männliches Privileg. Der Feminismus hat die Privatheit aus dem Bereich des Arkanen geholt und gesellschaftlich verhandelbar gemacht. Es geht ihm darum zu zeigen, dass Privatheit eine Zuschreibung ist und der Einzelne darüber entscheiden kann, welche Themen er öffentlich anspricht und verhandelbar macht – und welche er für sich behalten will. *Die Funktion der Privatheit besteht in der Selbstermächtigung der Frauen durch eine Aufwertung privater Themen und die Anerkennung deren gesamtgesellschaftlicher Relevanz.* Der Feminismus enttarnt die Privatheit als Bereich falsch verstandener Toleranz. Der Einzelne hat in der Folge die Möglichkeit, Themen dort zu verhandeln, wo er will. Vor allem in den späten 1990er Jahren war der Feminismus bemüht, deutlich zu machen, dass die Veröffentlichung privater Themen im Rahmen von Daily Talks nicht von ihrem Leitsatz („Das Private ist politisch.“) umfasst ist, sondern vor allem voyeuristischen Zwecken dient (vgl. Schneider 2001).

„Alt scheint die Gier zu sein, mit der Medien und Publikum sich dem Privaten zuwenden und jene Mischung aus Attraktion und Abscheu, mit der auf die entsprechenden Präsentationen reagiert wird. Dies macht es der Geschlechterforschung schwer, das Private neu zu formulieren und seine Relevanz für Medien und Öffentlichkeit zu behaupten.“ (Herrmann 2001: 49)

Die mediale Inszenierung des Privaten war ganz offenbar nicht die Privatheit, welche die Feministinnen im Sinn hatten.

2.3.5 *Entwicklung der Identität*

Psychologische Ansätze betrachten die Privatheit aus einer primär funktionalen Sicht. Westin (1967, 2003), Altman (1973, 1975) und Margulis (2003a/b; 2011) arbeiten die Bedeutung der Privatheit für die Entwicklung des Selbst heraus.

Westin definiert Privatheit als “the claim of an individual to determine what information about himself or herself should be known to others” (ebd. 2003: 431). Die drei Autoren begreifen Privatheit als Entscheidung über die Weitergabe oder Zurückhaltung von Informationen. Menschen brauchen Privatheit, um mit den Anforderungen des täglichen Lebens und den täglichen Interaktionen zurechtzukommen. Privatheit ist demnach ein dynamischer Prozess, der sich im zeitlichen Verlauf ändert und sich immer wieder austariert – wie viel Privatheit jemand braucht, ist situationsabhängig. Privatheit ist nie Selbstzweck, sondern dient immer dazu, dass sich der Mensch als Selbst konstruieren kann. Privatheit

ist Bedingung der Herausbildung einer Identität. Westin unterscheidet vier Stadien der Privatheit, in denen ihre Funktionen erfüllt werden können: solitude, ein Zustand, in dem man von anderen nicht beobachtet werden kann; intimacy, verstanden als Offenbarung innerhalb einer sehr kleinen Gruppe; anonymity, die Möglichkeit, an öffentlichen Orten nicht identifiziert zu werden und reserve, der Umgang mit persönlichen Äußerungen gegenüber anderen (vgl. ebd. 1967: 31f., 2003: 433). Wie viel Privatheit jemand beansprucht, ist variabel. Westin leitet vier Funktionen der Privatheit ab: die Herstellung von Autonomie; emotionale Erleichterung, da ein Verhalten jenseits der Rollenerwartungen ermöglicht wird; die Möglichkeit, sich in Bezug zu anderen zu setzen; geschützte und somit sichere Kommunikation³¹ (vgl. ebd. 1967: 32).

Altman's Theorie der Privatheit ist eine Theorie der sozialen Interaktion. Privatheit ist die Möglichkeit des Einzelnen, sich aus sozialen Kontexten zurückziehen und diesen Zugang kontrollieren zu können. Altman unterscheidet drei Funktionen der Privatheit, die wichtigste besteht für ihn darin, Identität herzustellen:

“These [the goals of privacy, Anm. B.H.] are: 1) relationships between a person or group and the social world, 2) the interface of the self and social world, 3) self-definition and self-identity.” (Ebd. 1975: 45)

Für *Margulis* besteht die Funktion der Privatheit darin, die Autonomie des Einzelnen zu vergrößern und seine Verletzlichkeit zugleich zu verringern. “Privacy, as a whole or in part, represents control over transactions between person(s) and other(s), the ultimate aim of which is to enhance autonomy and/or to minimize vulnerability.” (Ebd. 2011: 10) Privatheit ist demnach ein Prozess des Austarierens innerer und äußerer Umstände. Sie wirkt nach innen auf das Selbst zurück und über die Preisgabe von Informationen, welche die Person betreffen, auch auf deren Umfeld. Trepte bezeichnet diesen Prozess als „Treibstoff jeder Beziehung“ (2012: 59). Privatheit hat eine reflexive Komponente über das Moment der Selbstoffenbarung, das beim Beobachter eine Wirkung erzeugt.

„Das entscheidende Kriterium für die erfolgreiche Regulierung der Privatsphäre ist also auf der einen Seite die Offenheit und die Preisgabe von Informationen an andere, und zum anderen der gezielte Rückzug und die Einsamkeit.“ (Ebd.: 60)

31 Westin ergänzt an dieser Stelle: “Since every human being is a whole organism, these four functions constantly flow into one another, but their separation for analytical purposes helps to clarify the important choices about individual privacy that American law may have to make in the coming decade.” (Ebd.: 32) Er sieht eine Funktion der Privatheit darin, einen geschützten Raum der Selbstoffenbarung zu schaffen. Diese Annahme basiert auf dem Verständnis psychologischer Theorien, Privatheit – wie auch Vertrauen – nicht als Eigenschaft, sondern als soziales und mithin reflexives Axiom zu begreifen.

Das Private wird als reflexiv begriffen, es handelt sich – auch bei der Ausübung der Zugangskontrolle – um eine soziale Kategorie. Dies übersehen viele der dargestellten Ansätze, indem sie allein auf das Individuum abheben. Die Funktionen geben zugleich eine Antwort auf die Frage, *warum* Privatheit erstrebenswert ist. Altman und Westin “agree that the functions of privacy include opportunities for self-evaluation and that privacy contributes to self-identity and individuality” (Margulis 2003b: 246). Westin (1967) führt aus, dass Privatheit in einer Demokratie von entscheidender Bedeutung ist, da sie Rückzugsräume gewährt, in denen sich Kritik und auch Widerstand formieren können. Gleichzeitig sichert das Existieren der Privatheit Rückzugsräume, die sicherstellen, dass sich der Einzelne nicht in politischen Kontexten engagieren *muss*, sondern von diesen unbeeinträchtigt Familie, Glaube oder andere primär persönliche Dinge ausüben kann (vgl. ebd.: 24). Der Wert der Privatheit in einer Demokratie besteht darin, Räume zu sichern, die mit der Demokratie nicht zwingend etwas zu tun haben müssen. Altman (1975) geht von der zunächst kontra-intuitiven Annahme aus, dass Privatheit vor allem soziale Interaktionen ermöglicht, die dem Einzelnen ein Bild von sich selbst vermitteln. “Privacy supports social interaction, which, in turn, provides feedback on our competence to deal with the world, which, in turn, affects our self-identification.” (Margulis 2003b: 246) Privatheit schützt Autonomie und ermöglicht das Herausbilden einer Identität. Erst durch ein Maß an Privatheit ist es den Menschen möglich, sich psychologisch gesund zu entwickeln. Darüber hinaus werden ein *privates* und ein *öffentliches* Selbst unterschieden (Scheier/Carver 1983). Das öffentliche Selbst ist leicht erkennbar und erschließbar und bildet die Basis für die Charakterisierung einer Person durch Dritte. Das *private* Selbst umfasst die nicht sichtbaren Aspekte.³² Einer solchen Unterscheidung wird nicht gefolgt (zur Kritik siehe Abschnitt 3.1).

Die Funktionen und die Bedeutung der Privatheit können auch negativ erschlossen werden: aus den befürchteten Konsequenzen eines Mangels an Privatheit. Margulis (2003b) unterscheidet zwei Gründe für ein Fehlen der Privatheit: zum einen die Unfähigkeit des Einzelnen, Privatheit herzustellen – sei es aus kognitiven oder psychischen Gründen; zum anderen eine Situation, in der andere die Privatheit des Einzelnen kontrollieren oder reglementieren (beispielsweise innerhalb einer Familie). Aus psychologischer Sicht wird darauf verwiesen, dass ein solches Verhalten Auswirkungen hat auf die Herausbildung von Autonomie. Diese wird behindert, wenn es keinen Sinn für Privatheit gibt. (Vgl. Margulis 2003b) Die Möglichkeit, Kontrolle auszuüben, wird aus psychologischer Sicht als Voraussetzung für Privatheit angesehen. Wird Privatheit nicht in Anspruch

32 Kanning (1999) bietet eine ausführliche Diskussion der Wechselwirkungen zwischen öffentlichem und privatem Selbst.

genommen, so ist dies ein Indiz, dass der Einzelne auch allgemein nicht dazu in der Lage ist, Kontrolle auszuüben (vgl. ebd.). *Die Funktion der Privatheit besteht somit in der Herausbildung und Rückversicherung des Selbst als unhintergehbare sozialpsychologische Größe.*

2.3.6 Selbstverwirklichung

Ähnlich dem psychologischen Verständnis von Privatheit weisen verschiedene Autoren darauf hin, dass Privatheit vor allem der Selbstverwirklichung dient. Im Vergleich zu den elaborierten Ausführungen der Psychologie wirken diese Ansätze mitunter esoterisch, da sie kaum begründen, wie genau die Selbstverwirklichung mit der Wirkweise der Privatheit verknüpft ist. Dennoch sollen diese Ansätze kurz umrissen werden. „Aus der Perspektive individueller Lebensführung betrachtet ist das Privatleben als jene Sphäre ausgezeichnet, die wie keine andere Raum für die Verwirklichung des Selbst schafft.“ (Weiß 2002b: 83) Weiß unterstellt der Privatsphäre diese Funktion, doch er begründet sie nicht. Es wird angenommen, dass das Selbst erst zu Hause „das Refugium seines intimen Selbstausdrucks“ findet und sich „dem Erleben seiner Neigungen und Emotionen“ ganz hingeben und sich von ihnen „erfüllen lassen“ kann (ebd. 2002b: 34).

Freiheit ermöglicht es, den privaten Bereich frei von Restriktionen zu nutzen und zu gestalten. Vergleichbar begründet auch Ritter: „Privatheit ist der Bereich, in dem Subjektivität einer Person gewonnen und gestaltet wird und sich entfalten kann, ein Bereich in dem die Bedürfnisse des Selbst und die Reflexion auf das Selbst, die Wünsche und das Eigene ihren Platz haben.“ (Ritter 2008: 44) Beate Rössler führt diese Gedanken weiter, wenn sie schreibt, dass Privatheit immer eine Antwort auf die Frage gibt, wie der Einzelne leben will (vgl. Rössler 2001: 138). Erst dieser Gestaltungsspielraum macht die Privatheit für Außenstehende interessant, da diese Antwort individuell verschieden ausfällt. Das Verständnis von Privatheit als Raum der Selbstverwirklichung ist eine Fiktion. Zugleich erklärt diese Konnotation, warum es aus der Sicht der Politiker sinnvoll erscheinen mag, die eigene Privatheit zu inszenieren. Denn das Private wird stilisiert zu einer Sphäre des unverstellten, authentischen Selbst. Nur *weil* das Private in der postmodernen Gesellschaft zum Lebenssinn geworden ist, macht seine Inszenierung Sinn. Wäre die Privatheit, das Rekurren auf das Selbst, angesichts schwindender Traditionen und Verbindlichkeiten nicht von so großer Bedeutung für die Beurteilung des Einzelnen, würden die Politiker nicht so viele Anleihen in der Privatsphäre suchen.

„Das Selbst kann sich ohne die Larve der Konvention, die seiner öffentlichen Erscheinung erst Legitimität und in der Folge Raum und Beachtung verschafft, offenbaren. [...] Das Selbst erlebt sein unvermitteltes Dasein,

seine einfache ‚Wirklichkeit‘. Die Grundlage dieser Selbstverwirklichung ist: Es weiß sich hier, in der Sphäre der Häuslichkeit, um seiner selbst willen anerkannt. So schafft und verbürgt erst diese Sphäre *Intimität*.“ (Weiß 2002b: 34; Hervorh. im Original)

Weiß weist darauf hin, dass es sich bei der Annahme, das Private bleibe als Refugium unbeeinträchtigt von der Öffentlichkeit, um eine Fiktion handelt. Die vermeintlich freie Selbstentfaltung im Privaten erweist sich daher als „Reproduktion eines sozial konfigurierten Selbst“ (Weiß 2002b: 46). Das Öffentliche wirkt auf das Private zurück. Das Verhältnis beider Sphären ist reflexiv und aufeinander bezogen – sie sind keineswegs streng voneinander getrennt und autark. *Die Funktion der Privatheit besteht darin, dass sich das Selbst auf sich konzentrieren kann, unbehelligt – aber nicht isoliert – von äußeren Einflüssen.* Das Selbst offenbart sich in der Privatheit; daher rührt die Konnotation, die Privatheit sei die Sphäre der Authentizität. Auf einer Metaebene erfüllt die Privatheit somit auch die Funktion, etwas über die Person aussagen zu können – nämlich darüber, wie sie ihren privaten Freiraum ausgestaltet.

2.3.7 Wissensregulierung

Stanley Benn (1988) hebt darauf ab, dass Informationen Macht sind – und Akteure deshalb die über sie kursierenden Informationen kontrollieren wollen. Wissen um eine Person ist verknüpft mit der Frage, wer die (Deutungs-)Hoheit über dieses private Wissen hat. “The more one knows about an individual, the greater one’s power to damage him.” (Ebd.: 273) Das Moment der Beobachtung schafft ein reflexives Bewusstsein: “Finding oneself and object of scrutiny, as the focus of someone else’s attention, brings one to a new consciousness of oneself, as something seen through another’s eyes.” (Ebd.) Privatheit begreift Benn als Zugangskontrolle zu diesem Wissen. Erst indem die Kontrolle missachtet und ein Akteur ohne seine Einwilligung beobachtet wird, wird sie zu etwas Schädlichem (vgl. ebd.: 275). *Die Funktion der Privatheit besteht darin, Wissen um die eigene Person zu kontrollieren, um Macht und Deutungshoheit über dieses Wissen auszuüben.*

Die simple Grundannahme: Der Einzelne verhält sich anders, wenn er sich unbeobachtet fühlt, das heißt in einer privaten Situation wähnt. Mit dem unerlaubten Eindringen in die Privatheit wird die Deutungshoheit des Einzelnen darüber verletzt, wie er sich der Welt zeigen will.

“Suppose her to be in a situation in which she might be observed but in which she chooses to act privately; for anyone to watch without her knowledge is to show disrespect not only for the privacy she has chosen, but for her as a chooser, since it implies a disregard for the way she chooses to present herself to the world.” (Ebd.: 277)

Die intendierte Wirkung kann stets nur unterstellt werden. Sie wird in einem reflexiven Prozess zwischen Akteur und Beobachter konstruiert. Es handelt sich somit um eine Fiktion zur Reduktion der Komplexität: Der Akteur handelt so, als wäre nur eine bestimmte Lesart seines Handelns möglich. Benn kommt zu dem Schluss, dass Privatheit erst einmal alle Bereiche einer Person schützt – und sie selbst den Zugang zu einzelnen Bereichen ermöglichen kann. “The principle of privacy proposed is that a person who desires that he himself should not be an object of scrutiny has a reasonable *prima facie* claim to immunity.” (Ebd.: 278) Ausgenommen sind laut Benn Informationen, die das Berufsleben betreffen, im Falle eines Dirigenten sind dies beispielsweise Informationen rund um seinen Musikgeschmack. Das Beispiel ist auf Politiker nicht übertragbar, denn sie bringen qua Repräsentanz immer auch ihre Persönlichkeit mit in ein Amt ein – und aufgrund der Repräsentanz hat die Öffentlichkeit ein legitimes Interesse, mehr über die Person des Repräsentanten zu erfahren (Kapitel 3).

2.3.8 Exkurs: Beschreibung gesellschaftlichen Wandels

Hahn und Koppetsch (2011) weisen darauf hin, dass innerhalb der Soziologie der Fokus lange Zeit auf der Öffentlichkeit lag, eine Analyse des Privaten dagegen zurückstehen musste. Privates wurde als „wenig relevant ausgeklammert“ (Hahn/Koppetsch 2011: 8), eine eigene Theoriebildung des Privaten ist ausgeblieben. Ein dominanter Diskurs innerhalb der Soziologie betrachtet die Durchdringung von Privatheit und Öffentlichkeit als Verfallsgeschichte. In diesen Gesellschaftstheorien braucht es die Öffentlichkeitsideale aus Antike und Aufklärung vor allem, um einen Wandel zu beschreiben, der sich als Niedergang darstellt, aber als solcher die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit aktualisiert. Der Status quo wird an der Vergangenheit gemessen – und kann doch nie standhalten. Die Diagnose des Verfalls ist die Basis der Kulturkritik.

„Die im Anschluss an diese Theorien vielfältigen Untersuchungen, die mal die Öffentlichkeit, mal die Privatsphäre stärker der Gefahr ausgesetzt sehen, verweisen jedoch vor allem auf die anhaltende Analysekraft und empirische Bedeutsamkeit der Begriffe Öffentlichkeit und Privatheit, obwohl ihre allgemeine soziologische Bestimmung noch aussteht.“ (Hahn/Koppetsch 2011: 8)

Exemplarisch sollen die Thesen Richard Sennetts (2002) und Jürgen Habermas' (1962) ausgeführt werden.

Richard Sennetts Buch „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität“ (2002) ist 1974 erstmals erschienen. Es ist ein politisches Buch, denn Sennetts Analyse ist keineswegs Selbstzweck. Vielmehr dient sein Fazit einer „Tyrannei der Intimität“ zugleich als Erklärungsansatz für eine weit-

reichende politische Apathie, die er als solche nie benennt, aber an vielen Stellen seines Buches beschreibt. Unter der Krise des öffentlichen Lebens versteht er „die fundamentalen Kräfte des Kapitalismus und des Säkularismus und auf der anderen Seite diese vier psychologischen Sachverhalte; unwillkürliche Charakterenthüllung, Überlagerung der öffentlichen Sphäre durch die private Vorstellungswelt, Abwehr durch Rückzug und, schließlich, Schweigen.“ (Ebd. 2002: 46) Die Konzentration auf das Persönliche ist laut Sennett ein Surrogat, eine Ersatzbefriedigung, die Bürger zu unkritischen Zuschauern degradiert. Derart ruhiggestellte Zuschauer stellen Macht und Machtverhältnisse nicht in Frage. Sie sind vielmehr damit beschäftigt, das Wesen des Politikers zu verstehen, seine Persönlichkeit zu psychologisieren, zu hinterfragen, ob der Politiker wohl ein guter Mensch ist. Das Wesen des Politikers ist die Währung, an der er fortan gemessen wird, nicht sein Handeln. Für Sennett führt dies zu einer Zementierung des Status quo: Politiker inszenieren Gefühle, sie stellen diese Regungen dar, wie Schauspieler es auf der Bühne tun. Aber sie tun dies, anders als Schauspieler, in manipulativer Absicht.

„Uns mag klar sein, dass die Aufgabe eines Politikers darin besteht, Gesetze zu entwerfen und sie auszuführen, aber seine Arbeit beginnt uns erst zu interessieren, wenn wir die Rolle seiner Persönlichkeit im politischen Kampf wahrnehmen. Einen politischen Führer, der sich um ein Amt bewirbt, nennt man ‚glaubwürdig‘ oder ‚legitim‘, man sieht also darauf, was für ein Mensch er ist, statt darauf, wie er handelt und welche Programme er vertritt. Das übermäßige Interesse an Personen auf Kosten der gesellschaftlichen Beziehungen wirkt wie ein Filter, der unser rationales Gesellschaftsverständnis verfärbt. [...] Er macht uns glauben, Gemeinschaft sei das Produkt gegenseitiger Selbstentblößung.“ (Ebd.: 17)

Es ist erst die Darstellung von Tränen, von Gefühlen, von Glaubwürdigkeit, die Politikern den Machterhalt sichert. Sie werden zu Stars. In der Politik „höhlt der Auftritt der Persönlichkeit die politische Substanz aus“ (ebd.: 354). Es ist dieser Gegensatz, der Sennetts Buch durchzieht: Eine von ihm konstruierte – und kaum begründete – Dichotomie zwischen Inhalt und Form, die von einer solchen Gegensätzlichkeit ist, dass beide Bereiche kaum übereinzubringen sind. Eine Beschäftigung mit den Motiven einer Person, mit dem, was Sennett Persönlichkeit nennt, verhindert demnach zwingend eine kritische Reflexion ihres Handelns. Etwas Positives kann Sennett den persönlichen Bezügen nicht abgewinnen. Er konstatiert vielmehr einen Verlust auf allen Ebenen: Der Politiker beschäftigt sich mit sich selbst – und begreift nicht einmal selbst seine Inszenierung als solche; die Bürger werden der Tyrannei der Intimität ausgesetzt, sie verlieren ihre sozialen Bezüge, weil – und auch das begründet Sennett nicht – eine Fokussierung auf die Privatheit private und soziale Beziehungen letztlich verhindert (vgl. ebd.:

427). Sennett ist der Überzeugung, dass die Betonung zwischenmenschlicher Beziehungen diese aushöhlt, gar unmöglich macht. Warum aber sollte die Fokussierung auf die Person des Politikers einer Auseinandersetzung mit den Inhalten und Machtverhältnissen entgegenstehen? Warum sollte es dem Politiker gelingen, die Bürger mit seiner Personalisierung zu betäuben? Die Rezipienten werden in Sennetts Werk degradiert zu gefühlsduseligen Allesschluckern gänzlich unpolitischer Botschaften. Sennett konzentriert sich auf eine historische Herleitung des Status quo auf der Ebene des Einzelnen, systemische Veränderungen blendet er fast durchgehend aus.

Jürgen Habermas legt in seinem „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (erstmal erschienen 1962) nahe, dass sich intakte Privatsphäre und funktionsfähige Öffentlichkeit gegenseitig bedingen: „Der öffentliche Bereich beschränkt sich auf die öffentliche Gewalt. [...] Im privaten Bereich ist auch die eigentliche ‚Öffentlichkeit‘ einbegriffen [sic!]; denn sie ist eine Öffentlichkeit von Privatleuten.“ (Habermas 1990 [1962]: 90) Bürgerliche Öffentlichkeit entsteht demnach aus den kommunikativen Strukturen des Privaten.

„Die Idee bürgerlicher Öffentlichkeit beruht auf der Vorstellung, daß jeder an politischen Entscheidungen kritisch und konstitutiv mitwirkt; daß sich also jeder daran beteiligt, gemeinsame Interessen festzustellen, zu artikulieren und durchzusetzen. Diese plebiszitäre Konzeption konnte jedoch nirgends dauerhaft realisiert werden, sondern scheiterte allenthalben an der Formalisierung von Partizipationsrechten, die bestenfalls nach den Regeln *repräsentativer* Demokratie erfolgte.“ (Westerbarkey 1991: 188; Hervorh. im Original)

Wie auch Sennett argumentiert Habermas normativ, die hellenische Öffentlichkeit besitzt demnach eine „eigentümlich normative Kraft“ (Habermas 1990 [1962]: 57). Er geht in Anlehnung an das Aufklärungsideal von einer deliberativen Öffentlichkeit aus, die er gleichsetzt mit der Ebene der Politik. Er beschreibt, wie Sennett, ein Aushöhlen der Öffentlichkeit („Tendenzen des Zerfalls der Öffentlichkeit sind unverkennbar“, ebd.: 57) und benennt dafür verschiedene Gründe: die Fokussierung auf Personen statt auf deren Handeln, die zunehmende Ausrichtung der Medien an wirtschaftlichen Faktoren, die Qualitätseinbußen bedingt (vgl. ebd.: 261ff.). Die Medien verlieren laut Habermas ihre Unabhängigkeit – und stehen einer Auseinandersetzung über Sachfragen entgegen. Die Funktion der Öffentlichkeit besteht demnach darin, die politische Macht zu kontrollieren. Der von ihm diagnostizierte Wandel der Öffentlichkeit basiert auf einer Vermischung von Öffentlichkeit und Privatheit, den Verfall lastet er der strategischen (PR-)Kommunikation an. Auch in diesem Punkt ähnelt seine Argumentationsweise der Richard Sennetts, was nicht verwundert, da Sennetts Arbeit an Habermas' Ausführungen anschließt. „Der Zerfall der Öffentlichkeit, der am Wandel

ihrer politischen Funktionen nachgewiesen wird, ist in dem strukturellen Wandel des Verhältnisses von öffentlicher Sphäre und privatem Bereich überhaupt begründet.“ (Habermas 1990 [1962]: 226) Das Eindringen der Privatheit in die Öffentlichkeit und der Wandel des Verhältnisses verhindern den deliberativen Diskurs. Die Differenzierung der Gesellschaft in unterschiedliche Systeme begreift Habermas – anders als Niklas Luhmann – als einen Grund für das Scheitern der Öffentlichkeit (vgl. ebd.). Habermas beschreibt eine „Gleichzeitigkeit von Destruktion und Konstruktion“ (Jäger/Weinzierl 2011: 29). Habermas und Sennett geht es vor allem um die Funktionen der Öffentlichkeit, die durch ein Eindringen des Privaten gefährdet sind. *Die Funktion der Privatheit besteht hier vor allem darin, gesellschaftlichen Wandel, verstanden als gesellschaftlichen Verfall, zu erklären.*

2.3.9 Zwischenfazit: Synopse der Funktionen der Privatheit

Worin bestehen die Funktionen der Privatheit? Welchen Mehrwert hat sie? Die analysierten Ansätze geben je unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Das Private ist negativ konnotiert oder als Residualkategorie vernachlässigt, weil es dem vermeintlich wichtigeren Öffentlichen entgegensteht und eine Vermischung der Sphären das Öffentliche zu zerstören droht. Einige der angeführten Ansätze beschreiben den Status quo und gehen entsprechend deskriptiv vor; andere, wie beispielsweise die feministische Kritik, haben eine stark normative Prägung. Hier geht es immer auch darum, wie die Dinge zu sein haben – aus einer subjektiven Sicht (vgl. Scholl 2008). Die obige Auflistung hat die Ansätze nach ihrer wissenschaftlichen Verortung und perspektivischen Ausrichtung unterschieden. Sie hat Ansätze differenziert, die sich mit Öffentlichkeiten befassen und solche, die primär Privatheit in den Blick nehmen. Die Funktionen der Privatheit bestehen demnach darin:

- Freiheit und Autonomie des Einzelnen zu schützen,
- Öffentlichkeit zu ermöglichen,
- Zivilgesellschaft zu erklären und zu fördern,
- Themen und Perspektiven für die gesellschaftliche Debatte in den Diskurs einzubringen,
- die Etablierung eines Selbst zu ermöglichen und zu schützen,
- Selbstverwirklichung zu ermöglichen,
- Wissen um die eigene Person zu regulieren,
- gesellschaftlichen Wandel und gesellschaftlichen Verfall zu erklären.

Erst in der Zusammenschau wird deutlich, aus welchen unterschiedlichen Motiven ein Schutz der Privatheit für wünschenswert erachtet wird. Weintraub kommt zu

dem Schluss, dass die Dichotomie privat – öffentlich nicht geeignet ist, um die Zustände moderner Gesellschaften zu beschreiben. “When used as a comprehensive model of social life, such binary frameworks will always prove inadequate – both theoretically and normatively – to the complexity of modern societies.” (Weintraub 1997: 34) Ziel dieser Untersuchung ist es folglich nicht, die Funktionen der Privatheit aus der Unterscheidbarkeit von der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Welche Grundgedanken lassen sich aus den Ansätzen ableiten? Der *Freiheits- und Autonomiebegriff* des Liberalismus dient als Grundlage der weiteren Argumentationen. Nur wenn Privatheit mit Freiheit einhergeht, umfasst sie eine schützenswerte Kontingenz. Jeder kann den privaten Bereich ausgestalten, wie er will – solange er keinem anderen Schaden zufügt. Nur *weil* es unterschiedliche Antworten auf die Frage gibt, wie das private Leben strukturiert wird, ist dieser Bereich schützenswert und eine Grundlage der Individualität, wie sie die psychologischen Ansätze postulieren. Erst die Möglichkeit der Vielfalt sichert somit Einzigartigkeit. Diese ist entsprechend der psychologischen Ansätze wichtig, damit das Selbst – jenseits der Rollen- und Funktionserwartungen – sich herausbilden kann. Der Schutz der Privatheit ist von Bedeutung, weil sie Wissen um die Person umfasst. Der Zugang zur Privatheit ist schützenswert, weil die privaten Informationen von Bedeutung sind für das Selbst. Freiheit – Autonomie – Kontingenz – Wissen(-skontrolle) – Selbst sind untrennbar miteinander verknüpft. Sie bilden als Funktionen die Grundlage der entwickelten Definition. Mittelbar wird über dieses Verständnis der Privatheit auch stets Öffentlichkeit beeinflusst. Eine Beeinflussung der Öffentlichkeit soll, anders als bei Sennett und Habermas und weiteren Skeptikern, nicht als Kontamination begriffen, sondern als wechselseitige Durchdringung analysiert werden.

2.4 Definition der Privatheit

Die Definition der Privatheit umfasst die Annahmen, dass Privatheit *Wissen um eine Person* jenseits ihrer Funktion und Rolle ist, das durch die *Kontrolle der jeweiligen Person* vor dem unbefugten Zugang Dritter *geschützt* ist. Die Funktion der Privatheit besteht darin, die *Freiheit* und somit die *Autonomie* des Einzelnen zu schützen, und mithin die eigene *Identität* und das Selbst, indem der Einzelne steuern kann, was er in welchem Moment von sich preisgibt.

Die dieser Arbeit zugrunde liegende Definition lautet daher:

Privatheit ist die auf Freiheit basierende Möglichkeit, Zugang zu Informationen, welche die eigene Person betreffen, zu kontrollieren, um die (Deutungs-)Hoheit über das Selbst und seine Inszenierung zu bewahren.

2.4.1 *Elemente der Definition*

Diese Definition basiert auf Annahmen, die sich aus den verschiedenen Definitionen und Ansätzen zur Privatheit ableiten lassen. Die Kernbegriffe der Definition werden näher erläutert:

2.4.1.1 Freiheit

Freiheit ist die Bedingung der Privatheit, denn erst die Freiheit ermöglicht Kontingenz. Hier wird noch einmal deutlich, dass die Entstehung der Privatheit eng verbunden ist mit der Entstehung und den Forderungen des Liberalismus. Erst die Garantie eines Freiheitsraumes, eines – ob lokal oder ideell verstandenen – geschützten Bereiches, ermöglicht die Entstehung von Privatheit. Die Privatheit braucht den Schutz, um Freiheit zu ermöglichen. Ein Angriff auf die Privatheit ist demnach häufig im selben Maße ein Angriff auf die Freiheit des Einzelnen. Die Freiheit sichert die Wahrung der Kontingenz – der Einzelne kann seine Privatheit ausgestalten wie er will, wie es seinem Selbstbild entspricht. Die Privatheit ist folglich schutzbedürftig, *weil* es diese Kontingenz gibt – und sie ist auch nur deshalb aussagekräftig und damit von Interesse. Weil wir wissen, dass der geschützte Bereich des Privaten in weiten Teilen frei ist von Konventionen, von öffentlichen Rollen- und Funktionserwartungen, er somit Kontrollverlust und Willensäußerungen ermöglicht, macht eine Veröffentlichung von Privatheit Sinn, da die Privatheit Informationen über die Person vermittelt, die sonst kaum gewonnen werden können. In der Privatheit geht es um die Person und ihre Persönlichkeit – im Gegensatz zur Rolle und Funktion, die stets öffentlich sichtbar werden (siehe Abschnitt 3.1). Die Privatheit bildet somit den Teil der Person ab, der nicht auf Anhieb öffentlich wahrnehmbar, aber in und durch sich selbst aussagekräftig ist. Die mediale Veröffentlichung von Privatheit ist stets etwas originär anderes als die Privatheit, aber sie nimmt Anleihen in dem Privaten und rückt das reflexive Moment der Selbstdarstellung in den Mittelpunkt. Es geht folglich immer auch um die Frage, wie der Einzelne gesehen werden will. Auch wenn er freilich seine Wirkung nicht vollumfänglich durch sein Handeln kontrollieren kann. Die Privatheit ist somit eher Ausdruck des Selbst, als es Rolle und Funktion sind. Die Freiheit ist Bedingung des Ausdrucks des Selbst.

2.4.1.2 Informationen

Die Privatheit ist schützenswert, weil sie Wissen um die Person umfasst und dieses Wissen als schützenswert, weil aussagekräftig betrachtet wird. Es wird davon ausgegangen, dass eine Unterscheidung verschiedener Ebenen der Privatheit (vgl. u. a. Rössler 2001) nicht weiterführend ist, da es letztlich auf allen Ebenen um Informationen über die Person geht. So schützt der Einzelne beispielsweise

Haus oder Wohnung auf profane Weise durch eine Hecke oder durch Gardinen vor den unerwünschten Blicken und somit dem Zugang Dritter. Es geht auch hier darum, Informationen über die eigene Person kontrollieren zu können. Gleiches betrifft private Entscheidungen. Sie haben einen privaten Charakter, weil auch sie Informationen über die eigene Person enthalten; oder auch Daten, die beispielsweise Rückschlüsse darauf zulassen, ob der Einzelne vermögend ist oder nicht. Privatheit bedeutet diesem Verständnis zufolge nicht, dass jegliches Wissen über die Person vor Dritten verborgen werden soll. Auch private Informationen können geteilt werden, private Informationen können immer auch öffentlich werden. Das Moment der Zugangskontrolle impliziert, dass Privatheit einen dynamischen Charakter hat. Der Einzelne kann in jeder Situation neu darüber entscheiden, wie viel Kontrolle er wem gegenüber ausüben will, wem er wie viel Zugang zu Informationen gewähren will.

Die private Information über die Person umfasst, um im Bild zu bleiben, den Teil des Eisbergs, der unterhalb der Wasseroberfläche liegt, das heißt für die Öffentlichkeit nicht leicht zu erkennen ist. Den Teil oberhalb der Wasseroberfläche machen Rollen- und Funktionsausübung und Konventionen aus. Die Privatheit ist aussagekräftig, *weil* sie Informationen über die Person umfasst, die nicht leicht und allgemein zugänglich sind. Das Moment des Wissens um die Person hat einen reflexiven Charakter. Der Einzelne versucht dieses Wissen zu kontrollieren, weil die Preisgabe des Wissens mit Reaktionen beim Beobachter verbunden ist. Der Beobachter formt sich sein Bild der Person aus dem Wissen, das er über sie gewinnen kann. Dieses Bild ist stets unterkomplex, weil nie vollständiges Wissen über eine Person erlangt werden kann. Personenwahrnehmungen basieren daher auf Generalisierungen (siehe Kapitel 6).

2.4.1.3 Zugangskontrolle

In der Zugangskontrolle zeigt sich die Macht des Einzelnen. Sie ist Ausdruck von Freiheit und Kontingenz, der Einzelne hat stets Handlungsalternativen. Die Handhabung dieser Zugangskontrolle ist kulturellem, sozialem, zeitlichem und situativem Wandel unterworfen. Die Zugangskontrolle manifestiert sich auf abstrakter Ebene auch im Rechtssystem, das festlegt, welche Bereiche der Privatheit vor dem Zugang Dritter geschützt sind (beispielsweise durch Tatbestände wie Hausfriedensbruch).

Bei der Kontrolle des Zugangs handelt es sich um die Kontrolle über Informationen. Diese ist entscheidend, weil der Einzelne davon ausgehen kann, dass sich ein Beobachter anhand der ihm zur Verfügung stehenden Informationen ein Bild vom Kommunikator macht und diesen bewertet. Der Einzelne kann unterstellen, dass das Wissen Dritter nie ausreichend ist, um dieses Bild adäquat zu vervollständigen. Es handelt sich bei dem Versuch der Selbstdarstellung – wenn

auch oft unbewusst – stets um eine Fiktion. Der Einzelne hat nicht in der Hand, wie er wahrgenommen wird. Ihm ist somit daran gelegen zu entscheiden, wem er wie viel und was von sich preisgeben will. Es geht bei der Zugangskontrolle, und somit bei Privatheit, immer um ein Austarieren von Nähe und Distanz. Valerian J. Derlega und Alan L. Chaikin haben 1977 in einem innerhalb der Psychologie viel beachteten Aufsatz darauf hingewiesen, dass Privatheit eng mit der Offenbarung privater Informationen verknüpft ist. Die Zugangskontrolle wird also auch ausgeübt, indem Informationen über die eigene Person kommuniziert werden.³³ Der Begriff der Zugangskontrolle impliziert, dass diese Kontrolle ausgeübt werden *kann*, aber nicht *muss*. Dieses Verständnis widerspricht Ansichten, die Privatheit als etwas begreifen, das „mit niemand anders geteilt wird“ (Burkart 2009: 22). Die Kontrolle wird nicht zwingend aufgegeben, wenn Zugang gewährt wird: Es kann verschiedene Gründe geben, die Kontrolle niedrig anzusetzen, sie zu lockern. Der Einzelne kann trotz Gewährung des Zugangs Kontrolle über die Deutungshoheit seiner Selbstinszenierung bewahren.³⁴

Privatheit wird laut der Definition gewährt, wenn der Einzelne frei darüber entscheiden kann, was er von sich mitteilen will und was nicht. “In our view privacy represents control over the amount of interaction we choose to maintain with others. If one can choose how much or how little to divulge about oneself to another voluntarily, privacy is maintained.” (Derlega/Chaikin 1977: 102) Der Prozess der Zugangskontrolle wird auch ausgeübt durch self-disclosure, verstanden als “verbal transmission of information about oneself” (ebd.: 103). Die Offenbarung kann danach unterschieden werden, wie tiefgründig oder oberflächlich die vermittelten Informationen sind und in welchem Umfang sie preisgegeben werden. Wird die Zugangskontrolle hoch angesetzt, wird kaum etwas oder nur Oberflächliches kommuniziert. Die Offenbarung ist laut den beiden Autoren abhängig von zwei Grenzen, deren Funktionsweise gleicht einer Schleuse: Der Einzelne offenbart nur dann private Informationen (und öffnet den Zugang zu seiner persönlichen Schleuse) gegenüber Dritten, wenn er davon ausgeht, dass diese die Informationen für sich behalten (und somit deren Schleuse geschlossen ist). Ist auf die Vertraulichkeit kein Verlass (weil die Schleuse des Beobachters durchlässig ist), bleibt die persönliche Schleuse geschlossen und der Einzelne offenbart keine bzw. weniger oder rein oberflächliche private Informationen (siehe Abb. 4). Derlega und Chaikin bezeichnen die äußere Grenze als dyadische Grenze (so auch Altman 1973).

33 Da es unvermeidlich ist, dass andere sich einen Eindruck über den Beobachteten bilden, begreift die Systemtheorie die Kontrolle der Kontingenz als Ausdruck der Autonomie des Einzelnen.

34 Die Selbstinszenierung kann Ziel der Lockerung sein, beispielsweise in Form von Impression Management.

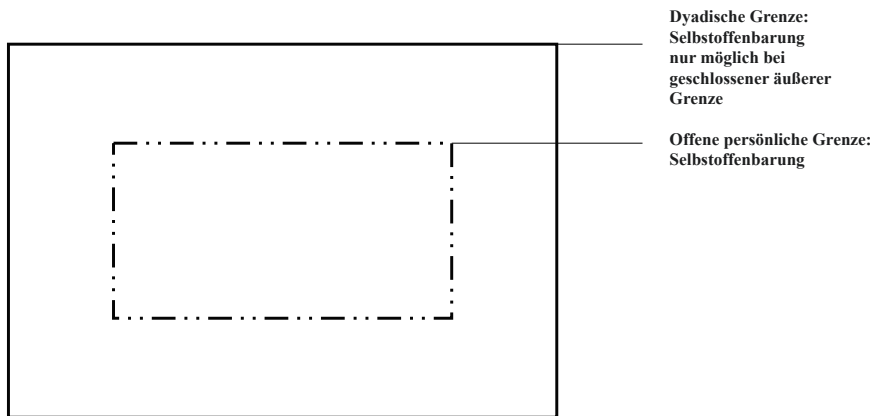


Abbildung 4: Grenzen der Selbstoffenbarung (Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Derlega/Chaikin 1977)

An dieser Stelle wird noch einmal deutlich, dass Privatheit eine reflexive Größe ist: Zum einen erwarten wir durch die Veröffentlichung, also durch die Kommunikation privater Informationen, eine Reaktion des Beobachters. Der Einzelne macht sich verletzlich und angreifbar, wenn er etwas über sich mitteilt. Privatheit bedingt Reziprozität: Das Handeln des Einzelnen hat Auswirkungen auf das Handeln des Beobachters. Insofern kann Zugang auch gewährt werden, um einen bestimmten Effekt zu erzielen, beispielsweise selbst Informationen zu erlangen und Zugang gewährt zu bekommen. "Persons tend to adhere to a reciprocity norm to the extent that they match openness with openness and concealment with concealment." (Derlega/Chaikin 1977: 106) Vertrauenswürdigkeit macht die Offenbarung privater Informationen wahrscheinlicher. Gleichzeitig braucht es Wissen um die Person, um vertrauen zu können³⁵ (siehe Abb. 5).

³⁵ Imhof (1999) spricht in diesem Kontext vom Aufbau einer Vertrauensbeziehung. Vertrauen und Vertraulichkeit werden in dieser Arbeit nicht synonym verwendet, eine Abgrenzung findet sich in Abschnitt 5.2.2. Entscheidend aber ist, dass Imhof als einer von wenigen Autoren Privatheit als soziale und reflexive Größe begreift.

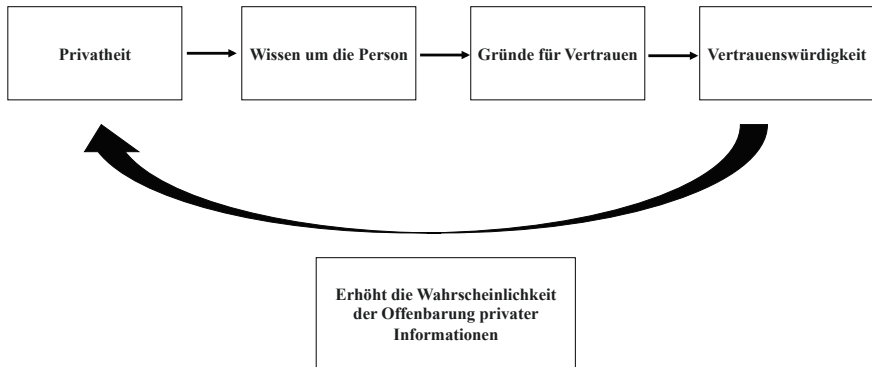


Abbildung 5: Zyklisches Verhältnis von Privatheit und Vertrauenswürdigkeit (Quelle: eigene Darstellung)³⁶

Private Informationen sind für soziale Beziehungen wertvoller als öffentliche Informationen, weil diese allen zugänglich sind – der Einzelne also davon ausgehen kann, dass dieses Wissen um seine Person kollektiven Charakter hat. Der begrenzte Zugang zu privaten Informationen bedingt ihren Charakter als wertvolles, weil knappes Gut – das „vielen Versagte“ ist „etwas besonders Wertvolles“ (Simmel 1993: 318). Das gilt sowohl für interpersonale als auch für parasoziale Beziehungen.³⁷ Wird die Zugangskontrolle niedrig angesetzt, geht dies einher mit einem Vertrauensvorschuss. Das Preisgeben privater Informationen ist auf sozialer Ebene immer schon eine Aussage an sich – unbesehen des Inhalts. “When another person reveals himself to you, you are likely to conclude that he likes and trusts you. [...] A common motivation in such a situation is to demonstrate to the other person that his affection and trust are well placed.” (Rubin 1973: 163). Wird die Zugangskontrolle niedrig angesetzt und privates Wissen kommuniziert, so wird auch die persönliche Grenze durchlässig und diese auf die Grenze des Beobachters delegiert. Somit geht auch die Kontrolle über dieses Wissen auf den Beobachter über. In der Einbeziehung Dritter in privates Wissen und die Ausweitung der persönlichen Grenze ist die Verletzlichkeit des Einzelnen begründet. Privatheit, verstanden als Zugangsbeschränkung und Übernahme der Verantwortung in einer kontingenten Situation, beinhaltet auch das Moment der Kontrolle – nämlich der Fähigkeit des Einzelnen, andere von diesem Wissen

36 Zur besseren Veranschaulichung des Zusammenhangs von Privatheit und Vertrauenswürdigkeit wird an dieser Stelle auf eine Differenzierung von privater Privatheit, kommunizierter Privatheit und medial inszenierter Privatheit verzichtet.

37 So wird für die Beschaffung privater Informationen und Daten (beispielsweise im Fall der Steuersünder-CDs) viel Geld bezahlt.

um die Person auszuschließen. Der Einzelne kann den Zutritt verwehren. Insofern ist es erst die Zugangskontrolle, die den Kontrollverlust möglich macht – weil sie den privaten Bereich schützt.

Bei öffentlichen Personen wird der von ihnen selbst eingeräumte Zugang als Maßstab dafür gesehen, welchen Zugang andere künftig haben dürfen.³⁸ Das Niveau der Zugangskontrolle durch den Einzelnen ist somit der Maßstab, an dem das Handeln Dritter, die auch wider den Willen des Einzelnen private Informationen über ihn veröffentlichen, gemessen wird. Die Möglichkeit der Zugangskontrolle impliziert, dass der Einzelne auch dann Privatheit ausüben kann, wenn er anderen einen Zugang zu privaten Informationen gewährt, sofern er selbst darüber entscheidet.

2.4.1.4 Deutungshoheit

Warum ist Privatheit schützenswert? Weil der Einzelne nur auf diesem Wege eine Kontrolle darüber hat, wie er sich selbst gegenüber anderen inszenieren will und somit Macht über seine Selbstdarstellung behalten kann. Er kann selbst darüber entscheiden, wie er in der Öffentlichkeit gesehen werden will. Dieses Recht ist verletzt, wenn er ohne sein Wissen beobachtet wird (durch Spionage, durch Paparazzi) und somit der Möglichkeit beraubt wird, selbst zu entscheiden, ob überhaupt und, wenn ja, welche Bereiche seines Privatlebens er veröffentlichen³⁹ will und in welcher Form. Diesem Gedanken liegt die Fiktion zugrunde, dass wir durch die Art der Inszenierung deren Wirkung mit beeinflussen können. Sobald aber Zugang eingeräumt wird, Informationen geteilt werden, wird Privatheit in Teilen öffentlich und somit reflexiv. Das Offenbaren privater Informationen ruft Wirkungen hervor und sorgt dafür, dass der Einzelne mit den Wirkungen der Informationen konfrontiert ist. Indem private Informationen kommuniziert werden, macht sich der Einzelne angreifbar, da er die Deutungshoheit aus der Hand gibt.⁴⁰

Der Beobachter kann sich ein eigenständiges Bild vom Kommunikator machen. Und dieses kann der Selbstwahrnehmung des Kommunikators widersprechen. Eine solche Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung versuchen Personen zu vermeiden. Sie sind an einem kongruenten, möglichst positiven Bild von sich interessiert. Ein Verlust der Deutungshoheit ist in einer Situa-

38 Durch die intendierte, mediale Veröffentlichung von Privatem wird die Kontrolle des Einzelnen aus der Hand gegeben, er hat somit im juristischen Sinne einen Teil der Kontrolle verwirkt. Der Einzelne muss sich juristisch daran messen lassen, was er selbst über sich preisgegeben hat.

39 Veröffentlichen meint in diesem Kontext nicht nur eine mediale Veröffentlichung, sondern generell ein Teilen der Informationen mit Dritten, das durch Kommunikation ermöglicht wird.

40 Dies gilt unabhängig davon, wie groß der Kreis der ‚Mitwisser‘ ist.

tion unzureichenden Wissens darüber, ob der Rezipient vertrauenswürdig ist, ein Risiko. Insofern ist das Gewähren von Zugang zur Privatheit riskant. Der Kommunikator weiß nicht, was der Rezipient mit dem gewonnenen Wissen macht, er wird verletzbar. Von einer anderen Warte betrachtet, bedeutet dies auch, dass Privatheit die Macht des Einzelnen ist, darüber zu entscheiden, wem gegenüber er sich in welcher Form offenbaren will. Vor der Kommunikation privater Informationen liegt die Macht beim Kommunikator. Mit der Preisgabe der Informationen wandelt sich die Macht in Verletzbarkeit. Die Macht liegt nun beim Beobachter. Sie resultiert aus der Möglichkeit der Bewertung des Handelns und Entscheidens durch den Rezipienten – also der Deutungshoheit über das Wissen um eine Person.

2.4.1.5 Inszenierung, Anschlussfähigkeit und Reflexivität

Diese Definition der Privatheit schließt die Rezipienten mit ein. Privatheit wird als eine Zuschreibung begriffen, die konstruiert wird. Der Beobachter muss erkennen, dass es sich um private Informationen handelt. Er muss erkennen, dass ihm Zugang zu einem sonst verschlossenen Bereich gewährt wird. Erst wenn dies der Fall ist, kann eine Information als privat entschlüsselt werden.⁴¹

Die Veröffentlichung bedarf der Beobachter, welche die Information aufnehmen. Auf Wirkung bedachte Darstellung ist Inszenierung. Nur weil die Beobachter zwingend mitgedacht werden, handelt es sich um eine Inszenierung. Privatheit schließt die Möglichkeit einer Kommunikation stets mit ein. Diese kann innerhalb einer Zweierbeziehung geschehen, die durch Reziprozität gekennzeichnet ist (kommunizierte Privatheit), aber auch gegenüber einem anonymen Kreis von Rezipienten, massenmedial (mediale Inszenierung von Privatheit). Die Verständigung darüber, welche Bereiche der Privatsphäre zuzuordnen sind, ist nach dieser Definition eine gesellschaftliche. Es sind Normen, Werte und auch Gesetze, die festlegen, welche Bereiche Teil der Öffentlichkeit werden (und welcher (Teil-)Öffentlichkeit) und welche gesetzlich sanktioniert werden. Die Datenschutzregelungen stellen sicher, dass Kommunikation vor dem Zugriff Dritter geschützt ist. Gleichzeitig soll auch die Öffentlichkeit vor bestimmten privaten Äußerungen geschützt werden. Der Einzelne hat somit nicht nur die Möglichkeit, sondern mitunter sogar die Pflicht der Kontrolle. Das Wissen eines Beobachters, der Informationen als privat dechiffriert, beinhaltet auch das Wissen um die Kontingenzt: Der Beobachtete hätte sich in seiner Privatheit auch ganz anders verhalten können. Die Freiheit ist Bedingung der Möglichkeit stets kontingenten Verhaltens.

41 Dies ist zum Beispiel bei einem Beobachter aus einem anderen Kulturkreis denkbar (vgl. Altman 1977), das Verständnis von Privatheit variiert kulturell und historisch.

2.4.2 *Private Privatheit, kommunizierte Privatheit, medial inszenierte Privatheit*

Diese Untersuchung hat medial veröffentlichte Inszenierungen von Privatheit zum Thema.⁴² Freiheit sichert Handlungs- und Entscheidungsoptionen, also Kontingenzen. Erst mit dem Wissen um die Kontingenzen ist schlüssig, dass derjenige, der über sein Privatleben spricht, Wissen über sich preisgibt (1) und einen Zugang gewährt, also Kontrolle im Sinne von Deutungshoheit in diesem Bereich an den Beobachter abgibt (2). Privatheit umfasst somit eine Wissensebene und eine Beziehungsebene. Sie sagt etwas über den Beobachteten (Wissensebene) und über die Beziehung von Beobachtetem und Beobachter (Beziehungsebene) aus.

Privatheit als Zuschreibung basiert auf dem Wissen, dass der Einzelne sich auch anders hätte verhalten und Informationen für sich hätte behalten können. Die Kommunikation von Privatheit ist stets auch eine Aussage über das Verhältnis von Akteur und Beobachter. Privatheit ist keine Eigenschaft, sondern eine Zuschreibung. Ihr kommt eine soziale Funktion zu, die der Kommunikation bedarf: Privates muss beobachtbar sein können, wenn es mehr sein soll als Arkanes.

Wie bereits ausgeführt worden ist, hat der Einzelne über die Zugangskontrolle die Möglichkeit, Privates für sich zu behalten oder auch zu kommunizieren. Entsprechend sollen, in Abhängigkeit vom Grad der Kommunikation, private Privatheit, kommunizierte Privatheit und medial inszenierte Privatheit unterschieden werden (siehe Abb. 6).⁴³ Es handelt sich nicht um reine Typen, vielmehr wird die Dreiteilung aus heuristischen Gründen vorgenommen. Die Differenzierung wird nicht aufgrund des Inhalts bzw. der Beschaffenheit einer Information getroffen, sondern in Abhängigkeit vom Grad der Kommunikation *über*

42 Ein Eindringen Dritter in die Privatheit, das dem Willen des Einzelnen widerstrebt, ist nicht der Fokus dieser Arbeit. Sie wird nur am Rande thematisiert, wenn es beispielsweise darum geht herzuweisen, dass prominente Akteure ihr Recht auf Privatheit juristisch verwirken können, indem sie private Informationen instrumentalisieren und veröffentlichen. In der Folge können sie einen geringeren Schutz der Privatsphäre für den Fall beanspruchen, dass Dritte Informationen aus ihrem privaten Bereich veröffentlichen wollen. Privatheit verstanden als Möglichkeit der Zugangskontrolle Einzelner impliziert, dass diese Kontrolle durch Dritte ignoriert und die gesetzte Grenze durchbrochen werden kann – beispielsweise durch ein Abhören von Telefongesprächen, ein Eindringen in die Wohnung oder auch die Veröffentlichung von Paparazzi-Bildern. Diese verletzen das Recht des Einzelnen, darüber zu entscheiden, welches Wissen über seine Person er teilen will und welches nicht. Verletzt wird auch die Möglichkeit des Einzelnen, Hoheit über seine Selbstinszenierung zu wahren.

43 Private Privatheit ist nicht gleichzusetzen mit Intimität, da auch intime Informationen kommuniziert werden können (kommunizierte Privatheit) und dadurch nicht zwingend ihren intimen Charakter einbüßen.

sie in interpersonalen Kontexten voraus, dass der Kommunikator dem Beobachter vertraut. Gleichzeitig macht das vermittelte Wissen um eine Person Vertrauen wahrscheinlicher. Die Kommunikation über Privates und die Generierung von Vertrauen bedingen sich gegenseitig. Mit dem Wissen um seine Person gibt der Einzelne einen Teil der Deutungshoheit seiner Geschichte bzw. seiner Persönlichkeit scheinbar aus der Hand: Er macht sich verletzbar,⁴⁵ deshalb braucht er Vertrauen.

Auf der Ebene der Massenmedien wird in Abgrenzung dazu von einer Inszenierung gesprochen. Den Inszenierungsbegriff wird Kapitel 3 detailliert beleuchten und problematisieren. Der Begriff der Inszenierung ist von Bedeutung, da er die intendierte Wirkung einer Darstellung in den Mittelpunkt rückt. Die mediale Inszenierung von Privatheit steht im Fokus dieser Arbeit. Die medial vermittelte Selbstoffenbarung ist im Interesse der Redaktionen, denn die Darstellung von Privatem hat einen hohen Nachrichtenwert. Dies gilt vor allem, wenn sie einhergeht mit dem Nachrichtenfaktor der Prominenz (vgl. ausführlich Loosen 2011 und 2012). Loosen hebt darauf ab, dass es sich meist um eine „Fremdoffenbarung“ (2012: 54) durch Dritte, also Journalisten handle. Dies ist jedoch nicht zwingend der Fall. Vielmehr liegt es auch im Interesse prominenter Akteure, Details ihres Privatlebens medial zu thematisieren und zu inszenieren. Es handelt sich also auch um eine *Selbstoffenbarung* oder *Selbstinszenierung*.

Um diese Inszenierungen analysieren zu können, ist eine Unterscheidung von privater Privatheit und medial inszenierter Privatheit (als analytischer Heuristik) unabdingbar. Indem Privatheit medial inszeniert wird, wird sie öffentlich und erzeugt damit Wirkungen. Privatheit verspricht eine Schlüssellochperspektive, da es sich um Wissen um die Person handelt und nicht um Wissen, das eine Funktions- oder Rollenausübung zum Inhalt hat.

Christian Pundt unterscheidet eine „Inszenierung des Privaten“ von dem „Privaten in der Inszenierung“ und spricht von „medialisierter Privatheit“ (2008: 235), nutzt diese Unterscheidung jedoch nicht für eine weitergehende Analyse. Die soziale Funktion der Privatheit lässt er außer Acht. Die „Inszenierung des Privaten“ legt den Fokus auf die Öffentlichkeit, während „das Private in der Inszenierung“ den Blick auf das Private lenken soll. Pundt versäumt es, den Mehrwert einer solchen Unterscheidung darzulegen. Zumal kritisch angemerkt werden kann, dass es sich um eine weitere Aktualisierung der Dichotomie handelt, die recht bemüht versucht, das Konstrukt der Privatperson einzuführen und festzulegen, „ab welchem Punkt das Private aufhört ‚privat‘ zu sein“ (ebd.: 236). Neben der Schwierigkeit, dies zu bestimmen, bleibt die Frage, was gewonnen wäre,

45 Vertrauenswürdigkeit setzt genau hier an: Die Vertrauensdelegation ist riskant, daher braucht sie Gründe, mit denen der Vertrauensgeber die Gewährung von Vertrauen legitimieren kann.

könnte ein solcher Verlust spezifiziert werden. Der Unterscheidung wird daher nicht gefolgt. Vielmehr soll, wie bereits ausgeführt worden ist, das Private als Bedingung von Sozialität näher untersucht werden.

„Weder das vollständige Nichtwissen voneinander, noch die lückenlose Transparenz ermöglichen ein soziales Zusammenleben, sondern es sind verschiedene Grade des Kennens, die ein Spannungsverhältnis unterschiedlicher Sozialbeziehungen schaffen.“ (Schneider 2004: 159)

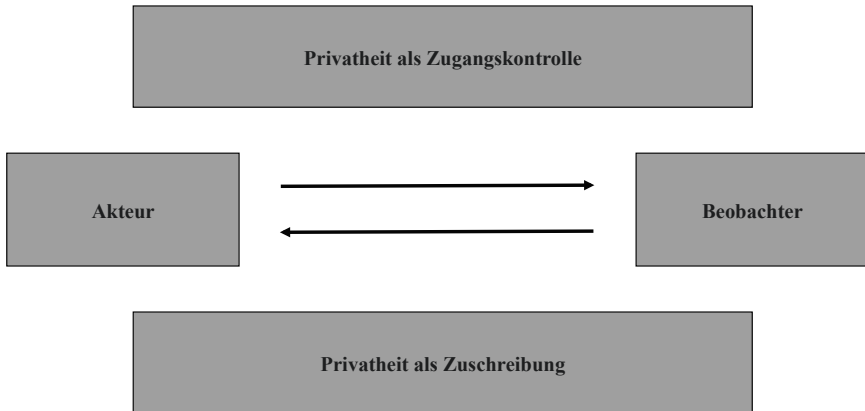


Abbildung 7: Reflexive Kontingenz veröffentlichter Privatheit (Quelle: eigene Darstellung)

Der Kommunikation über Privates liegt die Einsicht zugrunde: Der Einzelne hätte die Freiheit, sich auch anders zu verhalten. Insofern ermöglicht Privatheit Wissen um die Person in doppelter Weise, sie ist in zweifacher Weise kontingent:

- Zum einen ermöglichen die privaten Informationen einen Rückschluss darauf, wie der Einzelne sein Leben gestaltet. Dieses Wissen gibt es nur, weil das Handeln des Akteurs kontingent ist und der Beobachter um diese Kontingenz weiß. Es handelt sich um reflexive Kontingenz. Der Beobachter erfährt etwas über die Entscheidungen des Einzelnen angesichts unbegrenzter Wahlmöglichkeiten: wie er wohnt – und wie eben nicht; wo er sich zurückzieht – und wie er unter Leute geht; was für einen Partner er gewählt hat – und welchen nicht; welche schweren Momente des Lebens er wie gemeistert hat etc. Auf dieser Ebene sagt die Gewährung von Einblicken in das Privatleben eines Dritten mittelbar auch etwas darüber aus, wie der Einzelne gesehen werden will. (Wissensebene; zu verorten vor allem auf der Ebene privater Privatheit.)

- Zum anderen müsste der Einzelne private Informationen nicht von sich aus preisgeben und teilen. Privatheit ist, und das sei an dieser Stelle noch einmal betont, eben nicht das Gegenteil von Wahrnehmung und Darstellung. Sie ist entgegen eines alltagsrealistischen Verständnisses nichts zwingend Arkanes, sondern erfüllt eine soziale Funktion. Die Gewährung von Einblicken in das Privatleben eines Dritten sagt etwas aus über die Beziehung zwischen Akteur und Beobachter. (Beziehungsebene; zu verorten vor allem auf der Ebene kommunizierter Privatheit.)

Die medial inszenierte Privatheit spielt mit den Konnotationen, die aus einem alltagsrealistischen Verständnis der privaten Privatheit und der kommunizierten Privatheit abgeleitet werden können:

„Das, was wir in den Medien wahrnehmen, ist also stets eine mediale Konstruktion von Privatheit, genauer gesagt: von Themen, die beispielsweise von einem Medienkritiker, einer Politikerin, einem Nutzer etc. als (eigentlich) privat, nicht öffentlich relevant oder als Privatsphäre verletzend qualifiziert werden.“ (Loosen 2012: 52)

Die Privatheit wird verstanden als Ort der Unverstelltheit, in der ein Agieren jenseits der professionellen Rolle möglich ist und Kontrollverluste nicht geahndet werden und daher möglich sind. Es handelt sich um die *Paradoxie des Kontrollverlustes*: Die Privatheit ermöglicht einen hohen Schutz, der Einzelne kann die Zugangskontrolle hoch ansetzen und muss nichts von sich mitteilen; die Privatheit gewährt so Rückzugsorte (im Sinne Goffmans), in denen der Einzelne unbeobachtet sein kann (private Privatheit). Privatheit ist die Sphäre, die einen Kontrollverlust ermöglicht (professionelles Rollenhandeln und -erwartungen haben keine Bedeutung), da der Einzelne sich hier nur einer von ihm gewählten sozialen Kontrolle durch von ihm ausgewählte Beobachter aussetzt (kommunizierte Privatheit). Die Ausübung der Zugangskontrolle durch den Einzelnen ist Bedingung der Möglichkeit eines Kontrollverlustes. Je niedriger die Zugangskontrolle angesetzt wird, desto größer ist das mit einem Kontrollverlust verbundene Risiko. Die Inszenierung von Privatheit baut auf diesen Konnotationen auf: Im Privaten zeigt sich der Einzelne, *wie er wirklich ist*, jenseits seiner professionellen Rolle, unverstellt. Der medial dargestellte Kontrollverlust ist indes das genaue Gegenteil: die wohl kalkulierte Darstellung eines Kontrollverlustes – die einer immensen Kontrolle bedarf.

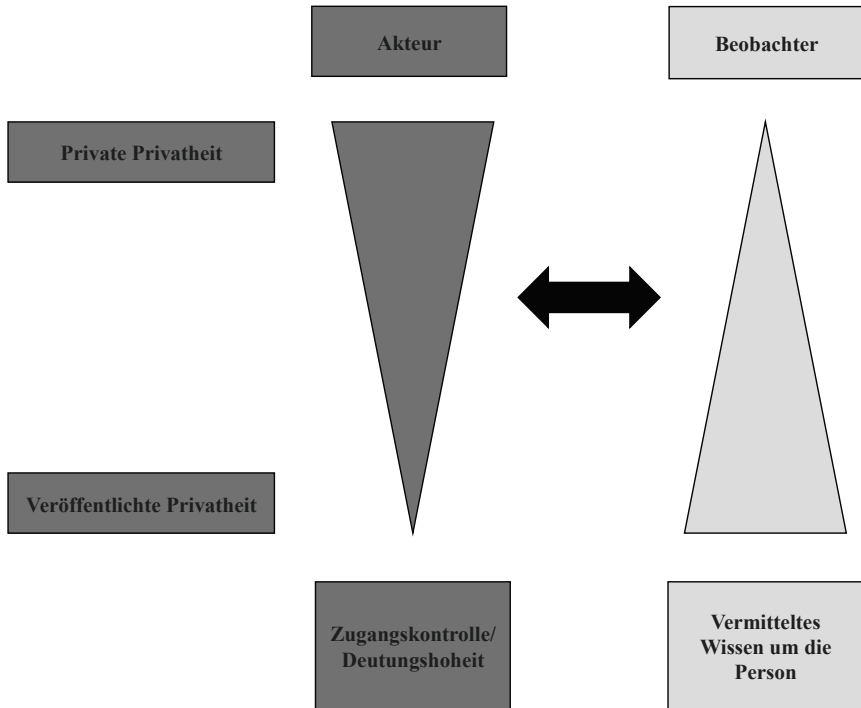


Abbildung 8: Verhältnis Zugangskontrolle – vermitteltes Wissen bei veröffentlichter Privatheit (Quelle: eigene Darstellung)

2.4.3 Abgrenzungen: Privatheit, Geheimnis, Intimität

“Though the extensions of private and secret overlap, they are not interchangeable concepts.” (Benn 1988: 269)

Die Zuschreibungen privat, geheim und intim werden in der Literatur häufig synonym verwendet (vgl. Prost 1993; Reinecke/Trepte 2008; Burkart 2009; Klaus 2001; Rosen 2001; Weiß 2002a/b/c) und unzureichend voneinander abgegrenzt. Teilweise findet eine Hierarchisierung statt, die Intimität als einen besonders privaten und somit besonders schützenswerten Bereich versteht (vgl. Burkart 2009; Weiß 2002a/b/c). Worin aber unterscheiden sie sich?

Es gibt keine einheitliche Definition dessen, was *Geheimnisse* sind; auch haben die einzelnen Definitionen kaum übereinstimmende Elemente, die sie auszeichnen. Es ist laut Margulis (2003a) lediglich das Moment des Verheimlichens, das alle Definitionen gemein haben: “The closest this review came to

finding a common element is the concept of concealment: the intentional hiding of something from others to prevent them from learning from it.” (Ebd.: 415) Der dieser Arbeit zugrunde liegenden Definition von Privatheit zufolge gibt es auch private Dinge, die geteilt und in ihrer Konsequenz wahrnehmbar werden (kommunizierte Privatheit). Die Privatheit ermöglicht es dem Einzelnen, darüber zu verfügen, wie viel Wissen er wem preisgeben will. Das Konzept der Privatheit impliziert also, dass der Einzelne den Zugang verwehren kann, es aber nicht muss. Benn konstruiert dagegen einen wenig hilfreichen Ansatz, wenn er Privates unterscheidet von Öffentlichem, das aber geheim ist: “Confidentiality operates as a norm-based protection both of what is private and what is public but secret.” (Benn 1988: 169) Nimmt man an, dass das Geheime basal auf eine restriktive Art der Kommunikation angewiesen ist, so ist es nicht überzeugend, das Geheime dem Bereich des Öffentlichen zuzuordnen. Was aber sind die Funktionen von Geheimnissen? „Sie schließen ein und aus, sie schützen und bedrohen, und ihr Verrat kann bestraft oder belohnt werden, je nachdem, wem er schadet oder nützt.“ (Merten/Westerbarkey 1994: 195)

Es gibt private Dinge, zum Beispiel Entscheidungen, die nicht zwingend auch geheim und deren Auswirkungen öffentlich sichtbar sind. Ein solches Beispiel ist die Partnerwahl: Eine private Entscheidung, die etwas über die Person aussagt und in der Konsequenz öffentlich sichtbar ist. Die Entscheidung ist privat, aber nicht zwingend geheim. Beate Rössler (2001) nennt das Beispiel der Kleiderwahl: Was ich trage ist eine private, aber keine geheime Entscheidung.

Es gibt also Überschneidungen zwischen dem Privaten und dem Geheimen, aber es gibt auch Bereiche, in denen das Geheime nicht privat ist und trotzdem nicht öffentlich, beispielsweise im Falle von Staatsgeheimnissen. Die Geheimhaltung setzt eine rigide Form der Zugangskontrolle voraus und ist somit gleichbedeutend mit einer hoch angesetzten Zugangskontrolle. Nur weil nicht alles, was privat ist, auch zwingend geheim ist, kann der Einzelne überhaupt über die Zugangskontrolle entscheiden. Wäre alles, was privat ist, auch geheim, gäbe es für den Einzelnen keine Option, die Zugangskontrolle zu lockern, dann bliebe alles immer verborgen. “Secrecy was the means of achieving privacy, and not the goal.” (DePaulo et al. 2003: 396) DePaulo übersieht bei dieser Abgrenzung, dass Geheimnis nicht auf Privates beschränkt ist. Laut Bok handelt es sich bei Privatem und Geheimem um sich überlappende Konzepte. Sie schreibt: “Privacy needs not hide; and secrecy hides more than what is private.” (Bok 1984: 11) Rössler schreibt bezogen auf das Geheime: „Hier finden sich [...] semantische Überlappungen, und zwar immer dann, wenn das Private angewiesen ist auf das vollkommene Verstecken und Verbergen: also auf das Geheimnis, wie etwa im geheimen Tagebuch oder auch im Wahlgeheimnis.“ (Rössler 2001: 17) Nur wenn etwas Geheimnis auch privat ist, enthält das Geheime auch Informationen

über die Person. Der Einzelne kann etwas Geheimes weitererzählen, ohne etwas über seine Person preiszugeben. Es gibt auch Geheimnisse, die keine Information über eine Person enthalten und keinen privaten Charakter haben (z. B. Betriebsgeheimnisse).

Privates und Geheimes eint die Möglichkeit der Zugangskontrolle durch den Kommunikator. An Abbildung 4 anknüpfend lässt sich sagen, dass beim Geheimnis die Anforderungen an die dyadische Grenze besonders hoch sind. Der Einzelne wird nur dann ein Geheimnis teilen, wenn er weiß, dass die äußere Schleuse beim Beobachter geschlossen ist. Das Geheime stellt somit hohe Anforderungen an die Reziprozität und das Vertrauen innerhalb der Beziehung von Kommunikator und Beobachter. Das impliziert eine weitere Gemeinsamkeit von Geheimnis und Privatheit: Privates und Geheimes können durch Dritte verletzt werden. Und beide machen den Kommunikator, wenn sie unkontrolliert öffentlich werden, verletzbar. Eine solche Verletzung dient auch immer einem Abgleich mit den sozialen Normen der Gesellschaft: Bewegt sich der Einzelne innerhalb dieses Systems oder außerhalb (vgl. Etzioni 1999; Petronio 2002)?

Psychologische Forschungen weisen darauf hin, dass sich Privatheit und Geheimnis im Hinblick auf die Kosten des Einzelnen unterscheiden: Der Aufwand, ein Geheimnis zu schützen, ist größer als der Aufwand, die Privatheit zu schützen. In der Psychologie wird das Aufrechterhalten eines Geheimnisses mit Angst und Stress in Verbindung gebracht, während Studien zur Privatheit herausstellen, dass sie positive Effekte hat für die Herausbildung der Identität des Einzelnen. Entsprechend unterscheidet sich auch die Funktion: Privatheit gilt als erstrebenswert und stressreduzierend, Geheimnisse zu haben gilt als aggressiver Akt des Vorenthaltens. Der Ausschluss anderer führt zu deren Kränkung. (Vgl. Margulis 2003a)

Das Geheime ist älter als das Private. Die Privatheit ist sozialgeschichtlich eine relativ neue Entwicklung. Das Geheimnis dagegen ist sehr viel älter, wie Joachim Westerbarkey in seiner Habilitationsschrift unter Rekurs auf Georg Simmel ausführt (vgl. Westerbarkey 1991). Westerbarkey hat den wohl elaboriertesten Ansatz zum Geheimnis vorgelegt. Zwar verweist der Begriff Geheimnis auf das Heim und somit auf die private Sphäre, trotzdem sind beide Begriffe nicht identisch (ebd.). Eine Unterscheidbarkeit zur Privatheit liegt in der Erwartung des potentiellen Beobachters begründet, denn auch das Geheimnis hat, wie die Privatheit, eine soziale Funktion. Simmel arbeitet die Bedeutung des Geheimnisses für die Intensität sozialer Beziehungen heraus. Seine Ausführungen sind wegweisend, da er die soziale Bedeutung der Diskretion und des Geheimnisses herausstellt, statt beide als Arkanes durch ihre Nicht-Zugänglichkeit zu definieren.

„Das Geheimnis bietet sozusagen die Möglichkeit einer zweiten Welt neben der offenbaren, und diese wird von jener aufs stärkste beeinflusst. Es charakterisiert jedes Verhältnis zwischen zwei Menschen oder zwischen zwei Gruppen, ob und wieviel Geheimnis in ihm ist.“ (Simmel 1993: 317)

Das Geheimnis ist laut Westerbarkey eine Mitteilungserwartung bei gleichzeitiger Mitteilungszurückhaltung. „Geheimhaltung ist in diesem Sinne Nicht-Information wider Erwarten.“ (Westerbarkey 1991: 23)

	Privatheit	Geheimnis	Intimität
Wird verstanden als	Möglichkeit der Zugangskontrolle des Einzelnen, um Informationen über die eigene Person regulieren zu können	Geheimhaltung ist eine Möglichkeit der strengen Zugangskontrolle; muss nicht privaten Charakter haben	Ist eine Eigenschaft privater Informationen und hat somit immer privaten Charakter
Zugangskontrolle durch den Einzelnen	Ja	Ja	Ja
Information über die Person	Ja	Nicht zwingend; kann auch apersonalen Charakter haben	Ja
Bedeutung des Beobachters	Der Beobachter erfährt etwas über den Kommunikator und kann ihn verletzen	Da die Zugangskontrolle größer ist als bei der Privatheit, kann der Beobachter noch mehr verletzen	Der Beobachter erfährt etwas über den Kommunikator und kann ihn verletzen
Funktion	Schutz und Entwicklung des Selbst	Schutz vor unerwünschten Reaktionen	Schutz und Entwicklung des Selbst
Geschichte	Als soziales Konzept im 18. Jahrhundert entstanden	Als Form der Geheimhaltung älter als die Privatheit	Hat sich erst mit der Privatheit auf breiter gesellschaftlicher Ebene etablieren können
Bei Bekanntwerden	Abgleich mit sozialen Normen und mögliche Sanktionen	Abgleich mit sozialen Normen und mögliche Sanktionen	Abgleich mit sozialen Normen und mögliche Sanktionen

Abbildung 9: Unterscheidbarkeit von Privatem, Geheimem, Intimem (Quelle: eigene Darstellung)

Intimität ist eine Eigenschaft privater Informationen. Intime Informationen umfassen einen speziellen Bereich der Privatheit und vermitteln immer auch Wissen über die Person. Intimes hat, anders als Geheimes, immer persönlichen Charakter. Auch die Intimität unterliegt der Zugangskontrolle, der Einzelne kann entscheiden, wie viele Informationen über seine Intimität er kommunizieren will; da auch die Intimität bei Bekanntwerden den Kommunikator verletzbar macht, sind hier die Anforderungen an den Beobachter hoch.

In der Unterscheidung von Privatem, Intimem, **Geheimem** spiegelt sich immer auch das Verständnis des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit. Je rigider die Trennung der Bereiche konzipiert wird, desto deutlicher wird, dass auch das Geheime und erst recht das Intime in den Bereich des Nicht-Öffentlichen fallen. Intimität gilt als nicht kommunizierbar und dem Öffentlichen entgegenstehend. Frank Marcinkowski schreibt: „Ein solches System [...] ist Voraussetzung moderner Gesellschaft, weil, kurz gesagt, folgenreiche gesellschaftliche Kommunikation an die Ansprüche von Öffentlichkeit geknüpft ist und eben nicht an Geheimnisse und Privatheit, die besonders relevante Teilmenge des Nicht-Öffentlichen.“ (Marcinkowski 1993: 69) Anders als Marcinkowski ausführt, kann jedoch auch das Intime Teil der Öffentlichkeit werden.

2.5 Konflikthaftigkeit der Durchdringung von Öffentlichkeit und Privatheit

Was ist Privatheit? Der Begriff wurde ideengeschichtlich hergeleitet, juristisch erweitert und sozialgeschichtlich verortet. Abgeleitet wurde ein Alltagsverständnis von Privatheit. Aus multidisziplinärer Perspektive wurde beleuchtet, was Kommunikations-, Politik-, Rechtswissenschaft, Philosophie, Soziologie und Psychologie unter Privatheit verstehen. Es wurde deutlich, dass Teilaspekte der Privatheit für das gesamte Phänomen ausgegeben werden. Die Zugangskontrolle zu Informationen wurde als Konstante der Definitionen herausgearbeitet und für die weitere Argumentation nutzbar gemacht. In einem nächsten Schritt wurden Privatheitsansätze im Hinblick auf die Frage untersucht, welche Funktion sie der Privatheit beimessen. Der Schutz des Wissens um eine Person, die begründet ist in ihrer Freiheit und sich in Form einer Zugangskontrolle zu diesem Wissen manifestiert, wurden als Funktionen hergeleitet. Bedeutung erlangt diese Funktion, weil der Einzelne danach strebt, Deutungshoheit darüber zu besitzen, wie er durch einen Beobachter wahrgenommen wird.

Die bisherigen Überlegungen basieren auf der Annahme, dass die in der Literatur vielfach ausgeführte und normativ begründete Dichotomie von Privatheit

und Öffentlichkeit als Beschreibung gesellschaftlicher Gegenwart nicht trägt.⁴⁶ Privatheit und Öffentlichkeit durchdringen sich. Ein Ansatz, der beide Sphären als normativen Gegensatz konstruiert, versagt notwendigerweise bei der Beschreibung gesellschaftlichen Wandels: Wandel kann dann stets nur kulturkritisch als Niedergang beschrieben, aber nicht erklärt werden. Dies aber ist das Ziel der vorliegenden Arbeit: Sie will die Funktionen einer medialen Inszenierung von Privatheit analysieren. Privates ist nicht Nicht-Öffentliches, nicht Arkanes. Vielmehr, so haben die Ausführungen gezeigt, weist diese Studie der Privatheit eine soziale Funktion zu. Die entwickelte Definition macht deutlich, dass Privatheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit gelebt werden kann, es aber nicht muss. Zum Zweck einer präziseren analytischen Unterscheidung wurden private Privatheit, kommunizierte Privatheit und medial inszenierte Privatheit differenziert.⁴⁷ So wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Einzelne vielfältige Möglichkeiten besitzt, die Zugangskontrolle zum Wissen um seine Person auszuüben. Kommunizierte Privatheit ist doppelt kontingent und reflexiv: Privatheit erzeugt Wirkungen beim Beobachter, die zurückwirken auf den Einzelnen. Vertrauen macht die Kommunikation über Privatheit wahrscheinlicher. Auch wird deutlich, dass die medial inszenierte Privatheit Anleihen nimmt in der privaten und der kommunizierten Privatheit und auf die Konnotationen des Privaten als Sphäre des unverstellten Selbst baut. Privatheit muss als solche entschlüsselt werden können, um anschlussfähig zu sein. Nur ein komplexes Privatheitsverständnis kann Grundlage einer Analyse sein, die klärt, *warum* Politiker sich medial privat inszenieren.

46 Die Kritik basiert nicht auf der Unterscheidbarkeit, also der Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit, sondern auf der normativen Funktionalisierung und Instrumentalisierung einer solchen Differenzierung.

47 Würde jede Art der Kommunikation über Privates als Öffentlichkeit begriffen und mit Öffentlichkeit gleichgesetzt, so würde die Privatheit als Residualkategorie ihr analytisches Potential einbüßen. Die Privatheit würde von der Öffentlichkeit kolonialisiert und wäre dann doch bloß: das Nicht-Öffentliche.

Inszenierung von Politik

Zur Funktion von Privatheit, Authentizität,
Personalisierung und Vertrauen

Hans, B.

2017, XIX, 512 S. 57 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-14728-0